

MONATSBERICHTE DES  
ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES  
FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Beilage Nr. 5

---

XXI. Jahrgang, Nr. 1

Abgeschlossen am 25. Jänner 1948

---

**Gegenwartsprobleme der  
Weltwirtschaft**

WIEN 1948

IM SELBSTVERLAGE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR  
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG, WIEN, I., WIPPLINGERSTRASSE 34

# Gegenwartsprobleme der Weltwirtschaft

## Gliederung

<b>I. Teil:</b>	
Die Entwicklung der Weltwirtschaft von 1918 bis 1945 . . . . .	3
Der Wiederaufbau der Weltwirtschaft nach dem ersten Weltkrieg (1918 bis 1929) . . . . .	3
<i>Die Übergangsperiode</i> . . . . .	3
<i>Stabilisierung und Konjunktur</i> . . . . .	5
Die Wirtschaftskrise und die Entflechtung der Weltwirtschaft (1930 bis 1939) . . . . .	7
<i>Die Krise</i> . . . . .	7
<i>Erholung und Neuorientierung</i> . . . . .	8
Die wirtschaftliche Entwicklung während des zweiten Weltkrieges . . . . .	9
<i>Umstellung auf die Kriegswirtschaft</i> . . . . .	9
<i>Unterschiedliche Entwicklung in Europa und Übersee</i> . . . . .	10
<b>II. Teil:</b>	
Hauptprobleme der Gegenwart . . . . .	12
Allgemeiner Überblick . . . . .	12
Nachfragersteigerung und Inflationstendenzen . . . . .	13
<i>Die Nachfragersteigerung</i> . . . . .	13
<i>Preisentwicklung und Inflation</i> . . . . .	15
<i>Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung</i> . . . . .	18
Engpässe der Produktion . . . . .	19
<i>Die Energieversorgung</i> . . . . .	20
<i>Die Nahrungsmittelversorgung</i> . . . . .	25
<i>Das Verkehrsproblem</i> . . . . .	28
Das Wiederaufleben internationaler Handelsbeziehungen . . . . .	29
<i>Bemühungen und Pläne zur Wiederbelebung des Welthandels</i> . . . . .	29
<i>Grundsätzliche Auffassungen über die Organisation des Außenhandels</i> . . . . .	31
<i>Die bisherige Entwicklung des Außenhandels</i> . . . . .	32
<i>Die geographische Verteilung des Außenhandels</i> . . . . .	34
Die finanziellen Probleme der Weltwirtschaft . . . . .	35
<i>Gold- und Devisenbestände</i> . . . . .	35
<i>Internationale Kredite</i> . . . . .	37
<i>Reparationen</i> . . . . .	39
Verschiebungen im internationalen Kräfteverhältnis . . . . .	40
Verschiedenheit und Problematik der wirtschaftspolitischen Methoden . . . . .	43
Die Lehren der Vergangenheit . . . . .	45

Nachdruck nur auszugsweise und mit genauer Quellenangabe gestattet.

Herausgeber, Verleger und Eigentümer: Verein „Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung“, Wien, I., Wipplingerstraße 34.

Präsident: Bundesminister Dr. h. c. Eduard Heigl, Wien, III., Stalinplatz 8.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Franz Nemschak, Wien, XXVI., Peter-Rosegger-Gasse 27.

Carl Ueberreutersche Buchdruckerei und Schriftgießerei (M. Salzer), Wien, IX., Pelikangasse 1.

## Gegenwartsprobleme der Weltwirtschaft

*Nach zehn Jahren Abgeschlossenheit von der übrigen Welt steht die österreichische Wirtschaft seit Kriegsende vor der Aufgabe, sich wieder in die Weltwirtschaft einzugliedern und selbst aktiv an der Gestaltung der Weltwirtschaft mitzuarbeiten. Diese Aufgabe ist deshalb besonders schwer, weil sich seit dem Jahr 1938 die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht nur in Österreich, sondern auch in der übrigen Welt wesentlich verändert haben und die durch den Krieg und die unmittelbare Nachkriegszeit ausgelösten, aber noch keineswegs abgeschlossenen wirtschaftlichen Strukturänderungen und wirtschaftspolitischen Tendenzen vielfach noch keine eindeutige Beurteilung der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Lage ermöglichen.*

*Die vorliegende Abhandlung über die „Gegenwartsprobleme der Weltwirtschaft“ versucht, einem breiteren Leserkreis, dem nicht immer ausreichende ausländische Publikationen zur Verfügung stehen, einen zusammenfassenden Überblick über die wichtigsten Probleme der gegenwärtigen Weltwirtschaftslage und die möglichen Entwicklungstendenzen zu geben. Sie stützt sich hierbei auf ein umfangreiches Zahlenmaterial, das von den Regierungen der verschiedenen Staaten sowie von internationalen Körperschaften wie der UNO und ihren angeschlossenen Organisationen, der Bank für internationale Zahlungen und dem Internationalen Arbeitsamt veröffentlicht wurde, sowie auf die sich rasch erweiternde Literatur über internationale Wirtschaftsprobleme.*

*Die verhältnismäßig ausführlichere Darstellung der weltwirtschaftlichen Entwicklung in der Zeit zwischen den beiden Kriegen und während des zweiten Weltkrieges erwies sich als notwendig, weil die Ursachen und Triebkräfte einer Reihe wirtschaftlicher Ereignisse und wirtschaftspolitischer Tendenzen der Gegenwart in diese Zeit zurückreichen und nur aus der wirtschaftlichen Entwicklung der Vergangenheit erklärt werden können. Außerdem bietet gerade die Zeit nach dem ersten Weltkrieg — trotz bedeutender Unterschiede zwischen damals und heute — wertvolle Vergleichsmöglichkeiten, die das Verständnis der gegenwärtigen Wirtschaftsprobleme erleichtern.*

### 1. Teil

#### Die Entwicklung der Weltwirtschaft von 1918 bis 1945

**Der Wiederaufbau der Weltwirtschaft nach dem ersten Weltkrieg (1918 bis 1929)**

##### Die Übergangsperiode

Auch der erste Weltkrieg hat die Völker Europas schwere Opfer an Menschen und Produktionskraft gekostet. Vor allem die unterlegenen Länder waren durch die Kriegsanstrengungen und die Blockade erschöpft und der Lebensstandard der Bevölkerung blieb noch lange nach Kriegsende in bedrohlicher Nähe des Existenzminimums. Aber

auch die Siegerstaaten erlitten empfindliche Einbußen in ihrer Produktion. So fiel der französische Produktionsindex zwischen 1913 und 1920 von 100 auf 64. In derselben Zeit verminderte sich die englische Kohlenproduktion von einem monatlichen Durchschnitt von 24,3 Mill. t auf 19,4 Mill. t. Demgegenüber gingen die USA aus dem Krieg wesentlich gestärkt hervor. Begünstigt durch reiche natürliche Hilfsquellen und den seit Mitte des 19. Jahrhunderts künstlich forcierten Industrialisierungsprozeß, konnten sie ihre Produktion

während des Krieges auf den meisten Gebieten<sup>1)</sup> bedeutend steigern und als Hauptlieferant der Alliierten für Kriegsmaterial ihre finanzielle Stellung von einem Schuldnerland in ein Gläubigerland verwandeln.

Der stark angewachsenen Finanz- und Produktionskraft der USA war es in erster Linie zu danken, daß die katastrophale Lage Österreichs, Ungarns, Bulgariens und Griechenlands durch Hilfskredite — an denen sich auch die neutralen Länder beteiligten — gemildert werden konnte. Diese Hilfsaktionen entsprangen dem Bedürfnis privater oder öffentlicher Stellen, die Not in Europa zu lindern, ohne daß jedoch damit eine Politik des planmäßigen Wiederaufbaues der zerrissenen Weltwirtschaft verfolgt wurde. Das System der weltwirtschaftlichen Beziehungen glaubte man am besten dadurch wieder herstellen zu können, daß die während des Krieges eingeführten Kontrollmaßnahmen möglichst rasch abgebaut wurden<sup>2)</sup>. So wurden die Kontrollen in den meisten Staaten schon zu einer Zeit aufgehoben, in der die Voraussetzungen für eine normal funktionierende Wirtschaft infolge des Gütermangels und des niedrigen Produktionsvolumens noch nicht gegeben waren. Da außerdem die Geldmenge überall stark angestiegen war und auch weiter zunahm, löste die lange zurückgehaltene Nachfrage nach Investitions- und Bedarfsgütern nach der Überwindung der ersten Umstellungsschwierigkeiten um die Jahreswende 1918/19 eine lebhafte Konjunktur aus, die durch stark ansteigende Preise gekennzeichnet war und alle produktionsfähigen Industrien und Länder erfaßte.

Im Jahre 1920 trennten sich die Schicksale der Länder. Amerika und jene — hauptsächlich westeuropäischen — Länder, deren Wirtschaft mit den Vereinigten Staaten handelspolitisch und finanziell eng verflochten war, erlebten in den Jahren 1920

<sup>1)</sup> Um nur einige Beispiele zu geben, seien die folgenden Monatsdurchschnitte genannt:

	Weizen <sup>1)</sup> 1000 t	Baumwoll- spindeln in Betrieb 1000 Stück	Hochöfen in Betrieb	Automobile Stück
1913	18.782	30.559	269	40.417
1920	22.672	33.807	287	185.612

<sup>1)</sup> Jahresziffern.

<sup>2)</sup> Das hier Gesagte gilt nicht für die Sowjetunion, obwohl selbst dort die im Jahre 1921 eingeführte NEP-Periode eine zumindest vorübergehende Auflockerung der Kontrollen mit sich brachte. Aber im allgemeinen war die wirtschaftliche Entwicklung in Rußland von der in der restlichen Welt so stark verschieden, daß die im Text gemachten Verallgemeinerungen auf die Sowjetunion in der Regel nicht zutreffen.

bis 1922 eine kurze, aber scharfe Wirtschaftskrise. Dieser Rückschlag war vor allem darauf zurückzuführen, daß die aufgestaute Nachfrage nach Bedarfsgütern nachgelassen hatte, da mit der sich rasch belebenden Produktion die Konsumgüterversorgung angestiegen war und die starken Preissteigerungen die vorhandenen Ersparnisse aufgesaugt hatten. Dazu kam noch das Sparprogramm der Regierungen dieser Länder, die an den Abbau des Budgetdefizites und der Staatsschuld schritten, und — im Falle der USA — das plötzliche Absinken des Exportüberschusses von 2.446 Mill. Dollar in den ersten sechs Monaten des Jahres 1919 auf 1.301 Mill. Dollar in der gleichen Periode des Jahres 1920, als Folge der Erschöpfung der Gold- und Devisenreserven vieler Länder und der spekulativen Überwertung des Dollars auf den freien Devisenmärkten.

In den Staaten Mittel- und Osteuropas hingegen hatte die Kriegs- und Nachkriegszeit so tiefe Lücken gerissen, daß der Wiederaufbau nur langsam fortschritt und die aufgestaute Nachfrage genügend produktionsfördernd wirkte, einen Konjunktumschwung in diesem Zeitpunkt zu verhindern. Außerdem wurde in diesen Ländern die „lockere“ Geldpolitik der Kriegsjahre fortgesetzt — ein Umstand, der angesichts der Beseitigung der Kontrollen kurze Zeit darauf in einigen Ländern zu wilden Inflationen führte. Selbst die Krise in Amerika hatte damals eine die mittel- und osteuropäische Entwicklung fördernde Wirkung, da die durch sie hervorgerufene Verbilligung der Rohstoffe auf die hauptsächlich importorientierten Volkswirtschaften Europas genügend belebend wirkte, eventuelle Nachteile, die aus der Schrumpfung der amerikanisch-westeuropäischen Wirtschaftssphäre entstanden, zu übertönen. Die starke Nachfrage der

#### Erzeugung von Roheisen

	1920 = 100			
	1921	1922	1923	1924
USA . . . . .	46	74	109	85
Großbritannien . . . . .	33	61	93	91
Schweden . . . . .	66	56	60	108
Kanada . . . . .	67	40	91	62
Frankreich . . . . .	104	158	164	230
Deutschland . . . . .	123	144	77	123
Sowjetunion . . . . .	100	163	334	662
Österreich . . . . .	224	321	342	269

mittel- und osteuropäischen Notstandsgebiete nach Krediten und Gütern verhinderte somit eine Vertiefung der Wirtschaftsdepression in den „reichen“ Ländern und verhalf diesen in der Folge zu einem neuen Konjunkturanstieg.

### Stabilisierung und Konjunktur

Im Jahre 1923 war die Krise im wesentlichen überwunden. In der Folgezeit begann eine bis zum Jahre 1929 dauernde weltweite Konjunkturperiode, die nur von kurzlebigen Stabilisierungskrisen — als Folge der zu verschiedenen Zeitpunkten vorgenommenen Währungsreformen — und einem leichten Rückschlag in den Jahren 1925/26 unterbrochen wurde.

Trotz der stürmischen krisenhaften und inflationistischen Ereignisse der Nachkriegszeit, mit all ihren wirtschaftsstörenden Einflüssen, hatte der europäische Kontinent im Jahre 1925 das Produktionsvolumen der Vorkriegszeit wieder erreicht und auch sein Handelsvolumen lag nur unwesentlich unter dem Stand von 1913. Der Rest der Welt hatte die Vorkriegsziffern bereits beträchtlich überschritten.

#### Produktion und Handel im Jahre 1925

1913 = 100

	Bevölkerung	Produktion <sup>1)</sup>	Handel (Quantenindex)
Europa . . . . .	101	102	91
Nordamerika . . .	119	126	139
Restliche Welt . .	106	124	126
Gesamte Welt . . .	105	116	107

<sup>1)</sup> Dieser vom Völkerbund berechnete Produktionsindex umfaßt die wichtigsten Nahrungsmittel und Erzeugnisse der Urproduktion.

Mit der Wiederbelebung der Produktion und des Außenhandels gelang es den meisten Ländern, ihre Währungen zu stabilisieren und ihre Budgets in Ordnung zu bringen. Der Goldstandard wurde wieder eingeführt und auch sonst schien es überall zu einer Rückkehr zum „normalen“ Leben der Vorkriegszeit zu kommen. Aber unter dem trügerischen Schleier einer lebhaften Prosperität, die besonders in Amerika auf besondere Umstände — wie die ungeheure Ausdehnung der Automobilindustrie, die Erweiterung des Abzahlungssystems und ein allgemeines Spekulationsfieber — zurückzuführen war, verbargen sich strukturelle Verschiebungen und Disproportionalitäten, die diese Periode grundlegend von der Vorkriegszeit unterschieden und schließlich zum Zusammenbruch im Jahre 1929 in starkem Maße beitrugen.

Das System des internationalen Warenaustausches und Zahlungsverkehrs hatte in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg keineswegs immer reibungslos funktioniert. Aber die verhältnismäßig ruhige und kontinuierliche Entwicklung und das Fehlen welterschütternder Konflikte hatten es ermöglicht, Gleichgewichtsstörungen immer wieder aufzufangen und auszugleichen. Außerdem begün-

stigten eine weitgehende Spezialisierung der einzelnen Volkswirtschaften und verhältnismäßig niedrige Zollmauern die Freizügigkeit des Güterverkehrs.

Auch die umfangreichen Kapitalbewegungen des 19. Jahrhunderts, die vor allem von England, dessen Auslandsanlagen im Jahre 1913 4 Mrd. Pfund Sterling betragen, aber auch von Frankreich und Deutschland ausgingen, gliederten sich zwanglos in das System des internationalen Handels ein. Diese Kapitalexporte waren gewöhnlich direkte Investitionen oder langfristige Anleihen, die für den Ausbau des Verkehrs oder wichtiger Wirtschaftsquellen kapitalarmer Länder verwendet wurden. Da die Entwicklung dieser Länder meist im Hinblick auf die Bedürfnisse des kapitalexportierenden Landes erfolgte, war es später gewöhnlich leicht, die Exporte des Schuldnerlandes soweit zu erhöhen, daß der Zinsendienst und die Amortisation bezahlt werden konnten. Dazu kam noch, daß vorübergehende Störungen in der internationalen Zahlungsbilanz durch die hohe Empfindlichkeit der Preise gegenüber Goldbewegungen und der Diskontpolitik sowie durch die kurzfristigen Kredite des Londoner Marktes verhältnismäßig rasch überwunden werden konnten. Unter diesen Voraussetzungen vermochte das System des Goldautomatismus und des freien internationalen Handels einigermaßen befriedigend zu funktionieren, ohne daß die nationalen Volkswirtschaften vor allzu schwierige Anpassungsprobleme gestellt wurden.

Die Kriegs- und Nachkriegsereignisse zerstörten praktisch über Nacht diese internationale Verflechtung und ihre Grundlagen. Produktionsmäßig wie finanziell ergaben sich plötzliche und weitgehende strukturelle Verschiebungen, die starke Spannungen auslösten.

Die durch den Krieg verursachte Drosselung des internationalen Warenverkehrs hatte sowohl die Industrialisierung der überseeischen Länder als auch die Intensivierung der Landwirtschaft in den Industriestaaten begünstigt. Diese Entwicklung war innerhalb gewisser Grenzen durchaus gesund und beschleunigte nur bereits früher wirkende Tendenzen zur besseren Nutzung der Produktivkräfte der verschiedenen Länder. In vielen Fällen waren jedoch die im Krieg entstandenen Wirtschaftszweige in einem System relativ freien internationalen Handels nicht lebensfähig. Dennoch hatte ihr Bestehen genügend Interessentengruppen geschaffen, die ihre Beseitigung verhinderten. Es wurden daher vielfach Schutzmaßnahmen ergriffen, um den Weiterbestand nicht lebensfähiger Betriebe und Wirt-

schaftszweige zu sichern. Der auf diese Art beginnende Wirtschaftsnationalismus stellte *potentiell* bereits eine ernste Gefährdung des früher auf eindeutiger Arbeitsteilung beruhenden internationalen Warenaustausches dar.

Noch weittragender waren die Verschiebungen auf den Kapitalmärkten. Der Krieg hatte zu einer starken Vermögensverlagerung von Europa nach dem amerikanischen Kontinent und insbesondere nach den Vereinigten Staaten geführt. Die Vereinigten Staaten verwandelten sich innerhalb kurzer Zeit von einer Schuldernation in einen wichtigen Gläubiger, während gleichzeitig die Schuldenlast Deutschlands ins Ungeheure wuchs. Auch Großbritannien, obwohl es seine Gläubigerstellung beibehielt, war geschwächt. Kennzeichnend für die neue, völlig geänderte Struktur der internationalen Zahlungsverpflichtungen war, daß sie zu den Gegebenheiten des Warenverkehrs überhaupt keine Beziehung hatten. Kriegsschulden und Reparationen legten den europäischen Staaten Zahlungsverpflichtungen auf, ohne daß — wie das bei den Kapitalverschiebungen des 19. Jahrhunderts der Fall gewesen war — die Voraussetzungen für einen Exportüberschuß, der allein letzten Endes die Bezahlung ermöglichen konnte, geschaffen wurden. Die bereits erwähnte vielseitige Entwicklung der Volkswirtschaften, verbunden mit nationalistischen und monopolistischen Schutzmaßnahmen, verengten für die Schuldnerstaaten immer mehr die Möglichkeiten, ihren Exportüberschuß unterzubringen. So entstand das „Transferproblem“, das Problem der Überweisung geschuldeter Beträge, das allein schon genügt hätte, den Goldstandard aus den Angeln zu heben. Es wurde noch dadurch verschärft, daß die Kriegszeit und ihre Folgen zu einer sehr ungleichen Verteilung der Goldvorräte geführt hatten und die wachsende Starrheit von Preisen und Kosten sowie der Versuch der Gläubigerationen — insbesondere der Vereinigten Staaten<sup>1)</sup> —, ihre Handelsbilanz künstlich aktiv zu halten, die ursprüngliche ausgleichende

<sup>1)</sup> Die Vereinigten Staaten verhinderten durch „Demonetisierung“ des einfließenden Goldes die Hebung des inneren Preisniveaus, die nach den Spielregeln des Goldautomatismus den Ausgleich der Zahlungsbilanzen erleichtern sollte, und wälzten damit die Last der Anpassung an die veränderten internationalen Schuldverhältnisse auf die Schuldnerstaaten ab. Diese Politik, deren Wirkung noch durch äußerst hohe Schutzzölle verstärkt wurde, bedeutete praktisch, daß sich das größte Gläubigerland der Welt weigerte, Schuldenzahlungen in Form von Waren anzunehmen, die schließlich allein im internationalen Handel als Zahlungsmittel dienen können.

Wirkung von Goldbewegungen auf die Zahlungsbilanz größtenteils lahmgelegt hatten.

#### Goldbestände der Welt

1913 = 100

Welt . . . . .	108
Asien . . . . .	108
Afrika . . . . .	59
Australien u. Neuseeland . . . . .	133
USA . . . . .	238
Übriges Amerika . . . . .	162
Europa . . . . .	60
Alliierte Staaten . . . . .	61
Neutrale Staaten . . . . .	305
Mittel- und Osteuropa . . . . .	29

Diese tiefen strukturellen Änderungen in den Produktions-, Besitz- und Schuldverhältnissen der Welt, die eine reibungslose Rückkehr zu dem Marktmechanismus der „guten alten“ Zeit unmöglich machten, waren zunächst durch die besonderen Umstände der Investitionskonjunktur 1925 bis 1929, während der die industrielle Produktion der Welt um ungefähr 22% anstieg, verschleiert. Das Transferproblem trat nicht in Erscheinung, da alljährlich große Kapitalsummen von Amerika nach Europa strömten, die von den hohen Zinssätzen und dem starken industriellen Aufbau Europas angezogen wurden und die Schuldnerstaaten mit den zur Bestreitung des Anleihendienstes notwendigen Devisen versorgten. Deutschland allein führte in diesen Jahren viel mehr Kapital ein, als es Reparationen zahlte.

#### Kapitalexport Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika

	Groß- britannien Mill. Dollar	Vereinigte Staaten Mill. Dollar		Groß- britannien Mill. Dollar	Vereinigte Staaten Mill. Dollar
1924	380	590	1928	569	1.099
1925	261	642	1929	574	206
1926	— 127 <sup>1)</sup>	173	1930	112	196
1927	386	580			

<sup>1)</sup> Kapitalimport.

#### Kapitalimport Deutschlands

in Mill. Dollar

1924	421	1928	1.007
1925	857	1929	553
1926	151	1930	148
1927	1.072		

Aber im Gegensatz zu den typischen Krediten der Zeit vor dem ersten Weltkrieg war diese neue Kapitalbewegung wenig geeignet, der internationalen Wirtschaft eine dauerhafte, langfristige Grundlage zu geben. Der überwiegende Teil dieser Kredite

wurde kurzfristig, hauptsächlich aus spekulativen Gründen an Banken gewährt und von diesen vielfach zum Ausbau der Industrien der borgenden Länder langfristig investiert, obwohl diese Kredite ihrer Art nach nicht für langfristige Investitionen geeignet waren. Die dadurch geschaffene Unstabilität der finanziellen Grundlagen vieler europäischer Staaten wurde noch durch die zunehmenden nervösen Verschiebungen des „Fluchtkapitals“ erhöht, das mit jedem neuen politischen oder währungspolitischen Gerücht in einer anderen Hauptstadt Sicherheit suchte.

## Die Wirtschaftskrise und die Entflechtung der Weltwirtschaft (1930 bis 1939)

### Die Krise

Es war vorauszusehen, daß die Rückkehr zum Marktmechanismus der Vorkriegswirtschaft auch das Auf und Ab der Konjunkturen wieder aufleben lassen würde, wie es für die vorhergegangenen 60 Jahre charakteristisch gewesen und nur durch die besonderen Umstände einer Kriegswirtschaft und ihrer Folgen unterbrochen worden war. Es erscheint heute geradezu unverständlich, wieso der Glaube an die „never-ending prosperity“ im Jahre 1928 so weite Kreise der amerikanischen Geschäftswelt erfassen konnte. Als in der zweiten Hälfte des Jahres 1929 die Krise ausbrach und sich mit Blitzesschnelle über die ganze Welt — mit Ausnahme der Sowjetunion — verbreitete, traten plötzlich die durch die Entwicklung der Kriegs- und Nachkriegszeit verursachten strukturellen Schwächen deutlich hervor und vertieften und verlängerten die Wirtschaftsdpression in einem bis dahin unbekanntem Ausmaß. Innerhalb von drei Jahren, zwischen 1929 und 1932, fiel der Weltindex für industrielle Produktion von 100 auf 69 (auf 63, wenn die Sowjetunion nicht eingerechnet wird) und die Arbeitslosigkeit verdreifachte sich ungefähr, so daß das Heer der Arbeitslosen 30.000.000 Menschen erreichte. Besonders hart wurden die Erzeuger von Rohmaterialien und die Landwirtschaft getroffen. Die Produktion ging zwar dank der Struktur dieses Wirtschaftssektors, die durch eine Großzahl kleiner, selbständiger Betriebe charakterisiert ist, nur geringfügig zurück (der Weltindex sank von 1929 bis 1932, dem schlechtesten Jahr, nur um 8%), dafür sanken jedoch die Preise der Urprodukte viel stärker als die für Fertigwaren.

Die Schwächen der Nachkriegswirtschaft traten besonders deutlich auf finanziellem Gebiet hervor. Der Zusammenbruch der spekulativen Konjunktur

### Rückgang der Großhandelspreise für Rohmaterialien und Fertigwaren in einzelnen Ländern zwischen Jänner 1929 und Jänner 1932

	Rohmaterialien %	Fertigwaren %		Rohmaterialien %	Fertigwaren %
Kanada . .	38	22	Italien . . .	44	30
Deutschland	31	21	USA . . . .	39	26

in der Wall Street im Herbst 1929 und die darauf folgende Konkurswelle verursachte eine Liquiditätspanik, die schließlich zum Zusammenbruch des labilen internationalen Finanzgebäudes führte. Der Kapitalexport, der in der Zahlungsbilanz vieler europäischer Staaten eine wesentliche Rolle spielte, versiegte fast vollständig<sup>1)</sup>, während die kurzfristigen Anleihen mit großer Eile abberufen wurden. Da diese Kredite aber zum Teil für langfristige industrielle Investitionen verwendet worden waren und zum Teil in den Balkanländern festfrozen, deren Zahlungsbilanzen angesichts der abbröckelnden Agrarpreise vollkommen aus der Ordnung gerieten, konnten sie nicht kurzfristig flüssig gemacht werden. Ihre Abberufung mußte daher das labile Gleichgewicht der späten Zwanzigerjahre ins Wanken bringen. Die Finanzkrise erreichte ihren ersten dramatischen Höhepunkt im Zusammenbruch der Österreichischen Creditanstalt im Jahre 1931, von wo sich die Erschütterung rasch auf deutsche und holländische Banken ausdehnte, und führte schließlich, zusammen mit einer Reihe anderer Faktoren, zur symbolisch bedeutungsvollsten Abkehr vom alten Gold- und Handelssystem: der Abwertung des Pfund Sterlings. Binnen weniger Monate hatte die halbe Welt manipulierte Papierwährungen eingeführt, ein Beispiel, dem zwei Jahre später die Vereinigten Staaten und schließlich, fünf Jahre später, die Mitglieder des Goldblocks folgten.

Der Zusammenbruch des internationalen Währungs- und Kreditsystems zeigte deutlich die Unvereinbarkeit der Reparations- und Kriegsschuldenvpflichtungen mit der bestehenden Goldverteilung und den Beschränkungen des internationalen Warenverkehrs. Da mit der Einstellung der Auslandskredite die Devisengrundlage für die Zahlungen der Reparationen wegfiel und außerdem die zunehmenden restriktiven handelspolitischen Maßnahmen die Ausfuhr sehr erschwerten, war es Deutschland unmöglich, seine Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen, und die Reparationsleistungen kamen endgültig zum Stillstand.

In dem nunmehr entstehenden Chaos versuchte zunächst jeder Staat durch panikartige Notstands-

<sup>1)</sup> Siehe die Tabelle auf S. 6.

maßnahmen die Wellen der Depression und Arbeitslosigkeit von seinen Ufern fernzuhalten und sie auf die Nachbarn abzulenken. Die einzelnen Staaten überboten sich gegenseitig in der Anwendung restriktiver Maßnahmen, wie Zollerhöhungen, Abwertungen, Kontingentierungen, Devisenbewirtschaftung und administrativen Erschwerungen, die schließlich allen Beteiligten Schaden zufügten und den Wert der Weltexporte von 33.024 Mill. Golddollar im Jahre 1929 auf 11.333 Mill. im Jahre 1934 senkten. Ein gemeinsames Herangehen an eine Lösung der Probleme hätte wahrscheinlich das Ausmaß des Schadens verringern können; aber die Hoffnungen auf eine solche internationale Aktion scheiterten endgültig auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz des Jahres 1933, als das Hauptgläubigerland Amerika, nachdem es bereits drei Jahre vorher durch den Hawley-Smoot Zolltarif die Einfuhr wesentlich gedrosselt hatte, mit der Abwertung des Dollars eine weitere Vergrößerung seines Ausfuhrüberschusses anstrebte.

Der wachsende wirtschaftliche Nationalismus konnte sich um so stärker ausleben, als während des Krieges und der Nachkriegszeit neue Wirtschaftszweige (der Industrie in Agrarländern und der Landwirtschaft in Industrieländern) neue Möglichkeiten für die Unterbindung des internationalen Warenaustausches schufen. Die neuen Industrien, die in den vorhergegangenen Jahren entstanden waren und sich zur Zeit der Konjunktur behaupten konnten, mußten nun durch starke Schutzmaßnahmen gestützt werden, während gleichzeitig die Industriestaaten ihre Landwirtschaft vor dem Fall der Preise auf dem Weltmarkt zu bewahren suchten. So kam es zu einer Produktionsverschiebung, die die alte internationale Arbeitsteilung auflöste und an Stelle der weitgehend einheitlichen Weltmärkte der Vorkriegszeit eine ganze Reihe isolierter Preise und Märkte schuf.

*Die Verschiebung der Weizenproduktion von den Agrarländern zu den Industrieländern*

Jahr	Europa <sup>1)</sup>	Kanada u. USA	Argentinien	Australien	Insgesamt
Anbauflächen in 1000 ha					
1930	29.800	35.400	7.900	7.400	80.500
1934	31.400	26.800	6.900	5.100	70.200
Ernteerträge in Mill. q					
1930	370·3	356·6	63·2	58·1	842·2
1934	421·4	210·3	65·5	36·3	733·5

<sup>1)</sup> Die Produktionsausweitung in Europa beschränkte sich ausschließlich auf die Industriestaaten. Die Balkanländer verzeichneten eine beträchtliche Abnahme.

*Weizenpreise verschiedener Länder im Jänner 1929 und 1932*  
(in USA-cents per bushel)

	1929	1932		1929	1932
Argentinien . . . . .	113	44	Schweden . . . . .	137	91
Kanada . . . . .	120	51	Österreich . . . . .	131	120
Großbritannien . . . . .	123	53	Tschechoslowakai	147	121
Vereinigte Staaten	121	58	Deutschland . . . . .	135	147
Indien . . . . .	158	60	Italien . . . . .	192	151
Ungarn . . . . .	158	60	Frankreich . . . . .	164	179
Polen . . . . .	140	81			

**Erholung und Neuorientierung**

Nach dem Zusammenbruch des alten Systems lastete die Krise vier Jahre mit aller Schwere auf der Welt. Die Ursache für die Tiefe und die lange Dauer der Depression lag neben den bereits erwähnten strukturellen Verschiebungen und dem Mangel an internationaler Zusammenarbeit zum Teil auch darin, daß gewisse expansionsfördernde Faktoren, die in der Vergangenheit eine krisenverkürzende Rolle gespielt hatten, an Bedeutung verloren hatten. Das Wachstum der Bevölkerung in den Industriestaaten verlangsamte sich, die Aufschließung neuer kolonialer Märkte war praktisch beendet und neue technische Erfindungen entstanden in dieser Periode nicht in genügendem Maße, so daß der Impuls für eine rasche Belebung fehlte. Außerdem wurde die Anpassung an die geänderten Verhältnisse durch die längere durchschnittliche Lebensdauer der Kapitalsausrüstung und die geringe Beweglichkeit der Preise und Löhne in den Industriestaaten sehr erschwert.

Trotz dieser hemmenden Faktoren begann vom Jahre 1933 an eine neue Aufwärtsentwicklung, die allmählich zu einer Wiederbelebung der Produktion und des Welthandels führte.

*Index der industriellen Weltproduktion*

(1929 = 100)

	Ein-schließlich der Sowjet-union	Aus-schließlich der Sowjet-union		Ein-schließlich der Sowjet-union	Aus-schließlich der Sowjet-union
1932	69·0	63·0	1936	110·5	96·4
1933	77·7	71·3	1937	119·4	103·7
1934	85·0	77·0	1938	111·5	93·0
1935	95·7	85·4			

Obwohl die Erholung von der Krise in allen Staaten einsetzte, ergaben sich doch zwischen den einzelnen Ländern und Regionen erhebliche Unterschiede, die nicht zuletzt darauf zurückzuführen waren, daß eine einheitliche Weltwirtschaft nicht mehr bestand und wirtschaftliche Gruppenbildungen immer mehr in den Vordergrund traten. Ein deutlicher Unterschied bestand zunächst zwischen dem rascheren Aufstieg der Länder, die durch Abwer-



tung dem Deflationsdruck entgegen konnten, und der langsameren Aufwärtsbewegung in den Goldblockländern, die bis 1936 an der Goldparität festzuhalten versuchten. Österreich, das trotz Abwertung einen deflationistischen Kurs einschlug, nimmt hier eine Mittelstellung ein. In Deutschland wie auch in den Vereinigten Staaten spielten Budgetdefizite und öffentliche Arbeiten eine wichtige Rolle bei der Ankurbelung der Wirtschaft; aber während in Deutschland der bereits im Jahre 1935 begonnene Aufbau einer Kriegswirtschaft diese produktionssteigernden Tendenzen außerordentlich stärkte, wurden sie in Amerika durch das Mißtrauen der Geschäftswelt gegen den „New Deal“ weitgehend neutralisiert. In Großbritannien belebte die durch den niedrigen Zinsfuß angeregte Baukonjunktur das Wirtschaftsleben, während in den Agrarländern die verstärkt auftretenden Industrialisierungstendenzen zur Überwindung der Krise beitrugen.

So stieg die Produktion überall — wenn auch aus verschiedenen Ursachen und in verschiedenem Ausmaß — an und führte schließlich, trotz der sich vielfach ausbreitenden Autarkiebestrebungen zu einer allmählichen Wiederbelebung des Welthandels.

Index des Welthandelsvolumens<sup>1)</sup>  
(1929 = 100)

1932	74·3	1936	84·1
1933	75·8	1937	93·9
1934	78·1	1938	86·2
1935	81·8		

<sup>1)</sup> Mengenindex.

Aber an die Stelle des multilateralen Handels der Vorkrisenzeit trat nun eine Mannigfaltigkeit von Handels-, Tausch- und Zahlungsabkommen, die die Struktur des Welthandels weitgehend veränderten. Die Welt zerfiel in verschiedene „Blocks“ — den Sterlingblock<sup>1)</sup>, den Goldblock<sup>2)</sup>, den Dollarblock<sup>3)</sup>, den von Deutschland beherrschtem Balkan-

handel, den Yenblock —, innerhalb derer der Handels- und Zahlungsverkehr sich sehr bald ausdehnte, die aber gleichzeitig den Warenaustausch zwischen den verschiedenen Gruppen beeinträchtigten.

Diese Regionalisierung des Welthandels brachte gewisse Nachteile mit sich, da die Kauffreiheit, die der multilaterale Handel unter dem Goldstandard geschaffen hatte, verloren ging und das bilaterale System mißbraucht werden konnte, um kleine Staaten in stärkere wirtschaftliche und politische Abhängigkeit zu bringen. Andererseits war in dem Chaos der Wirtschaftskrise die Belebung des Warenaustausches in kleineren, einander ergänzenden Gruppen im *short run* der geeignetste Weg zu einem Wiederaufbau der Produktion und des Welthandels im allgemeinen. Insbesondere gelang es auf dieser Basis, in weitaus realistischerer Weise die Nachkriegsstruktur der Weltwirtschaft zu berücksichtigen, als dies zuvor der Fall gewesen war.

So begann die Welt, die Erschütterungen, die der erste Weltkrieg und die Wirtschaftskrise mit sich gebracht hatten, zu registrieren und sich langsam an sie anzupassen. Man machte auch Versuche, auf dieser neuen Ebene Wege zu internationaler finanzieller und kommerzieller Zusammenarbeit zu finden, wie das Währungsabkommen von 1936 zwischen Frankreich, England und den Vereinigten Staaten zeigte<sup>1)</sup>. Dieser Readjustierungsprozeß konnte sich jedoch nicht mehr voll entwickeln. Im Jahre 1938 brach eine neue Wirtschaftskrise aus, die allerdings bereits in ihrem ersten Stadium von einer Rüstungskonjunktur abgelöst wurde, die von Deutschland aus auf alle Industrieländer übergriff und im zweiten Weltkrieg ihren Höhepunkt fand. Mit diesem Krieg wurde die Entwicklung der Weltwirtschaft in neue Bahnen gelenkt. An die Stelle der Friedenswirtschaft trat nunmehr die Kriegswirtschaft, deren Ziele und Probleme sich wesentlich von denen der Vorkriegswirtschaft unterschieden.

Außenhandel Großbritanniens mit den übrigen Ländern des britischen Weltreiches und Deutschlands mit sechs Balkanstaaten<sup>1)</sup> in Prozenten ihres Gesamtaußenhandels

	Großbritannien		Deutschland	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
1929	33·2	47·8	4·4	4·9
1937	42·6	51·4	12·3	11·3

<sup>1)</sup> Bulgarien, Griechenland, Jugoslawien, Rumänien, Türkei, Ungarn.

<sup>2)</sup> Großbritannien und die Dominions (ohne Kanada) und die skandinavischen Staaten.

<sup>3)</sup> Belgien, Frankreich, Holland, Schweiz.

<sup>4)</sup> Verschiedene Staaten des amerikanischen Kontinents.

**Die wirtschaftliche Entwicklung während des zweiten Weltkrieges**

**Umstellung auf die Kriegswirtschaft**

Der zweite Weltkrieg unterscheidet sich vom ersten vor allem durch seine längere Dauer und seine totalitären Methoden. Die hohen Materialanforderungen des modernen Krieges zwangen die kriegführenden Staaten, ihr gesamtes Wirtschafts-

<sup>1)</sup> In diesem Abkommen verpflichteten sich die drei Staaten, Abwertungen nur nach Konsultierung der Vertragspartner vorzunehmen. Das Abkommen konnte allerdings binnen 24 Stunden gekündigt werden.

leben möglichst rasch und vollkommen den Erfordernissen der Kriegswirtschaft anzupassen und mit zunehmender Kriegsdauer einen immer größeren Teil des Volkseinkommens kriegswirtschaftlichen Zwecken zu widmen. Die Umschichtung des gesamten Wirtschaftsgefüges zeigte sich in einem starken Anwachsen der Schwerindustrie und sonstiger für kriegswirtschaftliche Zwecke verwendbarer Wirtschaftszweige, während die Erzeugung entbehrlicher Konsumgüter und für die Kriegführung unwichtige Investitionen stark gedrosselt wurden. Mit der Änderung der Produktionsstruktur gingen bedeutende Umschichtungen der Arbeitskräfte einher. Neben dem unmittelbar zur Kriegführung notwendigen Menschenbedarf mußte vor allem der Arbeitskräftebedarf der Rüstungsindustrien vorrangig gedeckt werden. In der Regel konnten nur zum Teil bisher nicht oder nicht voll ausgenützte Arbeitskräftereserven ausgeschöpft werden: Arbeitslose, Frauenarbeit, Pensionisten, Überstundenarbeit usw. Die Folge waren bedeutende berufliche und regionale Umschichtungen auf dem Arbeitsmarkt. Dieser Umstellungsprozeß war mit marktwirtschaftlichen Methoden allein nicht zu erreichen. So verstärkten sich in allen Ländern die direkten staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben, die umso weitgehender waren, je rascher und tiefgreifender sich die einzelnen Volkswirtschaften auf die Kriegswirtschaft umstellen mußten. An die Stelle des marktwirtschaftlichen Mechanismus traten in zunehmendem Maße Planung und Lenkung des Wirtschaftsgeschehens durch den Staat, der versuchte, durch Bewirtschaftung, Rationierung, Preiskontrolle, Produktions- und Arbeitskräftelenkung, Außenhandelsregulierung und eine Reihe anderer Maßnahmen ein Maximum an Produktionskräften der Kriegführung dienstbar zu machen und das für den zivilen Konsum verfügbare geschälerte Sozialprodukt möglichst gerecht zu verteilen.

Gegenüber der unmittelbaren Lenkung trat die Finanzierung des ungeheuren Rüstungsbedarfes in den Hintergrund. Entscheidend für die Durchführung bestimmter kriegswirtschaftlicher Projekte war in erster Linie, ob genügend Rohstoffe, Maschinen und Arbeitskräfte zur Verfügung standen; die Beschaffung der finanziellen Mittel war eine zweitrangige Sorge. Den meisten Staaten gelang es, einen relativ großen Teil der Kriegsausgaben durch erhöhte Steuern und langfristige Anleihen zu finanzieren. Ein Teil der Kriegsausgaben mußte jedoch aus psychologischen und technischen Gründen durch zusätzliche Notenbank-Kredite finanziert werden,

so daß in allen Ländern der Notenumlauf zunahm. Diese Ausweitung des Geldvolumens führte wohl zu inflationistischen Preissteigerungen. Diese konnten aber in den meisten Staaten in relativ engen Grenzen gehalten werden und waren weitaus geringer, als der Vermehrung des Notenumlaufes entsprochen hätte, da es in diesem Krieg besser als im ersten Weltkrieg gelang, die Preisinflation durch direkte Kontrollen zu hemmen.

*Preissteigerungen während des zweiten Weltkrieges  
(von Jänner/Juni 1939 bis Juni 1945)*

Land	Großhandels- preise		Lebens- haltungs- kosten	
	Jänner/Juni 1939 = 100	Juni 1945	Jänner/Juni 1939 = 100	Juni 1945
Argentinien . . .	211	134	Schweden 180	143
Großbritannien . . .	175	135	Schweiz . 210	154
Kanada . . . . .	141	119	Südafrika 159	133
Mexiko . . . . .	200	210	USA . . 139	131
Norwegen . . . . .	183	156		

Auch die *Außenwirtschaft* der einzelnen Staaten wurde im Krieg grundlegend verändert. Viele Wirtschaftsbeziehungen, die Europa auch noch nach der Weltwirtschaftskrise mit England und Übersee verbanden, wurden zerstört und innerhalb jedes der kriegführenden Lager nahm der Warenaustausch neue, kriegsbedingte Formen an. Im besetzten Europa wurde der Außenhandel durch die überragende politische Stellung Deutschlands diktiert, das sich mit Hilfe von Währungs- und Clearingsabkommen praktisch unbeschränkte Kreditmöglichkeiten eröffnete. Auf alliierter Seite wurde knapp nach dem Eintreten Amerikas in den Krieg der „normale“ Handelsverkehr weitgehend durch das „Leih-Pachtsystem“ ersetzt. Es handelte sich hierbei um ein System wechselseitiger Kreditgewährung ohne genaue Rückerstattungsbedingungen, mit dessen Hilfe ungeheure Mengen von Kriegsmaterial und anderen lebensnotwendigen Gütern geliefert wurden. Die Hauptlieferanten waren die Vereinigten Staaten von Amerika<sup>1)</sup>.

**Unterschiedliche Entwicklung in Europa und Übersee**

Bestimmte charakteristische kriegswirtschaftliche Erscheinungen — Ausbau der Schwerindustrie, verstärkter Einfluß des Staates und inflationistische Tendenzen — erstreckten sich auf alle Staaten, die

<sup>1)</sup> Die amerikanischen Pacht-Leihlieferungen betragen innerhalb von vier Jahren 48.601 Mill. Dollar (davon gingen 65% an das britische Empire), das ist fast sechzehnmal soviel wie die gesamte Ausfuhr im Jahre 1938. Die Pacht-Leihlieferungen an die USA entsprachen mit 7.819 Mill. Dollar ungefähr dem vierfachen Import der USA von 1938.

neutralen nicht ausgenommen. Sonst aber ergaben sich entscheidende Unterschiede zwischen den vom Krieg direkt betroffenen Ländern Europas (und Asiens) und jenen Ländern — insbesondere auf dem amerikanischen Kontinent —, die von kriegerischen Zerstörungen verschont blieben.

Die europäischen Staaten erlitten nicht nur durch unmittelbare Kampfhandlungen sowie durch Bombenangriffe schwere menschliche und materielle Verluste, sondern waren außerdem durch ihren früheren Eintritt in den Krieg und ihre vollständigere Mobilisierung der Menschen und der Sachwerte für den Krieg<sup>1)</sup> gegenüber den überseeischen Ländern im Nachteil, die insbesondere in den ersten Jahren des Krieges vor ihrem Kriegseintritt an der Kriegskonjunktur profitierten und ihre Produktion sowie ihre internationale finanzielle Position stark verbessern konnten.

*Der für Kriegsausgaben verwendete Teil des Volkseinkommens*

	1939	1940	1941	1942	1943	1944
	in %					
Australien . . . . .	2	12	25	43	48	44
Großbritannien 15	39	49	53	54	54	54
Kanada . . . . .	2	10	19	40	54	33
Neuseeland . . . . .	2	9	23	50	54	49
Sowjetunion . . . . .	22	27	35	45	48	44
USA . . . . .	2	3	11	35	46	46

Während die Stahlproduktion Europas zwischen 1939 und 1944 gerade noch stabil gehalten werden konnte oder — wie im Falle Belgiens und Frankreichs — bedeutend abnahm, gelang es Brasilien, Kanada und den USA, ihre Produktion auf fast das Doppelte, oder — Mexiko — auf mehr als das Doppelte auszudehnen. Der Index der fabrikmäßigen Produktion stieg in diesen fünf Jahren in Mexiko um 44%, in den USA um 131% und in Kanada um 182%. Kanada, bis dahin ein überwiegend landwirtschaftlich orientiertes Land, wurde zu einem wichtigen industriellen Produzenten, mit

<sup>1)</sup> So standen in Großbritannien im Juni 1944 22,1% der Arbeitskräfte in der Armee, gegenüber 18,5% in den Vereinigten Staaten und 15,7% in Kanada.

einer Stahlkapazität, die an die Belgiens in der Vorkriegszeit heranreicht. Eine ähnliche Entwicklung, wenn auch in geringerem Ausmaß, vollzog sich in anderen überseeischen Staaten, so z. B. in Australien<sup>2)</sup>, in Neuseeland und in Südafrika.

Die Industrialisierung der überseeischen Länder hatte allerdings bereits vor dem Krieg gute Fortschritte gemacht<sup>3)</sup> und kann daher nicht nur auf die Kriegereignisse zurückgeführt werden. Der Krieg beschleunigte jedoch diese Entwicklung und konzentrierte sie auf den verhältnismäßig kleinen Kreis der kriegswichtigen Industrien.

Gleichzeitig mit der Verschiebung der Produktionsverhältnisse zugunsten der vom Krieg unberührt gebliebenen Staaten veränderten sich die finanziellen Beziehungen zwischen den einzelnen Ländern. Der unersättliche Bedarf an Kriegsmaterialien und Rohstoffen, verbunden mit einer Verringerung der für den Export zur Verfügung stehenden Waren, sowie die von Deutschland rücksichtslos durchgeführte Mobilisierung der finanziellen, menschlichen und materiellen Reserven der besetzten Länder zwangen die europäischen Länder — mit Ausnahme der neutralen —, ihren Gold- und Devisenschatz und ihre ausländischen Guthaben anzugreifen und, soweit sich ihnen die Möglichkeit bot, ausländische Kredite aufzunehmen. Dadurch verstärkte sich in einem ungeheuren Ausmaß die Gläubigerstellung der USA, die als Werkstätte der alliierten Armeen nicht nur während des Krieges, sondern auch in der Nachkriegszeit der Hauptlieferant Europas waren.

Die USA, die bereits vor dem Krieg einen beträchtlichen Teil der Goldvorräte der Welt besaßen, erhöhten diese vom Jahre 1937 bis zum Jahre 1941 um rund 10 Mrd. Dollar. Nach dem Eintritt der

<sup>2)</sup> In Australien stieg die Zahl der Fabriken in den letzten zehn Jahren um 6.000 auf 29.000.

<sup>3)</sup> So erhöhte sich zwischen 1929 und 1937 die Stahlproduktion Brasiliens von 26.000 auf 76.000 t, die Indiens von 585.000 auf 910.000 t und die Südafrikas von 39.000 auf 284.000 t, obwohl in der gleichen Periode die Weltproduktion nur geringfügig von 121,8 Mill. t auf 135,4 Mill. t stieg (davon entfielen 12,8 Mill. t auf die Sowjetunion).

**Produktion von Rohstahl**  
(1000 Tonnen)

Jahr	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Luxemburg	Schweden	Tschechoslowakei	Indien	Südafrika	Brasilien	Kanada	Mexiko	Vereinigte Staaten	Australien
1939	252	662	1.118	146	99	191	86	26	9,5	117	6,4	3.991	99
1940	158	368	1.101	86	97	197	106	30	11,8	170	7,9	5.064	109
1941	135	359	1.048	104	97	201	116	28	12,9	205	7,9	6.262	139
1942	115	374	1.074	130	104	198	110	28	13,3	235	7,9	6.505	144
1943	139	427	1.105	179	102	214	115	35	15,3	227	14,7	6.716	138
1944	53	258	1.020	105	100	210	111	41	18,3	228	15,1	6.777	129
1945	61	139	1.001	22	100	79	108	45	17,1	218	16,0	6.025	114

USA in den Krieg trat zwar eine rückläufige Bewegung ein, da Lieferungen aus Südamerika und neutralen Ländern zum Teil durch Goldexporte bezahlt wurden. Dadurch verringerten sich die Goldreserven der USA von fast 23 Mrd. Dollar im Jahre 1941 auf 20 Mrd. Dollar Ende 1945, waren aber noch immer bedeutend höher als zu Kriegsbeginn. Auch die finanzielle Lage der Rohstofflieferanten und der neuen industriellen Exporteure Südamerikas, des mittleren Ostens<sup>1)</sup> und der euro-

#### Goldbestände der Zentralbanken und Regierungen

Land	Jahresende		Land	Jahresende	
	1938	1945		1938	1945
in Mill. Dollar <sup>1)</sup>					
USA <sup>2)</sup> . . .	14.512	20.065	Schweiz . . . . .	701	1.342
Argentinien	431	1.351	Schweden . . . . .	321	482
Brasilien . .	32	354	Spanien . . . . .	525	110
Mexiko . . .	29	294	Türkei . . . . .	29	241
Uruguay . . .	69	195	Belgien <sup>3)</sup> . . . . .	581	716
Venezuela . .	52	202	Großbritannien <sup>3)</sup>	2.690	1
Ägypten . . .	55	52	Frankreich <sup>2)</sup> . . .	2.430	1.090
Brit. Indien	274	274	Holland . . . . .	998	270
Iran . . . . .	26	131	Rumänien . . . . .	133	485
			Tschechoslowakai	83	61

<sup>1)</sup> 1 Unze Feingold = 35 Dollar.

<sup>2)</sup> Ohne die Bestände des Stabilisierungsfonds.

<sup>3)</sup> Ohne die Bestände des Schatzamtes.

<sup>4)</sup> Im mittleren Osten und in Indien besteht der Gegenwert für die gelieferten Waren hauptsächlich in eingefrorenen Sterlingguthaben. Die Goldreserven Ägyptens blieben z. B. praktisch stabil: sie betragen Ende 1938 55 Mill. Dollar und Ende 1945 52 Mill. Dollar.

päischen Neutralen, die gegenüber den USA und den europäischen Kriegführenden große Exportüberschüsse erzielten, besserte sich bedeutend.

Gleichzeitig mit dem Anwachsen der Gold- und Devisenreserven und der internationalen Forderungen hauptsächlich überseeischer Länder und neutraler Staaten wuchs die Verschuldung der europäischen Nationen, die durch die Nachkriegskredite noch bedeutend vergrößert wurde. Kennzeichnend für diese Verschiebung der internationalen Schuldenverhältnisse ist der Wandel des Weltgläubigers Großbritanniens in eine der größten Schuldernationen.

#### Veräußerungen ausländischer Kapitalwerte und Aufnahme von Anleihen Großbritanniens

in Mill. £		in Mill. £	
1938	1942	1943	1945
70	563	680	819
250			
804			
816			

So wurde bereits während des Krieges ein Schuldennetz geschaffen, das nicht nur zerstörte und devisenarme Volkswirtschaften zu Zahlungen an Staaten verpflichtete, die ihre Produktionskraft während des Krieges bedeutend steigern konnten, sondern das auch in keinem Verhältnis zu den nach Kriegsende zu erwartenden internationalen Warenströmen stand.

## II. Teil

### Hauptprobleme der Gegenwart

#### Allgemeiner Überblick

Der zweite Weltkrieg hat an destruktiver Wirkung alle früheren Kriege weit übertroffen. Millionen von Menschen, vielfach der leistungsfähigsten Jahrgänge, wurden getötet und die Zahl der Kriegsinvaliden übersteigt bei weitem die des ersten Weltkrieges. Viele Menschen wurden durch den langjährigen Kriegsdienst ihrem ursprünglichen Beruf entfremdet und finden nur allmählich ins Zivilleben zurück. Häuser und Fabriken erlitten durch unmittelbare Kampfhandlungen oder Bombenangriffe schwere Schäden, die Lagerbestände wurden aufgebraucht und die Kapitalausrüstung nicht kriegswichtiger Industrien veraltete mangels ausreichender Ersatzinvestitionen. Verkehrswege und Transportmittel wurden vernichtet und das bereits vor dem Kriege äußerst komplizierte und labile System der Außenhandelsbeziehungen wurde zerstört. Unge-

ordnete Währungs- sowie Preis- und Lohnverhältnisse stören die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft und bilden in vielen Staaten eine akute Inflationsgefahr. So stehen insbesondere die vom Krieg stark verwüsteten europäischen Länder vor gigantischen Wiederaufbauaufgaben und Organisationsproblemen. Die Kriegsschäden in Industrie, Landwirtschaft und Transportwesen müssen beseitigt, Produktionsengpässe überwunden, veraltete Kapitalausrüstungen modernisiert und Millionen von Arbeitskräften in ihre friedensmäßigen Berufe zurückgeführt werden. Auf dem Gebiet des Außenhandels müssen neue Außenhandelsbeziehungen angeknüpft, der Anschluß an die noch schwankenden und unausgeglichenen Weltmärkte gefunden und der lebenswichtige Importbedarf gesichert werden.

Diese Aufgaben können nur dann gelöst werden, wenn alle Kräfte angespannt und der ohnehin

schwer leidenden Bevölkerung zusätzliche Opfer auferlegt werden. Gerade in der Nachkriegszeit nimmt jedoch die Bevölkerung meist nur widerstrebend neue Opfer auf sich. Nach allen Entbehrungen der Kriegs- und der unmittelbaren Nachkriegszeit entsteht in allen Bevölkerungskreisen das Verlangen nach einem „normalen und besseren“ Leben. So kommt zu einer Zeit, in der ein relativ großer Teil des Sozialproduktes dem Wiederaufbau des Produktionsapparates gewidmet werden sollte und das Konsumgüterangebot noch äußerst gering ist, die aufgestaute Nachfrage der Kriegszeit zum Durchbruch und löst starke Preisauftriebstendenzen aus. Außerdem verschärft sich infolge des knappen Sozialproduktes der Kampf verschiedener Gesellschaftsklassen und Gruppen um einen „gerechten“ Anteil an der gesamten Güterproduktion. Die dadurch entstehenden sozialen und politischen Spannungen erschweren und verzögern den Wiederaufbau.

Zu den Aufgaben des unmittelbaren Wiederaufbaues kommen die schwierigen Probleme der Anpassung im long run, die sich aus den tiefgreifenden, in die Kriegs- und Vorkriegszeit zurückreichenden Strukturänderungen sowie aus dem Wandel der Wirtschaftsorganisation und der Wirtschaftsgesinnung in vielen Staaten ergeben. Die Verschiebungen im internationalen wirtschaftlichen und politischen Kräfteverhältnis — die Zunahme des Wirtschaftspotentials in den USA und den überseeischen Ländern bei gleichzeitigem Rückgang der europäischen Produktion —, das in der Kriegs- und Nachkriegszeit geschaffene Netz von internationalen Schuldverpflichtungen sowie nicht zuletzt die großen Bevölkerungsbewegungen in Europa als Folge des Krieges zwingen viele Staaten bereits jetzt, wo der eigentliche unmittelbare Wiederaufbau noch großen Schwierigkeiten begegnet, zu umfassender Umgestaltung ihrer Wirtschaftsstruktur. Würde diese Anpassung an die veränderte weltwirtschaftliche Lage rasch vor sich gehen, könnte dies vielleicht zu einem reibungslosen Ablauf der Weltwirtschaft in der Zukunft beitragen. Nicht minder bedeutungsvoll für die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft ist der Wandel der inneren Wirtschaftsorganisation vieler europäischer Staaten, die unter dem Einfluß bestimmter politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ziele, aber auch unter dem Eindruck der krisenhaften Entwicklung der Weltwirtschaft in der Zwischenkriegszeit zum Teil zu einer straffen Planwirtschaft und zum Teil zu einer staatlich gelenkten Wirtschaft übergegangen sind. Die Verschiedenheit der Wirtschaftsorganisation

birgt die Gefahr in sich, daß sich die Welt in verschiedene mehr oder weniger autarke Blöcke spaltet, wenn nicht neue Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gefunden werden, die zum Teil bedeutend von den traditionellen Methoden abweichen.

Angesichts der Fülle der Probleme und der widerstreitenden Tendenzen, die die gegenwärtige weltwirtschaftliche Lage charakterisieren, läßt sich zur Zeit auch nicht annähernd die künftige Entwicklung der Weltwirtschaft vorausbestimmen. Zu vieles ist noch in Fluß und ungeklärt, als daß heute schon ungefähr ein Bild gezeichnet werden könnte, welche wirtschaftlichen Strömungen die Oberhand gewinnen werden und in welcher Form sich die zukünftige Weltwirtschaft konsolidieren wird. Dennoch ist es äußerst wichtig, sich bereits jetzt so gut als möglich der Probleme und Tendenzen der Weltwirtschaft bewußt zu werden. Was heute geschieht und für morgen geplant wird, ist mitbestimmend, ob sich die einzelnen Staaten rasch und reibungslos oder, ähnlich wie nach dem ersten Weltkrieg, erst unter der Wucht krisenhafter Ereignisse an die neuen Gegebenheiten anpassen.

## Nachfragesteigerung und Inflationstendenzen

### Die Nachfragesteigerung

Die Nachfrage nach Gütern ist gegenwärtig aus verschiedenen Gründen viel größer als in normalen Friedensjahren. Die Sparneigung der Konsumenten, die im Krieg durch Propaganda hochgehalten werden konnte, nimmt in der Regel nach Kriegsende rasch ab. Die Konsumenten trachten nach all den Jahren der Entbehrung, endlich wieder ihren Lebensstandard zu verbessern, und sind nicht mehr bereit, die Befriedigung ihrer Bedürfnisse länger aufzuschieben. Dadurch steigt zunächst einmal — soweit Kontrollmaßnahmen dies nicht verhindern — die Nachfrage nach Gütern des täglichen Bedarfes, wie Nahrung, Haushaltsgegenständen und Kleidung. Außerdem kommt nun auch die während der Kriegsjahre zurückgestaute Nachfrage nach *dauerhaften Konsumgütern* — wie Autos, Möbel, gewisse Kleidungsstücke — mit aller Macht zum Durchbruch. Es handelt sich hier nicht um einen bleibend erhöhten Bedarf, sondern nur um eine vorübergehende Nachfragesteigerung, die mit zunehmender Befriedigung (oder Erschöpfung der aufgestapelten Geldreserven) wieder abflauen wird. Eine zu lebhafte und unkontrollierte Entwicklung dieser Konjunktur zöge, wie dies nach dem ersten Weltkrieg der Fall war, nach Deckung des Stoßbedarfes die Gefahr einer

Absatz- und Arbeitslosigkeitskrise in den übermäßig beanspruchten Industrien nach sich. So sank z. B. trotz eines stark ansteigenden Trends die Erzeugung von Personenautos in den Vereinigten Staaten von 1,800.000 Stück im Jahre 1920 (462.000 in 1913) auf 1,442.000 Stück im Jahre 1921. Gegenwärtig ist dieser Sättigungspunkt allgemein noch bei weitem nicht erreicht. Die aufgestaute Nachfrage ist überall so groß, daß in unmittelbarer Zukunft derartige Produktionsrückschläge nicht zu erwarten sind. Nur in den USA rückt die Gefahr einer derartigen Entwicklung näher, da sich dort die Produktion außerordentlich schnell auf die aufgestaute Nachfrage umstellen konnte und sich außerdem die Kriegersparnisse durch die frühzeitige Aufhebung der meisten preishemmenden Kontrollen (Juli 1946) rasch erschöpften.

Monatliche Produktion von Automobilen in den Vereinigten Staaten von Amerika<sup>1)</sup>

	in Tausenden			in Tausenden	
	Personenautos	Lastautos		Personenautos	Lastautos
1937	326.32	74.42	1945 <sup>2)</sup>	13.97	42.72
1938	166.75	40.68	1946	179.06	79.20
1939	238.90	59.21	1947 <sup>3)</sup>	286.90	104.58

<sup>1)</sup> Ausschließlich der militärischen Produktion.

<sup>2)</sup> Juni—Dezember.

<sup>3)</sup> Jänner—Juni.

Auch in der Produktionsgütersphäre erhöhte sich die Nachfrage in der Übergangszeit von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft durch das Bestreben, Kriegsschäden wiedergutzumachen, verabsäumte Instandhaltungsarbeiten nachzuholen und den Produktionsapparat auf die neue Bedarfszusammensetzung umzustellen<sup>1)</sup>. Da sich die gesteigerte Nachfrage vielfach auf Industrien, wie die Metall- und Maschinenindustrie, konzentrierte, die während des Krieges stark ausgebaut wurden, gelang es, entgegen den vielfach gehegten Befürchtungen, fast überall, die aus dem Militärdienst entlassenen Soldaten mit einem Minimum an Reibungen in den Arbeitsprozeß einzugliedern und praktisch einen Zustand der Vollbeschäftigung aufrecht-

<sup>1)</sup> Die Ziffern für Neuinvestitionen in der amerikanischen und kanadischen Wirtschaft zeigen diese Tendenz sehr deutlich:

Neuinvestitionen					
Vereinigte Staaten von Amerika			Kanada		
	Mill. \$			Mill. Kan. \$	
1939	5.200	1945	6.630	1945	516
1943	4.530	1946	12.040	1946	823
1944	5.210	1947	13.890 <sup>1)</sup>	1947	1.292 <sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Schätzung.

zuerhalten. Ausnahmen bilden nur Ungarn, das unter einer Deflationskrise zu leiden hatte, Griechenland und insbesondere Italien, wo die Desorganisation durch die Kriegshandlungen sowie der Kohlen- und Rohstoffmangel in den Wintermonaten 1946/47 zu einer Arbeitslosigkeit von über 2,2 Millionen Menschen (d. s. mehr als doppelt soviel als zur Zeit der Weltwirtschaftskrise) führte<sup>2)</sup>.

Intensität und Größe des industriellen Nachkriegs-investitionsbedarfes verhindern, zumindest vorläufig, daß die durch den Krieg verursachten strukturellen Verschiebungen innerhalb der einzelnen Volkswirtschaften krisenhafte Anpassungsschwierigkeiten auslösen. In industriell unterentwickelten Ländern oder in jenen Staaten, die langfristige und weitreichende Industrialisierungsprogramme für sich selbst oder für andere Gebiete entwickelt haben, mag dieses Problem der Umstellung genügend lang hinausgeschoben werden und so eine allmähliche und reibungslose Anpassung ermöglichen. Fehlen jedoch diese Voraussetzungen und werden keine Versuche unternommen, die zu erwartende Umschichtung planmäßig zu lenken, so muß in den nächsten Jahren nach Befriedigung der aufgestauten Nachfrage mit bedeutenden Umstellungsschwierigkeiten gerechnet werden.

Ähnliches gilt bis zu einem gewissen Grade auch für die Rohstoffmärkte. Auch hier ergibt sich eine verstärkte Nachfrage, die einerseits auf die erhöhte Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern und Investitionsgütern und andererseits auf die Wiederauffüllung der für den reibungslosen Ablauf des Wirtschaftslebens notwendigen Vorräte zurückzuführen ist. Allerdings ist hier die „Höckerbildung“ der Nachfrage weitaus weniger ausgeprägt als bei den Investitionsgüterindustrien. Der große Bedarf an Rohstoffen aller Art ist zum Großteil einfach der Ausdruck der gesteigerten Zivildnachfrage. Wenn es daher gelingt, die Vollbeschäftigung zu erhalten, so dürfte es auch nach der Rückkehr zur friedensmäßigen Produktion nicht allzu schwer sein, krisenhafte Zusammenbrüche auf den Rohstoffmärkten zu vermeiden. Allerdings ist es unwahrscheinlich, daß die gegenwärtige Preiskonjunktur — die Preise vieler Rohstoffe sind durch Aufhebung vieler Kontrollen seit Beendigung des Krieges stärker

<sup>2)</sup> Seither ist die Zahl der Arbeitslosen nur unbedeutend auf 1,8 Millionen zurückgegangen, wobei gegenwärtig die Politik der Krediteinschränkung die Hauptursache für die Arbeitslosigkeit bildet. Der Vergleich mit der Arbeitslosigkeit zur Zeit der Weltwirtschaftskrise ist allerdings insoweit nicht ganz zutreffend, als die statistische Erfassung der Arbeitslosen heute vollständiger ist als in den Jahren 1932/33.

Preisindizes wichtiger Rohstoffe

Zeit	Al <sup>1)</sup>	Cu <sup>2)</sup>	Ni <sup>3)</sup>	Pt <sup>4)</sup>	Zn <sup>5)</sup>	Sn <sup>6)</sup>	Baumwolle <sup>7)</sup>	Weizen <sup>8)</sup>	Großhds.-Index	
									GB <sup>9)</sup>	USA
Oktober 1945 = 100										
1946 III.	80	100	100	100	100	100	117	103	101	102
VI.	95	100	100	150	100	100	136	108	103	107
IX.	100	120	100	231	100	100	156 <sup>10)</sup>	112	105	117
XII.	100	162	100	200	128	135	131	117	107	133
1947 III.	100	166	100	162	128	135	149	140	108	141
VI.	100	189	100	169	128	154	153	139	112	139
IX.	100	177	100	190	128	154	139	156	115	148

1) Aluminium. Notierung: New York. Die Produktionskapazität der Aluminiumindustrie stieg während des Krieges auf ein Vielfaches der Vorkriegszeit und ist auch heute, trotz des Ausfalls der deutschen und japanischen Erzeugung, wesentlich höher. Eine unerwartet hohe Umstellung des Friedensbedarfes auf dieses Metall und die starke monopolistische Organisation dieser Industrie haben nach vorübergehenden Preisermäßigungen wider alles Erwarten zu einer Stabilisierung auf dem Kriegsniveau geführt. — 2) Kupfer. Notierung: New York. — 3) Nickel. Notierung: New York. — 4) Platin. Notierung: London. — 5) Zink. Notierung: St. Louis. — 6) Zinn. Notierung: New York. — 7) Notierung: New York. — 8) Notierung: Chicago. — 9) Großbritannien. — 10) Juli.

gestiegen als die Großhandelspreise im allgemeinen — unverändert anhalten wird<sup>1)</sup>. Auf manchen Warenmärkten liegen heute schon — sei es zufolge Verteilungsmängeln während des Krieges, sei es durch die Entwicklung von Ersatzstoffen — die Vorräte wesentlich über dem Vorkriegsniveau. So werden z. B. die Kautschukvorräte per Juni 1947 auf 0,95 Mill. t (abgesehen von 0,12 Mill. t synthetischem Gummi) geschätzt, verglichen mit zirka 0,52 Mill. t im Jahre 1937. Auch auf dem Wollmarkt sind die Bestände weit über das übliche Maß hinausgewachsen. Sollen daher in Zukunft wilde Schwankungen der Rohstoffpreise oder produktions-einschränkende Abkommen vermieden werden, so wäre es wichtig, schon jetzt durch internationale Vereinbarungen stabile und tragbare Preise anzustreben und internationale Ausgleichslager („buffer stocks“) anzulegen, die sowohl die Interessen der Konsumenten als auch die der Produzenten berücksichtigen würden. Das Scheitern der internationalen Getreidekonferenz über die Preisfrage und die bescheidenen Ergebnisse der Besprechungen verschiedener „Studiengruppen für Rohmaterialien“ zeigen allerdings, daß es keineswegs leicht ist, die verschiedenen Interessen unter einen Hut zu bringen.

Schließlich muß die gesteigerte Nachfrage des Staates berücksichtigt werden, die zwar nicht mehr das Ausmaß der Kriegsperiode erreicht, aber doch noch weit über dem normalen Friedensstand liegt. Es muß allerdings zwischen der erhöhten wirtschaftlichen Tätigkeit des Staates unterschieden werden,

<sup>1)</sup> Die Rohstoffpreise sind bereits während des Krieges stärker als das allgemeine Preisniveau gestiegen. Sie lagen bei Kriegsende um 66%, die Großhandelspreise dagegen nur um 37% über dem Niveau von 1939.

die eine Folge der Verstaatlichung ist und z. B. in Osteuropa eine dauernde Erscheinung sein wird, und der erhöhten staatlichen Nachfrage, die sich vorübergehend aus den Kriegsfolgen ergibt. Im ersten Falle vergrößert die verstärkte wirtschaftliche Tätigkeit des Staates nicht die bestehende Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage, da hier bloß die staatliche Nachfrage an die Stelle des privaten Investitionsbedarfes tritt. Unternimmt es jedoch der Staat, Kriegsschäden im Verkehrswesen wiedergutzumachen, Häuser zu reparieren und rückständige Bauvorhaben nachzuholen oder die Opfer des Krieges und des Faschismus zu befürsorgen, dann entsteht eine zusätzliche Nachfrage, die den bereits bestehenden Druck auf die Märkte verstärkt und die Gefahr eines Rückschlages nach einer teilweisen Deckung des gegenwärtigen verstärkten Bedarfes erhöht.

Unter diesen Gesichtspunkten erschiene es ratsam, die staatliche Nachfrage während der Übergangszeit auf ein Minimum zu reduzieren und erst dann voll zu entfalten, wenn die abnormale Häufung des privaten Konsum- und Investitionsbedarfes abzuebben beginnt. Dadurch würde gegenwärtig der inflationistische Druck auf die Volkswirtschaften vermindert und gleichzeitig die Möglichkeit geschaffen werden, eine etwa auftretende Nachkriegskrise wirksam zu bekämpfen. Aber eine solche Lösung ist angesichts der Dringlichkeit der den Regierungen gestellten Aufgaben nur schwer durchführbar. Der rasche Wiederaufbau normaler Verkehrs- und Wohnverhältnisse und die Durchführung anderer dringender Ansprüche sind eine wesentliche Voraussetzung für die Erholung der Wirtschaft auf allen Gebieten. Die Ausgaben des Staates sind daher gegenwärtig fast überall stark angestiegen und können in den meisten Fällen — Großbritannien, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten bilden die wichtigsten Ausnahmen — nur ungenügend durch die laufenden Einkünfte gedeckt werden.

Preisentwicklung und Inflation

Unter diesen Umständen bestand nach Kriegsende eine starke „potentielle“ Nachfrage nach Gütern aller Art, die durch den während des Krieges entstandenen Geldüberhang, die angesammelten Sparguthaben und durch die mit den Budgetdefiziten der Nachkriegszeit verbundene laufende Erhöhung des Geldvolumens auch „effektiv“ wurde. Die Folge davon war, daß die inflationistischen Tendenzen nach Kriegsende weiter anhielten. Mit dem Wegfall der strengen Bewirtschaftung und dem Nachlassen der patriotischen Sparbereitschaft kam es

## Notenumlauf (in Milliarden der Landeswährung)

Zeit	Belgien	Bulgarien	Frankreich	Großbritannien	Holland <sup>4)</sup>	Italien	Norwegen <sup>5)</sup>	Rumänien	Schweden	Schweiz	Tschechoslowakei <sup>6)</sup>	Ungarn	Japan <sup>7)</sup>	Südafrika	Canada	USA
	Francs	Lewa	Francs	Pfund	Gulden	Lire	Kronen	Lei	Kronen	Franken	Kronen	Pengo	Jen	Mill.  (SA)	Dollar	Dollar
1930 XII.	28'0	5'6	151	0'555	1'153	24	0'575	0'049	1'422	2'050	7'7	1'0	3'7	20'9	0'247	7'6
1945 XII.	70'4 <sup>2)</sup>	47'0	570	1'380	1'386	296	1'478	1'213	2'782	3'835	24'2	765'4	55'4	68'0	0'992	28'5
1946 XII.	72'2	45'3	722	1'422	2'744	417	1'933	6'118	2'877	4'091	43'6	968'0 <sup>3)</sup>	91'3	65'9	1'031	29'0
1946 III.	72'8	45'8	613	1'328	2'096	292	1'532		2'507	3'614	31'5		23'3 <sup>3)</sup>	66'5	1'002	27'9
VI.	72'5	46'8	629	1'364	2'338	300	1'665	2'283	2'495	3'617	35'3		42'8	66'5	1'011	28'2
IX.	71'3	44'9	668	1'359	2'555	341	1'765	3'651	2'606	3'785	38'3	0'607 <sup>3)</sup>	64'4	65'4	1'016	28'5
XII.	72'2	45'3	722	1'422	2'744	417	1'933	6'118	2'877	4'091	43'6	0'968	91'3	65'9	1'031	29'0
1947 I.	73'3	45'6	730	1'364	2'682	412	1'834	6'421	2'693	3'883	42'0	1'017	100'0	63'7	1'017	28'3
II.	74'5	44'5	738	1'376	2'695	422	1'814	7'051	2'678	3'885	43'0	1'093	105'5	62'8	1'020	28'3
III.	74'7		746	1'391	2'766	441	1'864	8'339	2'640	3'932	42'9	1'173	115'7	63'1	1'027	28'2
IV.	74'8		771	1'388	2'737	460	1'850		2'608	3'918	42'9	1'258	122'4	63'4	1'010	28'1
V.	75'4		775	1'394	2'730	479	1'837		2'556	3'908	43'7	1'408	129'7	63'4	1'026	28'2
VI.	75'4		807	1'395	2'760	501	1'892		2'618	3'954	44'4	1'468	136'3	63'7	1'021	28'3
VII.	77'6		832	1'419	2'769	539	1'915		2'543	3'980	45'0	1'592	143'7	63'6	1'028	28'1
VIII.	77'8		832	1'393	2'785	507	1'936		2'632	4'022	47'3	1'754	150'7	63'2	1'034	28'3
IX.	78'1		852	1'377	2'856	597	1'986		2'664	4'108	48'9	1'834	156'4	62'7	1'025	28'6
X.	78'4		868	1'361	2'830		1'962		2'694	4'192	50'9	1'869	167'7	62'9	1'055	28'5
XI.	78'5		879	1'341	2'878		1'968		2'702	4'202	53'7	1'829	178'2	63'7		28'7
XII.	79'8		921	1'350	3'010		2'088		2'895	4'383	58'5	1'992				

1) Einschließlich Besatzungskosten. — 2) Ab August 1946 in Milliarden Gulden. — 3) Ein Teil des Notenumlaufes auf Sperrkonto: CSR Okt. 1945, Japan März 1946 und Norwegen Sept. 1945. — 4) Ab 1945 Neuemission.

vielfach zu erheblich größeren Preissteigerungen als während des Krieges.

Allerdings ergeben sich von Land zu Land bedeutende Unterschiede. In einer Reihe von Staaten — vor allem in den neutralen und in den ubersaischen Gläubiger-Ländern, aber auch in Großbritannien und in den USA — war infolge hoher Produktion oder vorsichtiger Kreditpolitik während des Krieges eine zügellose Inflation kaum zu befürchten. Dagegen bestand eine unmittelbare Inflationsgefahr in vielen vom Kriege stark in Mitleidenschaft gezogenen Staaten Europas und Ostasiens. Wirklich chaotische Wahrungsverhaltnisse sind jedoch nur in Kuomintang-China zu einem Dauerzustand geworden. In den meisten inflationsbedrohten europäischen Staaten gelang es durch vorübergehende oder endgültige Wahrungsmanahmen, einen vollkommene Zusammenbruch der Währung zu verhindern oder, wie in Ungarn im August 1946 und in Rumänien im Sommer 1947, kurze, aber heftige Inflationen durch eine Neuordnung des Geldwesens abzustoppen.

Wenn auch zügellose Inflationen selten wären, so kam es doch vor allem im Jahre 1946 in einzelnen Ländern zu nicht unbedeutenden Preiserhöhungen, wie z. B. in Italien, in der CSR (50%), in Frankreich (80%) und in den USA (31%). In der CSR und später in Ungarn war die Preisentwicklung z. T. eine einmalige Anpassung an die neuen Wahrungsverhaltnisse. In den USA stiegen dagegen die Preise infolge der verfruhnten Aufhebung fast sämtlicher Kontrollen im Juli 1946, wodurch die gesamte aufgestaute Nachfrage plötzlich wirksam wurde.

Demgegenüber gelang es einigen Ländern, wie den skandinavischen Staaten, der Schweiz und Südafrika, bereits mit Beendigung des Krieges die Preise weitgehend zu stabilisieren<sup>1)</sup>. Diese relative

1) Der Preisaufrtrieb war z. B. in Norwegen und Schweden mit einer 4, bzw. 7%igen Erhöhung der Großhandelspreise zwischen Dezember 1945 und Sommer 1947 geringer als in einer normalen Friedenskonjunktur (der schwedische Großhandelsindex stieg von 1936 auf 1937 um 14%).

## Indezzahlen der industriellen Produktion

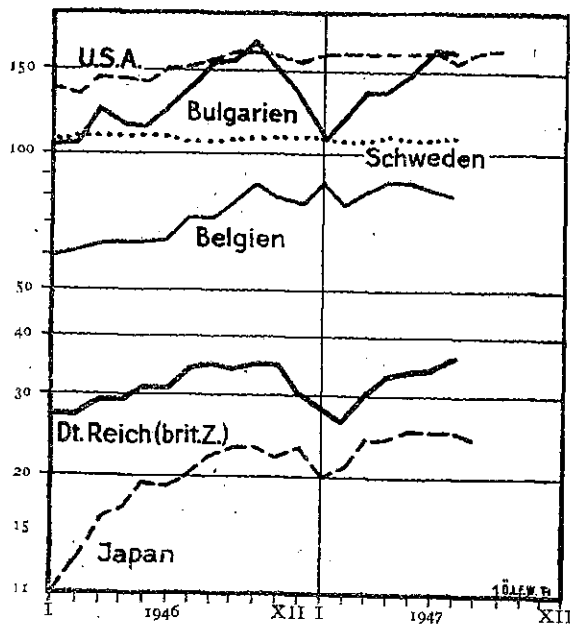
1937 = 100

Jahr	Belgien	Bulgarien	Deutschland <sup>2)</sup> (Britische Zone)	Frankreich <sup>1)</sup>	Holland	Norwegen	Schweden	Japan	Mexiko	USA
1945	31	129			31	69	88	38	122	180
1946 III.	67	123	29	73	64	99	107	16	113	145
VI.	69	123	31	85	69	106	107	19	131	151
IX.	78	159	34	84	80	108	106	23	134	163
XII.	79	134	30	89	84	108	108	23	127	159
1947 I.	85	108	28	88	86	109	108	20		163
II.	77	119	26	95	80	118	107	21	132	164
III.	83	135	30	96	90	113	107	24		165
IV.	88	134	33	102	90	113	109	24		164
V.	87	146	34	102	89	122	108	25	135	164
VI.	84	165	34	97	92	122	108	25		164
VII.	82	164	36	93	96	79	109	25		158
VIII.	82	162	37	84	85	120	107	25		164
IX.				97	96	120	107	26		168
X.						122	107	26		171
XI.								26		170

1) 1936 = 100. — 2) 1938 = 100.



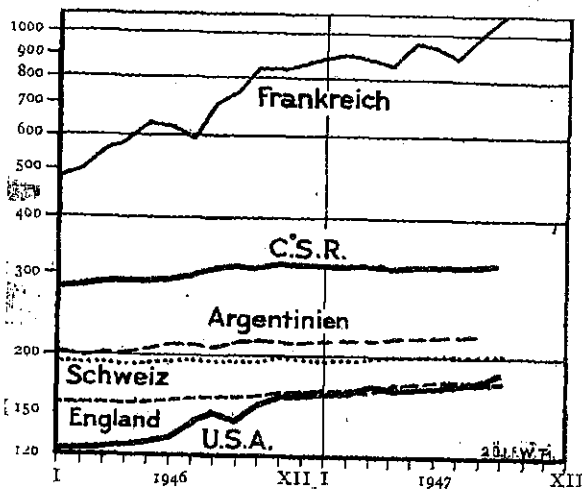
Abb. 1. Industrielle Produktion  
(Logarithmischer Maßstab; Ø 1937 = 100)



Die industrielle Leistungsfähigkeit der einzelnen Staaten hat sich durch den Krieg stark verändert. Während die USA und in geringerem Ausmaß auch die neutralen sowie die vom Krieg unberührten Länder ihre industrielle Produktion über den Vorkriegsstand erweitern konnten, bleibt die Produktion der am stärksten zerstörten und desorganisierten Gebiete, wie Deutschland und Japan, trotz einer bemerkenswerten Wiederbelebung noch weit hinter dem Vorkriegsstand zurück. Eine Anzahl europäischer Staaten, wie Belgien, Polen u. a., konnte in den letzten zwei Jahren trotz Kriegsschäden ihre Produktion rasch steigern und annähernd ihre Vorkriegsleistungen erreichen.

Stabilität war vor allem der gemäßigten Geldpolitik, dem hohen Produktionsniveau (die Produktion dieser Staaten liegt schon über dem Vorkriegsniveau) sowie der Beibehaltung der direkten Kontrollen zu verdanken. Um den Preisauftriebs-

Abb. 2. Großhandelspreise  
(Logarithmischer Maßstab; Ø 1937 = 100)



Auch nach Kriegsende hielten die Preisauftriebstendenzen in den meisten Staaten trotz verschiedener Währungsmanipulationen weiter an. Das Tempo der Aufwärtsbewegung war in den einzelnen Ländern verschieden. In einer Reihe von Staaten (England, Schweiz, Schweden, CSR) fanden im Jahre 1947 nur geringfügige Preisbewegungen statt, während in anderen (Frankreich, Italien, Griechenland) noch eine lebhaftige Preisdynamik im Gange war.

Großhandelspreise und Lebenshaltungskosten  
(G = Großhandelspreise, L = Lebenshaltungskosten, Dezember 1945 = 100)

Zeit	Südafrika		Argentinien		Canada		USA		
	G	L	G	L	G	L	G	L	
1946	III.	101	101	105	103	102	100	102	101
	VI.	104	102	109	107	105	103	106	103
	IX.	105	101	110	106	105	104	116	113
1947	XII.	105	102	110	111	107	106	131	118
	I.	105	102	111	110	110	105	132	118
	II.	105	104	112	111	114	106	135	118
	III.	105	105	112	118	116	107	140	121
	IV.	106	105	113	118	118	108	138	121
	V.	106	106	113	118	120	111	137	121
	VI.	108	107	114	123	123	112	138	121
	VII.	108	107	114	122	124	113	140	122
	VIII.	109	107	116	123	126	113	144	124
	IX.	110	107	116	123	128	116	147	126
	X.	107	107	116	119	134	118	148	126
XI.	107	107	116	119	134	118	148	126	

Großhandelspreise und Lebenshaltungskosten  
(G = Großhandelspreise, L = Lebenshaltungskosten, Dezember 1945 = 100)

Zeit	Bulgarien		Frankreich		Großbrit.		Holland		Norwegen		Schweden		Schweiz		Spanien	Tschechoslowakei		Indien		
	G	L	G	L	G	L	G	L	G	L	G	L	G	L		G	L	G	L	
1946	III.	102	108	117	101	101	100	112	102	100	101	97	100	99	99	101	137	149	103	102
	VI.	104	106	129	121	103	100	115	110	102	102	98	101	99	101	106	138	148	107	107
	IX.	111	106	155	168	105	100	120	110	102	103	97	101	99	101	121	147	147	110	112
1947	XII.	114	112	180	181	106	100	123	111	104	104	101	102	102	103	123	150	148	116	115
	I.	117	117	186	178	107	100	124	112	103	103	102	—	102	103	124	150	149	118	111
	II.	118	119	190	178	108	100	124	113	104	103	102	—	102	103	124	149	150	117	109
	III.	118	118	183	175	108	100	125	113	104	103	103	105	103	103	125	150	150	119	111
	IV.	119	117	181	174	110	100	125	113	104	104	104	104	103	103	124	146	142	119	112
	V.	117	114	202	185	112	100	124	113	105	104	104	104	103	105	127	147	142	118	112
	VI.	117	118	193	197	114	100	125	117	106	104	104	107	104	105	128	147	142	118	115
	VII.	118	120	188	204	114	100	126	118	108	103	104	—	104	105	130	150	137	120	113
	VIII.	118	118	214	228	114	100	125	113	108	102	104	—	104	105	131	150	136	121	118
	IX.	119	115	234	249	115	100	126	116	107	101	105	109	105	105	133	151	137	121	118
	X.	119	119	239	274	117	100	126	114	107	101	106	109	105	105	133	152	137	121	118
XI.	119	119	257	274	117	100	126	114	107	101	106	109	105	105	133	152	137	121	118	

1) Nur Nahrungsmittel.

tendenzen zu entgehen, die durch die stärkere inflationistische Entwicklung in anderen Ländern, insbesondere in Amerika, ausgelöst wurden — die höheren Preise des Auslandes verteuerten einerseits die Importwaren und übten andererseits einen stärkeren Anreiz zu erhöhten Exporten aus, die die Warenknappheit im Inlande verschärften —, werteten im Jahre 1946 Kanada und Schweden ihre Währungen gegenüber dem amerikanischen Dollar auf. Es stellte sich jedoch sehr bald heraus, daß diese Maßnahmen verfrüht waren, da sie einen zu starken Importanreiz auslösten. Die Folge war, daß die Dollarvorräte in beiden Ländern rasch abnahmen und sie schließlich weitgehende Einfuhrverbote erlassen mußten. Dieses Beispiel zeigt, wie schwierig es ist, in einer sich rasch und sprunghaft verändernden Weltwirtschaft richtige Maßnahmen zu treffen.

Im Verlaufe des Jahres 1947 verlangsamte sich auch in den meisten anderen Ländern die Preis- und Lohndynamik. Wichtige Ausnahmen bildeten bis vor kurzem Italien und Rumänien. In diesen beiden Staaten führte ein hohes Budgetdefizit zusammen mit einem durch Rohstoffmangel bedingten Produktionsrückgang bzw. einer katastrophalen Mißernte zu bedeutenden Preissteigerungen. Die im Spätsommer 1947 durchgeführte radikale Währungsreform in Rumänien sowie Einaudis Deflationspolitik in Italien haben jedoch auch in diesen beiden Ländern zu einer Verlangsamung des Preis- auftriebes bzw. sogar zu einer Senkung wichtiger Preise geführt. In einer Reihe anderer Länder mit niedriger Produktion und überdimensioniertem Geldvolumen sind zwar die offiziellen Preise nicht so stark gestiegen, doch spielen dort die weitaus höheren Preise auf dem schwarzen Markt eine bedeutende Rolle im täglichen Wirtschaftsleben. Hier wären vor allem Deutschland, Griechenland und Österreich zu nennen. In den USA kam die Preisbewegung durch die Verausgabung der Dollarguthaben ausländischer Staaten sowie durch den allmählichen Verbrauch der im Kriege angesammelten Sparguthaben und die Erhöhung der Produktion im ersten Halbjahr 1947 weitgehend zum Stillstand, während in Frankreich zu Beginn des Jahres 1947 eine Preissenkungsaktion versucht wurde. Die eingeschlagene Deflationspolitik scheiterte allerdings nach kurzfristigen Teilerfolgen und die sich aus Produktionsschwierigkeiten, Kohlen- und Devisenmangel sowie aus dem Budgetdefizit ergebenden Preis- auftriebenden Tendenzen hielten weiter an.

Die unterschiedliche Preisentwicklung in den einzelnen Ländern hat zu starken *Preisdisparitäten*

geführt. Selbst internationale Güter weisen von Land zu Land verschieden hohe Preise auf. Die Aufrechterhaltung dieser Preisunterschiede wird vor allem dadurch begünstigt, daß die mengenmäßigen Ausfuhrregulierungen sowie die Knappheit an „harten“ Devisen und Gold die einzelnen Bezugsländer zwingen, auch in teureren Ländern einzukaufen. In Anbetracht dieser besonderen Umstände sind die gegenwärtigen Wechselkurse vielfach nur als konstruiert anzusehen. Daraus ergibt sich auch, daß zur Zeit zuverlässige Anhaltspunkte für die Wettbewerbsfähigkeit verschiedener Industrien, für die Angemessenheit der nationalen Preisniveaus, für die richtigen Valutenkurse und für die Anpassungsfähigkeit des Internationalen Währungsfonds noch nicht bestehen.

Die weitere internationale Preisentwicklung ist gegenwärtig noch nicht voraussehbar. Die im Laufe des Jahres 1947 vielfach sichtbar gewordenen Ansätze zur Stabilisierung der Preise waren z. T. nur vorübergehend. In einer Reihe von Staaten, wie vor allem in den USA und in Frankreich, traten neue inflationistische Strömungen auf, die auf das weiterhin bestehende Mißverhältnis zwischen Geldmenge und Gütermenge und den latenten Wettlauf zwischen Gewinnen und Löhnen zurückzuführen sind.

#### Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung

Im Gegensatz zur Wirtschaftspolitik in den Jahren 1918 bis 1920 versuchte man nach diesem Kriege die bestehenden inflationistischen Gefahren nicht so sehr durch Verknappung der Geldmenge, d. h. durch geldpolitische Maßnahmen einzudämmen, wie vielmehr, mit Ausnahme der USA, das Schwergewicht der wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf direkte Kontrollen, wie Bewirtschaftung, Preis- und Lohnkontrolle, zu legen. Maßgebend hierfür war neben sozialen Erwägungen vor allem die Furcht, daß durch monetäre Maßnahmen, ähnlich wie in den Jahren 1920 bis 1922, eine schwere Nachkriegsdepression ausgelöst werden könnte. Die einzelnen Staaten standen daher zunächst einer Kreditrestriktion als Inflationsbekämpfungsmittel ablehnend gegenüber. Das kommt auch in den niedrigen Banksätzen zum Ausdruck, die sich fast durchweg zwischen 1 und 4% bewegen. In England trachtete man sogar durch eine Vermehrung der Geldmenge den langfristigen Zins weiter zu senken und die Politik des billigen Geldes fortzusetzen, obwohl die objektiven Voraussetzungen für eine derartige Politik nicht günstig waren. Soweit in Südosteuropa relativ hohe Banksätze herrschen, kommt ihnen — mit Ausnahme Griechenlands — keine entscheidende

*Banksätze einiger Länder<sup>1)</sup>*

(Juni 1947)			
%	%	%	%
Amsterdam . . . 2.5	Zürich . . . 1.5	Pretoria . . . 3.0	
Berlin . . . . . 3.5	New York . . . 1.0	Athen . . . . . 10.0	
Brüssel . . . . . 3.0	Rio de	Belgrad . . . 5.0	
Oslo . . . . . 2.5	Janeiro . . . 3.5	Budapest . . 7.0	
Paris . . . . . 1.75	Kalkutta . . . 3.5	Sofia . . . . . 5.5	
Rom . . . . . 4.0		Madrid . . . 4.0	

<sup>1)</sup> Im letzten Quartal 1947 wurden folgende Banksätze erhöht: In Belgien von 3.0 auf 3.5% (September), in Frankreich von 1.75 auf 2.5% (Oktober), in Spanien von 4 auf 4.5% und in Italien von 4 auf 5% (Dezember).

Bedeutung zu, da die weitgehende Planung der wichtigsten Gebiete des Wirtschaftslebens den Grad der wirtschaftlichen Aktivität direkt bestimmt.

In der zweiten Hälfte 1947 begann jedoch angesichts der anhaltenden inflationistischen Strömungen die Ansicht durchzudringen, daß der eingeschlagene Weg der direkten Kontrollen als Inflationsbekämpfungsmethode allein nicht ausreicht. Der Zustand der „zurückgestauten Inflation“, der dadurch entstand, daß man nicht das Inflationspotential und die inflationistische Einkommensbildung bekämpfte, sondern nur das Wirksamwerden der überschüssigen Geldmenge durch direkte Kontrollen zu verhindern suchte, zeigte eine Reihe ungünstiger Auswirkungen und erwies sich durchaus nicht als ideales Mittel der Überwindung der Nachkriegsschwierigkeiten. Es setzten daher Bestrebungen ein, die Inflationsbekämpfung auch mit geldpolitischen Mitteln zu unterstützen. Tatsächlich ließ auch im Sommer 1947 das Britische Schatzamt eine Erhöhung der Zinssätze am Kapitalmarkt zu und im Oktober wendeten sich die französische und die belgische Regierung mit einer Erhöhung des Banksatzes von der Politik des billigen Geldes ab. Radikale krediteinschränkende Maßnahmen wurden ferner in Italien getroffen, allerdings bei einem gleichzeitigen Steigen der Staatsschuld und des Notenumlaufs. Selbst in Amerika wird neben der Wiedereinführung verschiedener Wirtschaftskontrollen eine Kreditrestriktion erwogen. Bei diesem Wandel von direkten zu indirekten wirtschaftspolitischen Methoden dürfte es sich allerdings kaum um eine vollkommene Rückkehr zu den traditionellen Methoden der Wirtschaftspolitik handeln, sondern eher um eine Koordination beider Maßnahmen, wobei je nach der Entwicklung der Produktion und der grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Einstellung das Schwergewicht mehr auf die eine oder auf die andere Methode gelegt wird. Die Gefahr einer tiefgehenden Nachkriegsdeflation dürfte daher, zumindest im gegenwärtigen Zeitpunkt, kaum akut

sein. Eine Ausnahme hiervon bilden die USA, weil die relativ rasche Befriedigung der aufgestauten Nachfrage und die vorzeitige Rückkehr zu einer unkontrollierten Wirtschaft die Möglichkeit einer baldigen Nachkriegsdepression nicht ausschließt. Anzeichen für eine derartige Entwicklung sind zweifellos vorhanden: Wachsende Lagerbestände, plötzliche Preissenkungen und gelegentlicher Pessimismus. Ob es angesichts der großen Bedürfnisse der zerstörten Länder in der nahen Zukunft zu einer Nachkriegsdepression kommt, hängt letzten Endes davon ab, ob die restliche Welt genügend Dollars erhält, um die Nachfrage nach amerikanischen Waren aufrechterhalten zu können. Dank den umfangreichen Hilfskrediten der USA ist jedoch auch hier eher mit einer Fortdauer der inflationistischen Strömungen zu rechnen, vor allem dann, wenn der Marshallplan verwirklicht wird und die USA in den kommenden Jahren große Exportüberschüsse erzielen werden.

**Engpässe der Produktion**

Das Problem der Übergangszeit ist letzten Endes ein Problem der Produktion. Wenn es gelänge, die Produktion rasch zu steigern und die angeschwollene Nachfrage durch einen größeren Warenstrom zu befriedigen, wären viele der gegenwärtigen finanziellen, handelspolitischen und sozialen Schwierigkeiten einer Lösung näher. Die Mangelerscheinungen, die die Produktion jetzt überall hemmen, erstrecken sich auf eine Vielzahl von Warengruppen und sind vor allem auf die umfangreichen Kriegsschäden, auf die Erschöpfung der Lagervorräte, die unterlassenen Ersatzinvestitionen und nicht zuletzt auch auf eine Knappheit insbesondere an qualifizierten Arbeitern zurückzuführen. Vielfach trug neben der ungenügenden Produktion auch die ungleiche nationale und internationale Verteilung bestimmter Waren zur Entstehung von Produktionsengpässen bei.

Durch den Krieg ist zwar auch eine Reihe günstiger Voraussetzungen geschaffen worden, die den Wiederaufbau erleichtern. Die Anstrengungen, die Erzeugung von Kriegsmaterial soweit als möglich zu steigern, haben überall zu einer verstärkten Rationalisierung und zu Massenproduktionsmethoden geführt, die, wenn sie auch keineswegs in Bausch und Bogen auf die Friedensindustrie übertragen werden können, doch die Entwicklung der Produktion in den kommenden Jahren fördern werden. Not macht erfinderisch: die Trennung von den normalen Bezugsquellen und der allgemeine Mangel an Rohstoffen hat die Erfindung

einer großen Zahl von Ersatzstoffen und die Entwicklung neuer Verfahren begünstigt, die für die Zukunft vielfach völlig neue und wichtige Perspektiven eröffnen. Die weitgehende Forschung auf dem Gebiete der Kunstharzstoffe sei hier nur als Beispiel erwähnt. Auch auf anderen Gebieten ist im Krieg Neues erfunden worden, das dem friedlichen Aufbau der Welt wertvolle Dienste leisten und zum Teil — wie etwa die Verwertung der Atomenergie — den technischen Fortschritt in völlig neue Bahnen lenken kann. Schließlich hat der Krieg Tausende von Menschen, besonders in außereuropäischen Gebieten, die früher nur mit primitiven landwirtschaftlichen Arbeiten vertraut waren, in moderne Berufe geführt und ihnen Qualifikationen beigebracht, die der Mechanisierung der Industrie und der Landwirtschaft starken Auftrieb verleihen werden.

Diese wiederaufbaufördernden Momente werden sich jedoch erst im Laufe der Zeit voll auswirken und tragen zumindest auf kurze Sicht nur wenig zur Überwindung der gegenwärtigen Mangellage bei, die durch einen ungeheuren Warenhunger gekennzeichnet ist, dem fast überall nur ein äußerst knappes Güterangebot gegenübersteht.

Die Mangelerscheinungen der Gegenwart gehen weit über die Schwierigkeiten in der Material- und Arbeiterbeschaffung hinaus, die sich regelmäßig auch in einer Friedenswirtschaft bei Vollbeschäftigung ergeben<sup>1)</sup>. Aus der Fülle der Engpässe wollen wir drei der wichtigsten herausgreifen, die für den gesamten Wirtschaftsablauf von entscheidender Bedeutung sind: die Energieversorgung, die Nahrungsmittelversorgung und die Verkehrsverhältnisse.

#### Die Energieversorgung

Die gegenwärtigen Schwierigkeiten in der Steinkohlenversorgung ergeben sich nicht nur aus den unmittelbaren Auswirkungen des Krieges, sondern sind zum Teil die Folge einer langfristigen Entwicklung. Während die Industrialisierung Englands an der Wende des 18. Jahrhunderts neben den Eisenerzvorkommen wesentlich auf die reichen und

<sup>1)</sup> Engpässe in der Material- und Arbeiterbeschaffung sind eine charakteristische Begleiterscheinung jeder vollbeschäftigten Wirtschaft mit ihren stark gesteigerten Bedürfnissen. So finden wir diese Schwierigkeiten nicht nur in Kriegs- und Nachkriegszeiten, sondern dasselbe Problem beschäftigte die Sowjetunion in der ganzen Vorkriegsperiode, trotz der starken Steigerung der Produktion. Auch zur Zeit eines jeden Konjunkturrückpunktes ergeben sich weitgehende Beschaffungsschwierigkeiten, die sich entweder in extremen hohen Preisen oder in abnormal langen Lieferfristen äußern.

leicht zugänglichen Steinkohlenvorkommen zurückzuführen war und auch die späteren Industrialisierungsprozesse in Deutschland, Frankreich, den USA sowie in der Sowjetunion durch Kohlenvorkommen begünstigt wurden, ist heute mit der Verbesserung des Verkehrswesens und der Entwicklung neuer Energiequellen das Vorkommen von Kohle im näheren Umkreis von Industrien nicht mehr im gleichen Maß erforderlich. Die Folge davon ist, daß nun auch kohlenarme Länder mit großen Industrialisierungsprojekten beschäftigt sind, die, neben der erhöhten Nachfrage infolge des Wiederaufbaus und der Notwendigkeit, die stark zurückgegangenen Lagerbestände wieder aufzufüllen<sup>2)</sup>, eine zusätzliche sekuläre Nachfragesteigerung nach Kohle und Energie auslösen. Demgegenüber sind durch den Krieg, aber auch durch langfristige Entwicklungstendenzen große Schwierigkeiten in der Kohlenförderung entstanden, die nur allmählich überwunden werden können und auf lange Sicht eine Knappheit an Kohle erwarten lassen.

Die unmittelbaren Nachkriegsschwierigkeiten ergaben sich aus den schweren Schäden, die die meisten europäischen Gruben in Holland, an der Ruhr, in Schlesien und im Donezbecken durch Kriegseinwirkungen und insbesondere durch Vernachlässigung der Grubenanlagen erlitten haben. Die Förderung ging daher in den meisten europäischen Staaten im Jahre 1945 stark zurück. Die ärgsten Schäden konnten jedoch relativ rasch behoben werden und schon gegen Ende 1945 und im Laufe des Jahres 1946 erhöhte sie sich bedeutend.

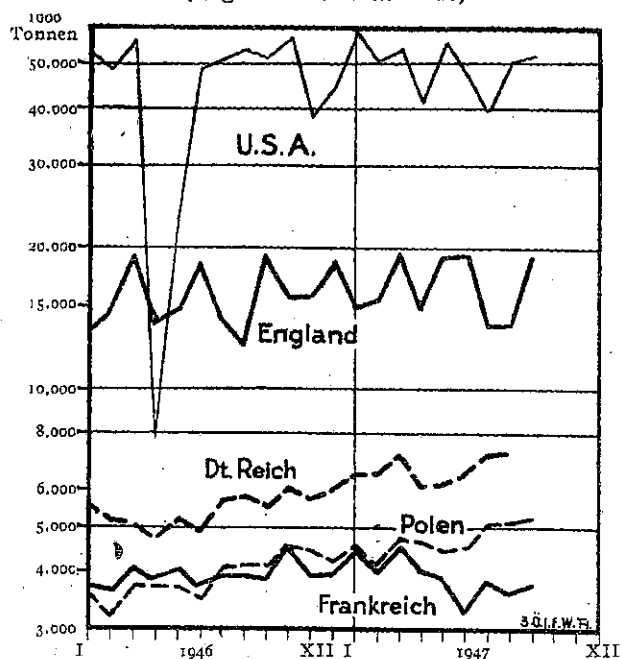
*Die Steinkohlenförderung in den Jahren 1945/46 in drei kriegsbeschädigten Ländern*

	1944 = 100		
	Tschechoslowakei	Deutschland	Holland
1945 . . . . .	49	30	61
1946 . . . . .	61	49	100

Dennoch lag die Kohlenförderung Ende 1946 in vielen Kohlengruben noch beträchtlich unter dem Vorkriegsniveau. Eine weitere Erhöhung ist nur schrittweise möglich, da eine Reihe von Schwierigkeiten besteht, die nicht innerhalb kurzer Zeit überwunden werden können. In den meisten europäischen Staaten war es während der Kriegsjahre nicht möglich, die Förderanlagen in Ordnung zu halten und die nötigen Neuanschaffungen zu machen. Während in Amerika die mechanisierte Kohlen-

<sup>2)</sup> Die Lagerbestände haben mit Ausnahme der USA überall abgenommen. Ende 1946 betragen die Kohlenvorräte in England und Frankreich nur die Hälfte und in Belgien nur etwa ein Drittel der Vorräte Ende 1939.

Abb. 3. Die Förderung von Steinkohle  
(Logarithmischer Maßstab)



Die allgemeine Kohlenknappheit hat in allen kohlenproduzierenden Ländern Bestrebungen zur Erhöhung der Kohlenförderung ausgelöst. Die Kohlenförderung stieg im Jahre 1946 ständig, erreichte im März 1947 ihren bisherigen Höhepunkt, erlitt jedoch dann in den meisten Ländern einen Rückschlag, von dem sie sich in Polen, an der Ruhr und in England im Sommer bzw. Herbst 1947 wieder erholte. Die weit über das Vorkriegsniveau gestiegene Produktion der USA verblieb in der Nachkriegszeit bei lebhaften kurzfristigen Schwankungen ziemlich stationär. Der starke Produktionsrückgang im April 1946 ist auf einen Bergarbeiterstreik zurückzuführen.

förderung gewaltige Fortschritte machte, veraltete die Ausrüstung der europäischen Gruben immer mehr. Das Nachholen der Ersatzinvestitionen sowie die Modernisierung der Grubeneinrichtungen werden einige Jahre in Anspruch nehmen, insbesondere da wichtige moderne Maschinen derzeit nur in den Vereinigten Staaten erzeugt werden und für den Export nach anderen Ländern nicht immer bereitstehen (ganz abgesehen davon, daß die Kaufinteressenten unter Mangel an Dollars leiden). Die derzeitigen Modernisierungspläne<sup>1)</sup> werden daher erst in einigen Jahren verwirklicht werden können. Allerdings ist dann mit einem starken Ansteigen der Kohlenförderung zu rechnen, falls nicht ein Kon-

<sup>1)</sup> Solche Modernisierungspläne stehen heute auf dem Wirtschaftsprogramm der meisten kohlenproduzierenden Länder. Die großen Investitionen, die diese Pläne erfordern, sind eine der Ursachen für die Verstaatlichung der Kohlengruben in ganz Europa mit Ausnahme Belgiens. (Die Zukunft der Ruhrkohlengruben ist noch ungewiß.)

Steinkohlenförderung

Zeit	Belgien	Deutschland <sup>1)</sup>	Frankreich	Großbrit.	Holland	Polen	ČSR	USA
	1000 t							
1929	2.245	14.752	4.482	21.837	965	3.853	1.379	46.026
1937	2.488	13.033 <sup>2)</sup>	3.696	20.297	1.193	3.018	1.398	37.502
1939	2.487	13.168	4.097	19.536	1.072	3.864 <sup>3)</sup>	1.567	33.743
1945	1.310	3.434	2.781	15.436	424	2.100 <sup>4)</sup>	952	47.820
1946	1.898	5.486	3.934	16.053	693	3.941	1.181	44.793
1946 III.	1.929	5.094	4.010	16.430	632	3.771	1.226	56.540
VI.	1.822	4.929	3.708	15.610	639	3.530	1.040	49.173
IX.	1.887	5.502	3.865	16.370	750	4.155	1.140	51.669
XII.	1.886	6.007	3.992	15.800	718	4.207	1.176	44.281
1947 I.	2.146	6.517	4.417	15.066	833	4.548	1.395	58.173
II.	1.956	6.554	4.077	15.350	803	4.137	1.329	50.475
III.	2.198	7.358	4.477	17.294	885	4.793	1.438	54.741
IV.	2.184	6.208	4.046	14.924	818	4.650	1.871	41.246
V.	2.081	6.350	3.850	17.071	779	4.459	1.323	55.368
VI.	2.011	6.597	3.255	16.767	829	4.581	1.242	47.272
VII.	1.866	7.359	3.808	13.542	891	5.086	1.278	39.871
VIII.	1.827	7.424	3.546	13.591	802	5.107	1.196	50.679
IX.	2.006	7.579	3.785	16.455	898	5.367	1.295	52.214
X.			4.422	16.342	921	5.761	1.472	56.895
XI.				17.220	844			51.676

<sup>1)</sup> Deutschland einschließlich dem Saargebiet. — <sup>2)</sup> 1938. — <sup>3)</sup> Jänner—Juni. — <sup>4)</sup> Februar—Dezember.

junkturabbruch die Ausnutzung der technischen Möglichkeiten verhindert<sup>2)</sup>.

Ein zweites nicht kurzfristig lösbares Problem ist die Arbeiterfrage. Die Arbeit in den Kohlengruben ist keine angenehme. Schon vor dem Krieg gab es Anzeichen, besonders in Frankreich<sup>3)</sup> und Deutschland, daß der Nachwuchs die Gruben mied. Arbeitslosigkeit und eine gewisse Tradition, dem Berufe des Vaters zu folgen, hielten jedoch trotz unzureichenden Löhnen und trotz Lohnkämpfen genügend Arbeiter in den Gruben. In der Kriegs- und Nachkriegszeit wurde jedoch die traditionelle Bindung an den Bergarbeiterberuf stark gelockert und die Vollbeschäftigung hat neue Berufsmöglichkeiten eröffnet. So ergibt sich heute fast überall eine Abneigung junger Leute gegen die Grubenarbeit. Die Folge ist eine Überalterung der Arbeiter gerade in einem Beruf, der in hohem Ausmaß Kraft und Ausdauer beansprucht. Die Überalterung der Bergarbeiter sowie die mangelhafte maschinelle Ausrüstung der Gruben und nicht zuletzt eine gewisse Müdigkeit, geboren aus dem Krieg und seinen Entbehrungen, haben zu einem Rückgang der Arbeitsproduktivität geführt, der in vielen Fällen mehr als ein Viertel des Vorkriegsstandes beträgt.

<sup>2)</sup> Nach dem ersten Weltkrieg dauerte es bis zum Jahre 1923, bis die Steinkohlenweltförderung das Niveau des Jahres 1913 wieder erreichte. Aber bereits 1920 war die Produktion um 22% größer als im Krisenjahr 1932. Auch im März 1947, der in den meisten Ländern ein besonders guter Monat war, erreichte die Gesamtproduktion der sieben wichtigsten europäischen Kohlenproduzenten (ausschließlich der Sowjetunion) den Monatsdurchschnitt von 1932, der allerdings nur 79% des Konjunkturjahres 1937 betrug.

<sup>3)</sup> Die französischen Kohlenbergwerke beschäftigten eine große Zahl ausländischer Arbeiter, insbesondere Polen,

Produktion je Schicht im September 1947 in % des  
Durchschnittes 1935/38

Gebiet	%	Gebiet	%
Belgien . . . . .	75	Großbritannien . . .	97
Deutschland		Holland . . . . .	78
(Britische Zone) .58		Polen <sup>1)</sup> . . . . .	75
(Französ. Zone) .59		Tschechoslowakei <sup>2)</sup> .	77
Frankreich . . . . .	68	Vereinigte Staaten <sup>3)</sup> .	166

<sup>1)</sup> Verglichen mit dem heutigen Gebiet im Jahre 1937.

<sup>2)</sup> Vergleichsbasis 1935/37.

<sup>3)</sup> Vergleichsbasis 1940.

Bevor sich die geplanten Rationalisierungsmaßnahmen im Bergbau auswirken werden, kann daher eine Steigerung der europäischen Kohlenproduktion nur durch Maßnahmen erfolgen, die den Zuzug von Arbeitskräften zu den Kohlengruben verstärken und den Arbeiterstand über das Vorkriegsniveau heben. Dies wird versucht durch besonders günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen, durch sonstige Besserstellung der Bergarbeiter (England, Tschechoslowakei, Polen, Sowjetunion), durch eine Erhöhung der sozialen Wertung des Berufs (Tschechoslowakei, Polen, Sowjetunion), durch Prämien und Sondervergünstigungen (Ruhr) und durch Massenwerbungen von Kriegsgefangenen oder Fremdarbeitern (England, Frankreich, Belgien)<sup>1)</sup>. In Frankreich, in der Tschechoslowakei und in der Sowjetunion konnte durch diese Methoden das hohe Produktionsniveau von 1937 wieder erreicht und zum Teil sogar schon überschritten werden<sup>2)</sup>. In den anderen Ländern hingegen liegt die Produktion noch bedeutend unter dem Vorkriegsniveau und die rasche Aufwärtsentwicklung im Jahre 1946 hat sich in den meisten Fällen verlangsamt. Gegen Ende des Jahres 1947 trat jedoch auch in Großbritannien<sup>3)</sup> und an der Ruhr eine neuerliche stärkere Produktionsbelebung ein.

<sup>1)</sup> Das Interesse, dem die unterirdische Vergasung der Kohle, die in der Sowjetunion bereits in der Vorkriegszeit angewandt wurde, heute in Großbritannien und den Vereinigten Staaten begegnet, ist nicht zuletzt auf die Ersparnis an Arbeitern, die in die Gruben einfahren müssen, zurückzuführen.

<sup>2)</sup> Die hohe Förderung Polens ist auf die neuen Gebiete zurückzuführen, die bedeutende Kohlenreserven haben. Verglichen mit der Produktion des Jahres 1937 im Gebiet des heutigen Polen betrug die Förderung im März 1947 nur 94%.

<sup>3)</sup> Während die wöchentliche Produktion der englischen Kohlengruben in den ersten neun Monaten des Jahres 1947 durchschnittlich nur 3,678.000 t betrug, lag sie seit Oktober ständig über 4 Mill. t und überschritt Mitte Dezember mit einer Wochenleistung von 4,400.600 t zum erstenmal den Stand von Mitte 1940. Diese Produktionssteigerung im letzten Quartal ermöglichte es Großbritannien, das für 1947 gesetzte Minimalprogramm von 200 Mill. t bis auf 300.000 t zu erfüllen.

Trotz dieser Produktionsfortschritte ist bei weiterem Anhalten der großen Nachfrage jedoch nicht kurzfristig mit einer Überwindung der Kohlenknappheit zu rechnen. Insbesondere die Importländer werden weiterhin Versorgungsschwierigkeiten haben, da die Produzenten zuerst ihren eigenen erhöhten Bedarf decken, bevor sie Kohle für den Export bereitstellen. So ist die Ausfuhr<sup>4)</sup> der beiden wichtigen Vorkriegsexporture, Großbritannien und Tschechoslowakei, von einem Monatsdurchschnitt von 3,673.000 t in den Jahren 1935/38 auf nur 321.000 t im Jänner 1947 gesunken. Sollten die amerikanischen Pläne eines Wiederaufbaues des Ruhrgebietes verwirklicht werden, bevor die Kohlenproduktion wesentlich gestiegen ist, so würden die Schwierigkeiten der Einfuhrländer noch wesentlich steigen, da sie dann, abgesehen von der teuren amerikanischen Kohle, fast ausschließlich auf die Ausfuhr Polens — das bereits heute der wichtigste europäische Kohlenexporteur ist<sup>5)</sup> — angewiesen wären. Allerdings hat der englische Energieminister für das Jahr 1948 die Möglichkeit einer englischen Kohlenausfuhr von 14 Mill. t in Aussicht gestellt. Die Erfüllung dieses Zieles hängt jedoch davon ab, ob die im November 1947 durch Verlängerung der Arbeitszeit erzielte Produktionssteigerung aufrechterhalten werden kann.

Der akute Mangel an Steinkohle wird zwar in Europa mit der Verwirklichung der Modernisierungspläne allmählich gemildert werden. Steinkohle wird jedoch auf lange Sicht relativ knapp sein, falls die Vollbeschäftigung anhält. Es wird daher getrachtet, andere Energiequellen aufzuschließen und auszunützen. Steinkohle kann zunächst in vielen Fällen ohne große Schwierigkeiten durch Braunkohle und Torf (dessen Verwendung zum Beispiel in Irland den Kohlenmangel stark milderte) ersetzt werden. Obwohl die Förderung von Braunkohle mit ähnlichen Schwierigkeiten wie die von Steinkohle zu kämpfen hat, ging die Braunkohlenproduktion im allgemeinen nicht so stark zurück. Dadurch entstand ein starker Auftrieb, Steinkohle durch Braunkohle zu ersetzen — eine Entwicklung, die schon vor dem ersten Weltkrieg mit der Ausdehnung der Industrialisierung außerhalb der steinkohleproduzierenden Länder und mit der Erschöpfung der leichter zugänglichen Steinkohlengruben (vor allem in England<sup>6)</sup>) eingesetzt

<sup>4)</sup> Einschließlich Braunkohle.

<sup>5)</sup> Im Jahre 1947 betrug der Kohlenexport rund 17 Mill. t.

<sup>6)</sup> Englands Kohlenproduktion erreichte im Jahre 1913 ihren höchsten, später nicht mehr erreichten Stand.

hatte. Ob diese Tendenz auch nach der Überwindung der Nachkriegsschwierigkeiten anhalten wird, wenn die Steinkohlenproduktion sich wieder erholt haben wird, ist derzeit noch schwer zu sagen. Es bestehen zwar in fast allen steinkohlenarmen Ländern, wie Österreich, Ungarn, Jugoslawien u. a., Pläne für einen starken Ausbau der Braunkohlenförderung. Die zu erwartende Mehrproduktion wird jedoch bei weiterem Ansteigen des Energiebedarfes vorwiegend der zusätzlichen Bedarfsdeckung dienen. Nur wenn der rasch wachsende Energiebedarf der Welt entweder durch eine Wirtschaftskrise abgedrosselt wird oder durch die „neueren“ Energiequellen — Elektrizität und Öl — gedeckt werden kann, ist mit einer Fortdauer der Substitution von Steinkohle durch Braunkohle in den steinkohlenarmen Ländern zu rechnen, da diese bestrebt sein werden, die hohen Investitionen für die Braunkohlenerschließung gegen die Konkurrenz der Steinkohle zu schützen.

*Die Braunkohlengewinnung der Welt in Prozenten der Steinkohlengewinnung der Welt*

1913 . . . . .	10.6	1933 . . . . .	17.8
1920 . . . . .	13.5	1938 . . . . .	22.2
1929 . . . . .	17.6		

Steinkohle kann in Zeiten einer Steinkohlenknappheit relativ leicht und rasch durch Braunkohle ersetzt werden, da in den meisten Fällen die vorhandenen maschinellen Einrichtungen, wenn auch mit geringerer Wirtschaftlichkeit, verwendet werden können. In dem Maße jedoch, in dem bestehende Anlagen durch neue ersetzt werden — ein Prozeß, der sich auf viele Jahre erstreckt —, wachsen die Möglichkeiten, Kohle durch die größere Ausnützung von Elektrizität und Öl und in weiterer Zukunft, die vielleicht nicht allzu ferne liegt, auch durch atomische Energie zu ersetzen. Auch diese Tendenz war bereits in der Zwischenkriegszeit zu beobachten. Während die Weltsteinkohlenförderung in dieser Periode, abgesehen von konjunkturellen Schwankungen, nahezu stationär blieb, stieg die Elektrizitätserzeugung allein zwischen 1929 und 1937 um 51% und die Erdölgewinnung um 36%, nachdem sich die Letztgenannte bereits zwischen 1913 und 1929 vervierfacht hatte.

*Entwicklung der Energiequellen*

	1929 = 100			Erdöl
	Steinkohle	Welterzeugung von Braunkohle	Elektrizität	
1913 . . . . .	92	56	.	26
1929 . . . . .	100	100	100	100
1937 . . . . .	97	109	151	136

*Erzeugung von elektrischer Energie*

Länder	Millionen kWh			
	Ø 1937	Ø 1945	Ø 1946	Ø 1947 <sup>1)</sup>
Frankreich . . . . .	1.514	1.464	1.847	2.127
Großbritannien . . . . .	1.909	3.106	3.437	3.609
Italien . . . . .	1.095 <sup>2)</sup>	941	1.279	1.424
Norwegen . . . . .	751	820	938	1.004
Österreich . . . . .	152	.	248	237
Schweiz . . . . .	441	665	696	636
Tschechoslowakei . . . . .	343	369	465	540
Indien . . . . .	167 <sup>2)</sup>	317	328	294
Palästina . . . . .	6	18	21	23
Südafrika . . . . .	432	636	637	678
Kanada . . . . .	2.307	3.342	3.467	3.811
USA . . . . .	9.910	18.540	18.594	20.670

<sup>1)</sup> I. Halbjahr.

<sup>2)</sup> 1938.

Der hohe Energiebedarf des Krieges und der Nachkriegszeit hat diese Tendenzen weiter verschärft. Fast überall, in kriegführenden wie in neutralen Ländern, wurde in den Kriegsjahren die Kapazität der *Elektrizitätserzeugung* vergrößert und besser ausgenützt, so daß heute die meisten Länder wesentlich besser mit Elektrizität versorgt sind als in der Vorkriegszeit. Da die Nachfrage jedoch noch stärker gestiegen ist, leiden viele Länder auch an einem Mangel an elektrischer Energie, der nur allmählich behoben werden kann, da die Errichtung von Elektrizitätswerken (insbesondere von Wasserkraftanlagen) große Investitionen und lange Zeit beansprucht und außerdem Importe infolge der Schwierigkeiten bei der räumlichen Übertragung des elektrischen Stromes nur unter bestimmten Voraussetzungen technisch und wirtschaftlich möglich sind. Die starke Steigerung der Nachfrage ist nicht nur auf die Substitution der knappen Kohle<sup>1)</sup> durch elektrischen Strom, sondern vor allem auf eine zusätzliche Nachfrage nach Energie in modernen Industrieanlagen und in Haushalten zurückzuführen. Die wachsende Zahl leicht erschwinglicher elektrischer Geräte und die Elektrifizierung immer neuer ländlicher Gebiete haben neue Möglichkeiten der Bedarfssteigerung eröffnet, die — in einer prosperierenden Welt — noch weiter anhalten wird. So ist trotz der großzügigen Pläne, die heute in vielen Ländern zur Erweiterung der elektrischen Kapazität bestehen, eine volle Ausnützung dieser Energiequelle<sup>2)</sup>, auch über die jetzige Notzeit hinaus, wahrscheinlich.

<sup>1)</sup> Soweit die Elektrizität in kalorischen Werken erzeugt wird, stellt eine solche Substitution nicht notwendigerweise eine Ersparnis von Kohle dar.

<sup>2)</sup> Eine wirklich volle Ausnützung ist natürlich nur in den Zeiten des Spitzenverbrauchs zu erwarten.

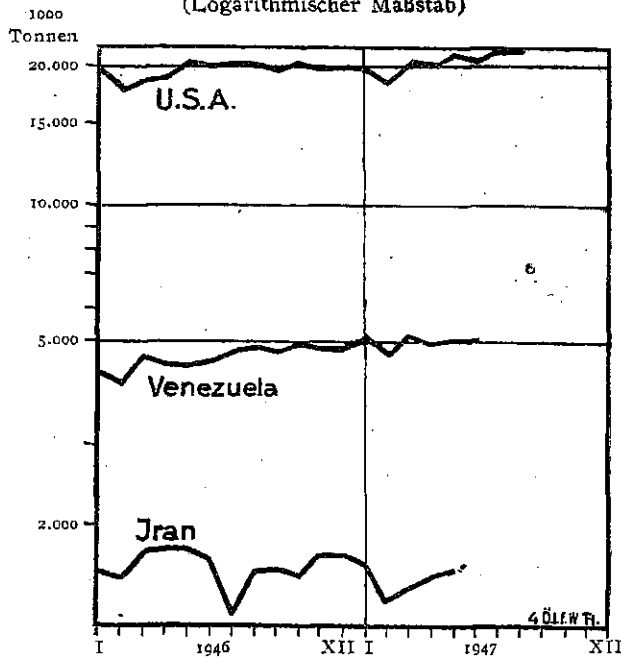
Erdölförderung

Zeit	Deutsch-	Rumä-	Un-	Irak	Iran	Argen-	Mexiko	USA	Vene-
	land <sup>1)</sup>	nien	garn			tinien			zuela
1000 t									
1929	9	403	.	10	462	114	558	11.509	1.654
1937	38	596	0.2	355	861	187	561	14.403	2.311
1939	63	519	12	335	811	221	508	14.243	2.544
1945	.	390	55	393	1.426	272	516	19.295	3.864
1946	54	349	57	373	1.625	247	587	19.518	4.642
1946 III.	57	363	61	378	1.744	253	575	18.489	4.607
VI.	56	354	51	370	1.669	238	612	19.847	4.530
IX.	54	343	54	370	1.597	241	571	19.417	4.770
XII.	47	325	55	371	1.712	259	589	19.791	4.825
1947 I.	44	317	55	366	1.640	255	633	19.565	5.132
II.	40	285	48	333	1.378	229	597	18.109	4.694
III.	43	319	53	359	1.453	264	639	20.559	5.159
IV.	47	310	51	372	1.631	252	682	20.163	4.925
V.	51	320	51	388	1.549	253	717	21.081	5.008
VI.	49	312	48	375	1.850	252	691	20.670	5.035
VII.		329	49	376	1.931	260	711	21.516	5.306
VIII.	50	331	45	378	2.089			21.668	5.396
IX.		319	43	379				21.285	
X.			44	401					

<sup>1)</sup> Britische Zone.

Gleich der Elektrizitätsversorgung hat auch die Erdölproduktion in der Kriegs- und Nachkriegszeit einen starken Aufschwung erfahren. Abgesehen von Rumänien, wo die Erdölförderung seit 1938 ständig abnimmt, und der Sowjetunion, die trotz bedeutender Erhöhung der Produktion seit 1943 noch nicht den Vorkriegsstand erreicht hat, stieg die Erdölproduktion in allen Haupterzeugungsgebieten,

Abb. 4. Die Förderung von Erdöl (Logarithmischer Maßstab)



Obwohl die Erdölproduktion gegenüber der Vorkriegszeit bedeutend gestiegen ist und weiter zunimmt, besteht infolge des außerordentlich hohen Verbrauches — vor allem in den USA — ein empfindlicher Mangel an Erdöl. Neben den USA, Venezuela und der Sowjetunion (über deren Nachkriegsproduktion keine Angaben vorliegen) hat sich der Iran zu einer führenden Erdölmacht entwickelt.

vor allem aber im Nahen Osten (Iran und Arabien), der in die Reihe der führenden Ölmächte aufgerückt ist. Die gesamte Erdölproduktion der Welt hat sich von 278.6 Mill. t im Jahre 1937 auf 352.9 Mill. t im Jahre 1945 und 373.1 Mill. t im Jahre 1946 erhöht<sup>1)</sup>. Die neuen und reichen Funde in Vorderasien, die stärkere Ausbeutung vieler kleinerer Erdölvorkommen in den verschiedenen energiehungrigen Ländern sowie der Produktionsaufschwung in den „alten“ Ländern lassen erwarten, daß die Erdölproduktion auch in den kommenden Jahren weiter zunehmen wird.

Trotz der stark steigenden Produktion ist auch die Erdölversorgung unzureichend und wird es auch — vorausgesetzt, daß die Weltkonjunktur anhält — für längere Zeit bleiben. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Nachfrage, selbst nach dem Ausfall des kriegsbedingten Bedarfs der Luftwaffen, noch stärker als die Produktion gestiegen ist. Die Nachfragesteigerung der Nachkriegszeit ist eine Folge der Aufhebung kriegsmäßig bedingter Beschränkungen des Autoverkehrs, der langfristigen Tendenz, ölgefeuerte Schiffe und Maschinen an die Stelle von dampfbetriebenen zu setzen, sowie der Mechanisierungsbestrebungen in der Landwirtschaft. Auch der Kohlenmangel, der in vielen Ländern die Umstellung von Eisenbahnen und Fabriken auf Ölfeuerung begünstigte, spielt eine Rolle<sup>2)</sup>. Der weitaus wichtigste Grund für die Ölknappheit ist jedoch die außerordentliche Steigerung des amerikanischen Bedarfs. Schon vor dem Kriege waren die Vereinigten Staaten von Amerika bei weitem der größte Ölverbraucher: 1938 verbrauchten sie 55.3% der gesamten Erdölproduktion der Welt. Dennoch konnte die USA damals infolge ihrer großen Eigenproduktion 18.8 Mill. t<sup>3)</sup> ausführen und damit 15.2% des Bedarfs der übrigen Welt decken. Da die amerikanische Nachfrage in der Zeit von 1938 bis 1946 infolge der Kriegs- und Nachkriegskonjunktur um 57% stieg (die USA verbrauchten heute 63.1% der gesamten Welterzeugung), gegen-

<sup>1)</sup> Diese beachtliche Steigerung ist aber dennoch geringer als in den vorangegangenen Jahren. In der Zeit von 1937 bis 1946 erhöhte sich die Produktion nur um 34% gegenüber 52% in der Periode von 1928 bis 1937.

<sup>2)</sup> Die Bestrebungen, sich auf Öl umzustellen, werden allerdings durch die rapiden Preissteigerungen dieses Brennmaterials sehr gedämpft. Schweres Brennöl kostete Mitte Juni 1947 an der pazifischen Küste 56% mehr als ein Jahr vorher und dreimal soviel wie im Jahre 1939.

<sup>3)</sup> 18.8 Mill. t nach Abzug der Einfuhr; die Bruttoausfuhr betrug 26.2 Mill. t. Amerika importierte immer Rohöl und exportierte Erdölprodukte. Die Exportziffern im Text sind durchgehend Nettoziffern.



über einer Erhöhung der Förderung von nur 43%, sank der Export auf 6,8 Mill. t. Im ersten Quartal 1947 verschärfte sich diese Entwicklung und Amerika mußte zum erstenmal in seiner Geschichte (abgesehen von einer kurzen Periode nach dem ersten Weltkrieg) ungefähr 1,6 Mill. t Erdöl einführen.

Sollte die amerikanische Konjunktur weiter anhalten, so ist mit einer raschen Überwindung des Ölmanagements nicht zu rechnen. Wenn auch eine baldige Erschöpfung bestehender Ölreserven nicht erwartet wird — die pessimistischen Vorhersagen der Dreißigerjahre sind angesichts der zahlreichen Funde der letzten Jahre kaum mehr berechtigt —, so setzt doch der Mangel an Raffinerien, Ölleitungen und geeigneten Frachtschiffen<sup>1)</sup> einer raschen Ausdehnung der Öllieferung enge Grenzen. Besonders gewisse Ölsorten, wie Brennöl, werden auf längere Sicht knapp bleiben.

#### Die Nahrungsmittelversorgung

Europa und Asien leiden gegenwärtig nicht nur unter einem außerordentlichen Mangel an Energie, Rohstoffen und anderen wichtigen Produktionsmitteln. Auch die landwirtschaftliche Produktion ist durch den Krieg weit zurückgeworfen worden. Während die Nahrungsmittelerzeugung in den überseeischen Ländern in den letzten Jahren z. T. stark gestiegen ist, haben Europa und Asien durch Kriegshandlungen, Völkerwanderungen, Verluste an Vieh und landwirtschaftlichen Maschinen sowie durch Mangel an Düngemitteln schwere Einbußen erlitten. Die Menschen in den vom Krieg heimgesuchten Ländern ringen heute mit der elementarsten Lebensnot innerhalb eines verhängnisvollen Zirkels: wissend, daß ihnen nur eine steigende Güterproduktion helfen kann, sehen sie sich in ihren Mehranstrengungen vom Hunger gehemmt. Der Hunger zwingt zu größeren Arbeitsleistungen, Mehrarbeit aber ist unmöglich, weil die Menschen ungenügend ernährt sind.

Die europäische Ernte<sup>2)</sup> in den wichtigsten Getreidearten (Weizen, Roggen, Mais) sank von einem Durchschnitt von 85,5 Mill. t in den Jahren 1934/38 auf 72,9 Mill. t im Jahre 1944. Gleichzeitig stieg jedoch die außereuropäische Produktion um 28,1 Mill. t, so daß die Weltproduktion (ohne Rußland) während des Krieges sogar von 233,4 Mill. t auf 248,9 Mill. t zunahm. Erst im

<sup>1)</sup> Diese Mangelercheinungen sind wieder wegen der Schwierigkeiten bei der Stahlbeschaffung nur schwer zu beheben.

<sup>2)</sup> Ausgenommen Sowjetunion.

Jahre 1945, als durch das Chaos bei Kriegsende und die ungünstigen Witterungsverhältnisse die europäische Getreideproduktion auf weniger als die Hälfte des Vorkriegsdurchschnittes zurückging, sank auch die gesamte Weltproduktion auf 214 Mill. t.

Eine wesentliche Verbesserung der Lage hängt vor allem von der Erhöhung der Ernten der europäischen (und asiatischen) Landwirtschaft ab. Sie ist aber, abgesehen von sozialen und politischen Spannungen und dem Arbeitermangel, vor allem infolge Wetterkatastrophen, die nach Kriegen immer besonders schmerzlich empfunden werden, bisher ausgeblieben. Im Jahre 1946 wurden die Ernten Rumäniens und der Ukraine durch eine ungewöhnliche Dürre fast völlig zerstört und im Jahre 1947 richteten der strenge Winter, die Überschwemmungen des Frühjahrs und die Trockenheit des Sommers in Westeuropa schweren Schaden an. Die europäische Weizenernte (ausgenommen Sowjetunion) hat daher in den zwei Nachkriegsjahren nicht einmal drei Viertel des Vorkriegsdurchschnittes erreicht.

#### Weizenerträge in Europa (ausgenommen Sowjetunion)

Zeit	Mill. Tonnen	%
1935/39 . . . . .	44'15	100
1946 . . . . .	33'88	77
1947 *) . . . . .	31'80	72

\*) Schätzung.

Die Folge davon ist, daß auch weiterhin, trotz verringerten Verbrauches (der in den meisten Ländern durch Rationierung weit unter dem Vorkriegsniveau gehalten wird), Europa stark auf Importe aus Übersee angewiesen ist. Der Importbedarf Europas an Weizen und Roggen wird für das Getreidejahr 1947/48 auf rund 25 bis 28 Mill. t geschätzt, gegenüber weniger als 10 Mill. t im Durchschnitt der Jahre 1934/39. Die Deckung dieses vergrößerten Einfuhrbedarfs wird noch dadurch erschwert, daß Asien an einem kriegsbedingten Reismangel leidet. Obwohl die heurige Reisernte mit 91 Mill. t nicht mehr sehr stark hinter dem Vorkriegsdurchschnitt zurückbleibt (96,8 Mill. t für die Jahre 1936/40), ist die Versorgungslage in Asien zufolge des Mangels an Vorräten, der Ungleichheit der Ernten und des Konsums sowie nicht zuletzt infolge des Wachstums der Bevölkerung<sup>3)</sup> sehr gespannt. Einem Reimportbedarf von 6,6 Mill. t im

<sup>3)</sup> In Indien allein betrug der Bevölkerungszuwachs zwischen 1938 und 1946 zirka 28 Millionen. Auch in den anderen Erdteilen muß das Wachstum der Bevölkerung in Betracht gezogen werden, wenn Produktionsziffern der Nachkriegszeit mit jenen der Vorkriegsjahre verglichen werden.

laufenden Jahre stehen nur 2,158.700 t<sup>1)</sup> verfügbare Exporte gegenüber, so daß auch hier ein abnormaler Bedarf an zusätzlichen Getreideimporten besteht.

Diesem großen Defizit steht eine günstige Weizenernte in der Sowjetunion und in den überseeischen Überschußgebieten<sup>2)</sup> gegenüber. Insbesondere die USA weisen zum drittenmal in ununterbrochener Reihenfolge eine Rekordernte auf<sup>3)</sup>.

*Weizenproduktion der Vereinigten Staaten von Amerika*

Zeit	1000 Tonnen	Zeit	1000 Tonnen
Ø 1934/38 . . .	19.476	1946 . . . . .	31.462
Ø 1939/44 . . .	24.426	1947*) . . . . .	39.082
1945 . . . . .	30.568		

\*) Schätzung.

Die Roggenernten in Übersee blieben zwar hinter den Erträgen der Vorkriegszeit zurück. Dies ist aber für Europa von geringerer Bedeutung, da es selbst Roggen-Großproduzent und von Importen praktisch unabhängig ist. Dagegen ist zu befürchten, daß die USA ihre für Europa unentbehrlichen Weizen- und Maissendungen stark kürzen werden, nachdem große Überschwemmungen ihre Maisernten schwer verwüsteten und Weizen in zunehmendem Maße verfüttert wird.

Dennoch dürfte es auch im Wirtschaftsjahr 1947/48 möglich sein, die Brotgetreideversorgung der europäischen Länder dadurch etwas zu erleichtern, daß Mais als Ersatz für Weizen unmittelbar der menschlichen Ernährung zugeführt wird. Das große Defizit zwischen dem Importbedarf an Getreide und dem voraussichtlichen Exportüberschuß, das von der Pariser Getreidekonferenz für 1947/48 auf 18 Mill. t<sup>4)</sup> geschätzt wurde, wird jedoch auch im günstigsten Fall nur zu einem geringen Teil gedeckt werden können, so daß die Brotgetreideversorgung der Importländer bis zur Ernte 1948 äußerst knapp sein wird.

<sup>1)</sup> Vor dem Kriege rund 7·8 Mill. t.

<sup>2)</sup> Australien hatte eine Rekordernte. Kanadas Ernte hingegen liegt ungefähr um ein Achtel unter dem Ertrag von 1946.

<sup>3)</sup> Die Weltweizenernte (ausgenommen Sowjetunion) ist aber trotzdem von 107·2 Mill. t im Jahre 1946 auf 100·6 Mill. t im Jahre 1947 zurückgegangen (Vorkriegsdurchschnitt 108·9 Mill. t).

<sup>4)</sup> Der Importbedarf wurde auf 50 Mill. t, der Exportüberschuß auf 32 Mill. t geschätzt. In diesen Zahlen sind allerdings die russischen Getreideexporte, die wieder eine wichtige Rolle zu spielen begonnen haben, nicht enthalten. Ferner ist zu berücksichtigen, daß sowohl Einfuhr- wie Ausfuhrländer dazu neigen, ihre Ernte- und Vorratsschätzungen zu niedrig zu halten. Die ersteren, um größere Zuteilungen zu erhalten, die letzteren, um einen Preisfall zu verhüten.

Unter der geringen Weltproduktion leidet vor allem die städtische Bevölkerung in den Getreide-defizitländern Europas und Asiens, deren Verbrauch besonders stark und in einigen Fällen bis nahe auf das Existenzminimum gesenkt werden mußte. Demgegenüber ist der Kalorienverbrauch der ländlichen Bevölkerung auch in den Defizitländern im allgemeinen sogar höher als vor dem Krieg, nicht zuletzt weil die Stadt dem Bauer keine entsprechenden Gegenleistungen an Industriewaren bietet.

Auch in den Exportländern ist der heimische Verbrauch gestiegen<sup>5)</sup>, da dort in der Regel der Konsum nicht beschränkt ist und die effektive Nachfrage durch die Beseitigung der Arbeitslosigkeit stark zugenommen hat. Insbesondere die starke Verfütterung von Getreide in Nord- und Südamerika, die finanziell sehr einträglich, kalorienmäßig aber eine ungeheure Verschwendung ist, erhöht den Eigenbedarf.

Eine rasche Überwindung dieses Mangels ist nicht zu erwarten. Selbst eine gute oder überdurchschnittliche europäische Getreideernte im Jahre 1948 dürfte angesichts der niedrigen Vorräte und der ständig wachsenden Bevölkerung kaum eine ausreichende Brotgetreideversorgung aller Industriegebiete ermöglichen. Vor allem aber ist es unwahrscheinlich, daß sich die Rekordernten in den Vereinigten Staaten wiederholen werden. Eine schlechte Welternte im Jahre 1948 würde im Frühjahr 1949 neuerlich zu ernstern Versorgungsschwierigkeiten führen.

Trotz der weiter anhaltenden Getreideknappheit taucht bereits heute in den Ausfuhrländern die Furcht vor einer Überproduktion in der Zukunft auf. Die Weltagrarkrise der Dreißigerjahre, in der der Weizenpreis der Exportländer um mehr als die Hälfte sank<sup>6)</sup>, ist noch zu deutlich in Erinnerung. Auch heute gibt es Anzeichen, die eine Wiederholung der Entwicklung nach dem ersten Weltkrieg befürchten lassen. Die ungleichmäßige Verteilung des Getreides und sein hoher Preis<sup>7)</sup> haben in vielen Ländern Bestrebungen ausgelöst, die Anbauflächen und die Hektarerträge zu steigern. Die zu erwar-

<sup>5)</sup> Zwischen 1938 und 1944 stieg der Fleischverbrauch pro Kopf der amerikanischen Zivilbevölkerung um 18%.

<sup>6)</sup> Der starke Rückgang der Getreidepreise war sowohl auf die allgemeine Depression als auch auf die Zunahme der Weltweizenproduktion von 94·7 Mill. t im Durchschnitt der Jahre 1920 bis 1923 auf 127 Mill. t im Durchschnitt der Jahre 1928 bis 1931 — das sind 34% bei einer gleichzeitigen Zunahme der Weltbevölkerung um rund 12% — zurückzuführen.

<sup>7)</sup> Der Index der Getreidepreise lag in den Vereinigten Staaten im Juni 1947 mit 206 (1926 = 100) bedeutend höher als der allgemeine Großhandelsindex (147·8).

tende Intensivierung der Landwirtschaft ist nicht leicht rückgängig zu machen und könnte nach Überwindung der Mangellage eine neue Welle des agrarischen Protektionismus auslösen. Die Wahrscheinlichkeit einer kommenden landwirtschaftlichen Überproduktion sowie von starken Einkommensschwankungen in der Landwirtschaft, die sich leicht über die gesamte Wirtschaft verbreiten können, ist um so größer, als die bisherigen Versuche, den Getreidepreis und den Getreideabsatz durch langfristige Handelsverträge und internationale Ausgleichslager<sup>1)</sup> international zu regeln, an den gegensätzlichen Auffassungen der Hauptimporteure (insbesondere Großbritanniens) und der Hauptexporteure (insbesondere Argentiniens und der Vereinigten Staaten) gescheitert sind.

Mit diesen Überlegungen soll keineswegs ausgedrückt werden, daß in der Welt schon in naher Zukunft — gemessen an den Bedürfnissen — eine Überproduktion an Getreide zu befürchten sei. Selbst für dieses ergeben sich noch wesentliche Expansionsmöglichkeiten. Auf das fortschreitende Wachstum der Bevölkerung wurde schon hingewiesen. Dazu kommt ferner, daß die Gefahr nicht von der Hand zu weisen ist, daß die extensive und ausschließliche Weizenwirtschaft in gewissen Teilen Kanadas und der Vereinigten Staaten zu einer Ausdehnung der „dust bowl“, der unbebaubaren Sandflächen führen wird, was eine Ausdehnung der Weizenanbauflächen in anderen Gebieten als wünschenswert erscheinen lassen würde. Schließlich ist bei einer Fortdauer der Vollbeschäftigung und einer Industrialisierung der rückständigen Gebiete Südosteuropas, Südamerikas und Asiens mit einer wesentlichen Steigerung des Nahrungsmittelverbrauches in diesen Ländern zu rechnen.

Aber gerade dieser letzte Punkt, wiewohl er große Perspektiven für die Ausdehnung der Landwirtschaft als solche eröffnet, kann die Gefahr einer Getreidekrise erhöhen. Denn in dem Ausmaße, in dem die Knappheit der Übergangsperiode schwindet und die Lebenshaltung in den „armen“ Staaten von gestern steigt, wird sich die Nachfrage vom Getreide weg zu höherwertigeren, schmackhafteren, vitaminreicheren und proteinhaltigeren Nahrungsmitteln wenden. So kommt es, daß der Italiener, mit seinem niedrigen Lebensstandard, vor dem Krieg doppelt soviel Weizenmehl, aber nur ein Drittel des Fleisches und ein Sechstel des Zuckers eines Durchschnittsamerikaners verbrauchte.

<sup>1)</sup> Diese hätten die Aufgabe, durch entsprechende Ankäufe und Verkäufe die Preisschwankungen auf den Weltmärkten auf ein Minimum zu reduzieren.

Nahrungsmittelverbrauch pro Kopf der Bevölkerung  
im Jahre 1937

Land	Weizenmehl	Fleisch	Zucker in kg	Butter	Eier
Italien . . . . .	141·6	14·5	7·1	1·3	7·8
Vereinigte Staaten	71·0	56·4	43·7	7·69	197·0

Erfahrungsmäßig jedoch ist die Landwirtschaft keine sehr bewegliche Betriebsform und paßt sich nur schwer an eine veränderte Nachfragestruktur an. Die gegenwärtige Neigung der Landwirtschaft, sich auf Weizen und Roggen umzustellen, könnte daher bei ungenügender Voraussicht eine Getreidekrise bereits zu einer Zeit auslösen, in der die landwirtschaftliche Produktion in einer anders gearteten Zusammensetzung noch stark ausdehnbar wäre.

Freilich läßt sich gegenwärtig noch nicht voraussagen, wann diese Umstellung auf andere Nahrungsmittel einsetzen müßte. Es ist ziemlich sicher, daß eine Überproduktion an Getreide noch auf Jahre hinaus nicht befürchtet werden muß. Immerhin müssen die Probleme der zukünftigen Getreidewirtschaft bereits jetzt gesehen werden, damit dann, wenn sich Anzeichen einer Getreideüberproduktion zeigen, rechtzeitig Umstellungsmaßnahmen ergriffen werden können.

Zunächst besteht jedoch das Hauptproblem überall in einer möglichst raschen Produktionssteigerung. Auch auf den übrigen Gebieten der Nahrungsmittelproduktion ist trotz einer langsamen Zunahme der Weltproduktion das Vorkriegsniveau noch nicht erreicht. Die ungenügende Produktion sowie die äußerst ungleiche Verteilung der verfügbaren Vorräte schaffen auch auf dem Gebiet der Kartoffel-, Fleisch-, Fett- und Zuckerversorgung zahlreiche Engpässe, die neben der unzureichenden Brotgetreideversorgung die Ursache der Ernährungsschwierigkeiten vieler Länder sind.

Die Weltproduktion an *Kartoffeln* hat sich gegenüber dem niedrigen Stand von 1945/46 wesentlich erholt. Die Ernte 1946/47 lag mit 195·8 Mill. *t* bereits um 17% über dem Ergebnis des Vorjahres, aber noch immer um 16% unter dem Durchschnitt 1935/39, der 231·9 Mill. *t* betrug. Zudem spielt bei den Kartoffeln die Ungleichheit der Verteilung eine besondere große Rolle, da ein Ausgleich durch Ausfuhren nur auf kurze Entfernungen möglich ist.

Etwas günstiger sind die Aussichten in der *Zuckerversorgung*. Die Welternte 1946/47 ist mit 25·7 Mill. *t* wesentlich höher als im Vorjahr (21·4 Mill. *t*) und ist nicht mehr allzuweit von der Vorkriegsproduktion (28·1 Mill. *t* im Jahre 1938/39) entfernt. Allerdings spielt auch hier die ungleiche

Verteilung der Produktion und damit des Verbrauchs eine wesentliche Rolle. Die überseeische Produktion, insbesondere in Zentral- und Südamerika sowie in Indien, hat stark zugenommen, so daß die Rohrzuckerproduktion, trotz schwerer Ausfälle in Niederländisch-Indien, etwas höher liegt als vor dem Krieg (1938/39: 17,4 Mill. t; 1946/47: 17,5 Mill. t). In Europa hingegen hat sich die Produktion mit einigen wichtigen Ausnahmen, wie z. B. Großbritannien und Belgien, noch nicht von den Kriegsfolgen erholt. Die Rübenzuckerernte 1946/47 liegt noch um 23% unter dem Vorkriegsniveau (1938/39: 10,7 Mill. t; 1946/47: 8,2 Mill. t). Ob bereits das Wirtschaftsjahr 1947/48 eine bedeutende Steigerung der Produktion und eine annähernd normale Versorgung der Defizitgebiete bringen wird, läßt sich zur Zeit noch nicht absehen.

Ziemlich sicher dagegen ist, daß die *Fleischversorgung* noch längere Zeit unzulänglich sein wird. Der Viehbestand in Europa und Asien ist durch den Krieg stark reduziert worden und seine Wiederauffüllung mit leistungsfähigen Tieren wird mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Einer raschen Wiederaufstockung stehen vor allem der Futtermittelmangel, der in Westeuropa durch die Trockenheit im Sommer 1947 zusätzlich verschärft wurde, sowie das Bestreben, möglichst viele für den Genuß geeignete Nahrungsmittel unmittelbar dem menschlichen Konsum zuzuführen, entgegen. Eine wesentliche Erleichterung ist auch durch Lieferungen aus Übersee nicht zu erwarten, da die Produktionserhöhung in den überseeischen Ländern zum großen Teil durch den stark gestiegenen Eigenkonsum absorbiert wird.

#### Rindviehbestände

Gebiet	1936/40			Anfang 1947
	1936/40	1945	1946	
	Millionen	Stück	Stück	
Nordamerika . . . . .	96,6	117,0	113,2	
Europa . . . . .	110,2	97,1	96,3	
Sowjetunion . . . . .	48,5	37,8	41,5	
Asien . . . . .	283,4	262,6	264,1	
Südamerika . . . . .	105,6	110,4	111,2	
Afrika . . . . .	61,4	68,0	67,1	
Ozeanien . . . . .	18,1	19,2	19,0	
Summe	723,8	714,1	721,4	716

Am schwierigsten ist die Lage der Importländer auf dem Gebiete der *Fettversorgung*. Dem starken Rückgang ihrer Eigenversorgung stehen weder genügend Vorräte noch Exportüberschüsse anderer Länder gegenüber. Die „Fettlücke“ ist daher gegenwärtig wesentlich größer als während des Krieges. Eine wesentliche Besserung der Fettversorgung ist aus den gleichen Gründen wie bei der

Fleischversorgung in unmittelbarer Zukunft nicht zu erwarten. Auch ein großzügiger Plan der englischen Regierung zur Errichtung großer Erdnußplantagen in Ostafrika kann frühestens im Jahre 1950 ins Gewicht fallende Erfolge zeitigen.

#### Produktion von Butter und Fetten

Gebiet	Vorkriegszeit		1947
	in 1000 Tonnen		
Nordamerika . . . . .	3.425		4.392
Großbritannien . . . . .	160		40
Nord- und Westeuropa . . . . .	1.040		728
Mittel- und Osteuropa . . . . .	1.384		590
Donauländer . . . . .	460		350
Südeuropa . . . . .	1.124		935
Gesamtproduktion <sup>1)</sup> . . . . .	12.800		10.200

<sup>1)</sup> Einschließlich anderer Gebiete.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die durch den Krieg ausgelösten abnormalen Produktions- und Versorgungsverhältnisse bei Nahrungsmitteln noch mindestens bis zum Jahre 1949 andauern werden. Bis dahin muß weiter mit einer unzureichenden Nahrungsmittelversorgung der Industriegebiete Europas und Asiens bei gleichzeitig höherem Verbrauch in Übersee und den ländlichen Gebieten gerechnet werden. Eine gute Ernte im Jahre 1948 könnte zwar die Getreide- und die Zuckerversorgung vieler Länder bereits bedeutend verbessern, aber die Fleisch- und Fettknappheit wird doch nur allmählich überwunden werden.

#### Das Verkehrsproblem

Die Anforderungen an die Transportmittel sind zwar durch das geringe Produktionsvolumen sowie durch den Mangel an Zahlungsmitteln der europäischen Staaten zum Teil geringer als vor dem Krieg. Auf der anderen Seite erwachsen aber gerade dem Transport durch die starke Verschiebung der Produktionsverhältnisse, insbesondere zugunsten der überseeischen Länder, neue Aufgaben, die mit dem vom Krieg stark in Mitleidenschaft gezogenen Transportraum nur unvollkommen zu bewältigen sind. Während früher im Lande selbst oder in Nachbarländern gelegene Güterbezugsquellen herangezogen werden konnten, muß nun zum Wiederaufbau Europas vielfach auf die stark angewachsenen überseeischen Produktionskapazitäten zurückgegriffen werden.

Der Mangel an Transportraum erstreckt sich auf alle Verkehrsmittel. In der *Schiffahrt* haben die Kampfhandlungen zu bedeutenden Verlusten geführt. Allein auf alliierter Seite wurden 2.426 Handelsschiffe mit 11,3 Mill. t<sup>1)</sup>, das ist ungefähr ein

<sup>1)</sup> Dazu kommen noch 136 Fischereischiffe mit 24.525 t.

Sechstel der Welthandelstonnage des Jahres 1937<sup>1)</sup>, zerstört. Ein Großteil dieses Schadens konnte allerdings durch die fieberhafte Schiffsbautätigkeit Englands und der USA schon während des Krieges und in der ersten Nachkriegszeit behoben werden. Insbesondere den USA gelang es, die Tonnage ihrer Handelsmarine in den Kriegsjahren auf das Zweieinhalbfache des Vorkriegsstandes zu vergrößern und damit die früher führende Seehandelsnation England weit zu überflügeln. Trotz einer stetigen Besserung besteht noch immer ein starker Mangel,

*Bruttotonnage der britischen und der amerikanischen Handelsmarine*

Zeit	Großbritannien <sup>1)</sup> in 1000 Tonnen	Vereinigte Staaten <sup>2)</sup> in 1000 Tonnen
Juni 1939	17.524	11.952
Juni 1945	14.815	30.247 <sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> Schiffe mit mehr als 1.600 Bruttotonnen.

<sup>2)</sup> Ohne Segelschiffe, Kanalschiffe und Schlepper.

<sup>3)</sup> Jänner 1945.

vor allem an Schiffen besonderer Konstruktion, wie Öltankern und Kühlschiffen. Der Umschlag von Außenhandelswaren in den wichtigsten Häfen liegt dementsprechend noch wesentlich unter dem Vorkriegsniveau.

*Einlauf von Handelsschiffen mit Auslandsfracht in den Häfen von sieben Ländern<sup>1)</sup>*

Zeit	1000 Tonnen	Zeit	1000 Tonnen
Ø 1937	17.127	Februar 1947	8.756
Ø 1946	9.141	März 1947	9.986
Jänner 1947	9.869		

<sup>1)</sup> Argentinien, Australien, Großbritannien, Niederlande, Norwegen, Schweden, Vereinigte Staaten von Amerika.

Nicht weniger störend wirkt sich die Vernachlässigung des *Lokomotiv- und Waggonparks* und die Zerstörung der *Verkehrswege* in den Kriegsgebieten aus. Nach Schätzungen der Europäischen Transportkommission wurden von 2.000.000 europäischen Waggons 300.000 während des Krieges vollständig zerstört und weitere 680.000 unbenutzbar gemacht. Von der restlichen Million Waggons befanden sich ungefähr 600.000 nicht in ihren Ursprungsländern. Dennoch konnten einige Staaten Westeuropas und insbesondere Frankreich in erstaunlich schneller Weise ihre Verkehrsverhältnisse wieder in Ordnung bringen und die Vorkriegsleistungen überschreiten. Demgegenüber krankt Mittel- und Osteuropa — obwohl der Frachtver-

<sup>1)</sup> Die Welthandelstonnage von Schiffen über 100 t betrug im Jahre 1947 66,3 Mill. t.

*Eisenbahngüterverkehr<sup>1)</sup>*

Länder	Ø 1945	Ø 1946 1937 = 100	Ø 1947 <sup>2)</sup>
Belgien . . . . .	33	75	89
Dänemark <sup>3)</sup> . . . . .	127	137	118
Finnland <sup>4)</sup> . . . . .	76	92	93
Frankreich . . . . .	60	103	115
Großbritannien <sup>5)</sup> . . . . .	137	128	122
Holland <sup>4)</sup> . . . . .		78	92
Österreich . . . . .		76	100
Schweden . . . . .	160	183	188
Schweiz <sup>4)</sup> . . . . .	85	108	105
Tschecho- slowakei . . . . .			100
Ungarn . . . . .	16	56	82
USA . . . . .	189	164	176

<sup>1)</sup> Geleistete Tonnenkilometer. — <sup>2)</sup> 1. Halbjahr 1947.

— <sup>3)</sup> Geleistete Waggonkilometer. — <sup>4)</sup> Beförderte Gütermenge. — <sup>5)</sup> 2. Halbjahr 1938 = 100.

kehr im Frühjahr 1947 vielfach auch hier bereits das Vorkriegsniveau erreichte — noch an einem stark zerstörten und schlecht funktionierenden Verkehrssystem. Aufbauarbeiten sind zwar überall im Gange; jedoch wird die Wiederherstellung der vollen Leistungsfähigkeit, die für den allgemeinen Wiederaufbau von größter Bedeutung ist, wohl noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

**Das Wiederaufleben internationaler Handelsbeziehungen**

**Bemühungen und Pläne zur Wiederbelebung des Welt Handels**

Mit der Einstellung der Feindseligkeiten brauchen die kriegsbedingten Außenhandelsbeziehungen rasch ab. Die USA kündigten das Pacht-Leihsystem und in Europa führte das Chaos der letzten Kriegszeit zu einem völligen Zusammenbruch des internationalen Güterausstausches. Das dadurch entstehende Vakuum wurde zunächst durch ausländische, vorwiegend amerikanische Anleihen, Ver- ausgabe von Gold- und Devisenvorräten sowie — insbesondere in Europa — durch die Tätigkeit der UNRRA notdürftig überbrückt.

Die UNRRA, die den vom Krieg schwer getroffenen europäischen Staaten wertvollste Hilfe leistete, war die einzige wohldurchdachte Organisation, die schon während des Krieges<sup>2)</sup> geschaffen wurde, um die Aufgaben, die sich aus dem Zusammenbruch des internationalen Warenverkehrs ergeben würden, zu lösen. Die anderen Organisationsformen, die schon vor Kriegsende für den Wiederaufbau des Welt Handels geplant wurden — der in Bretton Woods gegründete Internationale Währungs fonds und die Weltbank —, waren von vorn-

<sup>2)</sup> Auf der Konferenz von Atlantic City im Jahre 1944.

herein nicht dazu bestimmt, die Schwierigkeiten der Übergangszeiten zu überbrücken, und sind — wie die Erfahrung seither gezeigt hat — ihrer Konstruktion nach dazu auch gar nicht in der Lage.

Der *Internationale Währungsfonds* stellt einen internationalen finanziellen Mechanismus dar, der, mit gewissen Modifikationen, einen freien multilateralen Zahlungsverkehr ermöglichen soll, wie er zur Zeit des Goldstandards vor dem ersten Weltkrieg bestand. Die Geldmittel des Fonds sollten den Mitgliedstaaten helfen, *vorübergehende* Defizite in ihrer Zahlungsbilanz zu decken, ohne zu Abwertungen, Devisenbeschränkungen oder sonstigen restriktiven Maßnahmen greifen zu müssen. Das Funktionieren dieses Fonds setzt einen ziemlich regelmäßig ablaufenden und ausgeglichenen internationalen Handelsverkehr voraus. Diese Bedingungen sind aber heute noch nicht gegeben. Die ungleiche wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Länder während der Kriegszeit hat eine nahezu unbeschränkte potentielle Nachfrage nach den Waren des amerikanischen Kontinents ausgelöst, dem vorläufig nur eine geringe Exportpotenz gegenübersteht. Würde unter diesen Umständen die Finanzierung von Einfuhrüberschüssen durch Geldentnahme aus dem Fonds gestattet werden, so würden die Bestände des Fonds an „harten Währungen“ in kürzester Frist so weit erschöpft sein, daß sie als „knapp“ erklärt werden müßten, mit allen damit im Abkommen vorgesehenen Folgen. Beträgt doch die dem Fonds zur Verfügung stehende Gesamtsumme an Gold und Dollars im Idealfalle, der in Wirklichkeit aber nicht erreicht wird, nur 3.960 Mill. Dollar<sup>1)</sup>. Das entspricht genau dem Ausfuhrüberschuß der USA in den ersten fünf Monaten des Jahres 1947. Der Währungsfonds kann daher in der Übergangsperiode bestenfalls ein Schattendasein

<sup>1)</sup> Der Bretton-Woods-Plan sah einen Gesamtbeitrag aller Mitgliedstaaten von 88 Mrd. Dollar vor. Davon muß zunächst die für die Sowjetunion bestimmte Quote von 12 Mrd. Dollar abgezogen werden, da die Sowjetunion dem Abkommen nicht beitrug. 2.750 Mill. Dollar entfallen auf die Vereinigten Staaten, die ganz in Gold und Dollars verfügbar sind. Die übrigen Beiträge (4.850 Mill. Dollar) müssen zu 25% in Gold und der Rest in Landeswährung bezahlt werden, es sei denn, daß die Goldquote 10% des Gold- und Devisenbestandes eines Landes übersteigt. In diesem Fall braucht nur die niedrigere Quote in Gold bezahlt werden. Selbst im günstigsten Falle, der praktisch nicht zutrifft, daß alle Länder die höhere Goldquote leisten, würden dem Fonds aus den Beiträgen der Länder (ohne die Vereinigten Staaten) nur 1.210 Mill. Dollar zur Verfügung stehen. Zusammen mit der vollen Quote der Vereinigten Staaten ergibt dies die obengenannte Summe von 3.960 Mill. Dollar.

führen und erst nach Normalisierung der Weltwirtschaft — sofern sich die weltwirtschaftlichen Beziehungen in der Richtung eines multilateralen Handels entwickeln — seine ihm zugeordnete Rolle spielen.

Die *Weltbank* hätte, ihren Satzungen und ihrem Aufbau entsprechend, eher zur Wiederherstellung eines multilateralen Welthandels beitragen können, indem sie langfristige Kredite zur Finanzierung der Einfuhrüberschüsse der kriegsverwüsteten Länder gewährt hätte. Aber auch ihre finanziellen Mittel — 7.900 Mill. Dollar<sup>2)</sup> — sind zur Bewältigung des Finanzbedarfes der kriegsverwüsteten Länder unzureichend, nicht zuletzt infolge des starken Preisanstieges auf den Weltmärkten. Außerdem hat die Weltbank, um das Vertrauen amerikanischer Finanzkreise zu gewinnen und Weltbankobligationen ohne Schwierigkeiten auf dem New-Yorker Markt placieren zu können<sup>3)</sup>, eine äußerst vorsichtige und zurückhaltende Kreditpolitik eingeschlagen, so daß sie auch nicht annähernd den großen Anforderungen der gegenwärtigen Situation gerecht werden kann.

So stand die Welt, nach den ersten Improvisationen der Nachkriegszeit und nachdem die UNRRA ihr wichtiges Werk — allzufrüh — beendet hatte, mehr oder weniger unvorbereitet vor der Aufgabe, den Handelsverkehr, zumindest in den lebenswichtigsten Gütern, wieder aufzubauen und der wachsenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten Herr zu werden. Zunächst entwickelte sich ein Kompensationsverkehr zwischen den einzelnen Staaten, bei dem jedes einzelne Warengeschäft mit einem spezifischen Warengeschäft in der entgegengesetzten Richtung<sup>4)</sup> gekoppelt werden mußte. Mit Hilfe dieser primitiven und mühseligen Art des Warentausches gelang es, trotz der ungeordneten Währungs-, Produktions- und Transportverhältnisse sowie des allgemeinen Mißtrauens ein Minimum an Austauschbeziehungen wiederherzustellen. In vielen Ländern werden Kompensationsgeschäfte noch längere Zeit eine wichtige Rolle spielen.

Man bemühte sich jedoch sehr bald, den internationalen Handel durch verfeinerte und beweglichere Methoden auszudehnen und elastischer zu

<sup>2)</sup> Nach Abzug der ursprünglich der Sowjetunion zugedachten Quote. Auch hier ist jedoch nur weniger als die Hälfte in Gold und Dollars vorhanden.

<sup>3)</sup> Tatsächlich war die erste Anleiheoperation der Weltbank ein voller Erfolg und die 250 Mill. Dollar, die in 2¼%-Obligationen kürzerer Laufzeit und 3%-Obligationen längerer Laufzeit aufgelegt wurden, waren bald überzeichnet. Dennoch wurden im Jahre 1947 keine weiteren Anleihen aufgelegt, obwohl Projekte für 3 Mrd. Dollar vorlagen.

<sup>4)</sup> Es gibt allerdings auch dreiseitige Kompensationen.

gestalten. Für die Wahl der Außenhandels-Methoden waren in erster Linie die realen Gegebenheiten der gegenwärtigen Übergangsperiode maßgebend, aber auch grundsätzliche Erwägungen über die zukünftige Außenhandelsorganisation spielten eine Rolle.

**Grundsätzliche Auffassungen über die Organisation des Außenhandels**

Im großen und ganzen lassen sich drei verschiedene Auffassungen über die Organisation des Außenhandels unterscheiden, die eng mit den von den einzelnen Staaten im Innern angewandten Wirtschaftsprinzipien zusammenhängen. Die USA haben in ihren offiziellen Äußerungen, insbesondere bei den Genfer Beratungen über eine internationale Handelscharta, immer wieder den Grundsatz der „Nichtdiskriminierung“<sup>1)</sup>, mit dem Ziel eines freien multilateralen Welthandels vertreten. Obwohl Zölle weiterhin als autonome Waffen der Handelspolitik anerkannt werden<sup>2)</sup>, sollen alle Einfuhrbeschränkungen — wie Devisenkontrollen, Vorzugszölle, bilaterale Verträge, Mengenkontingentierung —, die eine unterschiedliche Behandlung der verschiedenen Geschäftspartner zulassen, verpönt werden. Die uneingeschränkte Bejahung des multilateralen Handels ergibt sich, abgesehen von der in den Vereinigten Staaten vorherrschenden Wirtschaftsideo-logie, vor allem aus der heutigen Stellung Amerikas in der Weltwirtschaft. Mit dem leistungsfähigsten Produktionsapparat der Welt sind die USA heute auf den meisten Exportmärkten konkurrenzfähig, soweit nicht unübersteigbare Zollmauern oder andere Handelsbeschränkungen den Außenhandel überhaupt unterbinden. Sie können daher auch die Vorteile einer Nichtdiskriminierung voll ausnützen.

Gerade diese industrielle Überlegenheit Amerikas bewog jedoch England und andere Länder mit gelenkter Wirtschaft zu einer skeptischen Einstellung gegenüber dem Prinzip der absoluten Nichtdiskriminierung. Die Annahme dieses Prinzips würde unter den gegenwärtigen Wirtschaftsverhält-

<sup>1)</sup> Der Grundsatz der „Nichtdiskriminierung“ bedeutet, daß handelsbeschränkende Maßnahmen nur gleichzeitig gegenüber allen Ländern angewendet werden dürfen. Eine bevorzugte Behandlung eines Landes ist demnach ausgeschlossen.

<sup>2)</sup> Ihre Ermäßigung wird allerdings als wünschenswert angesehen. Tatsächlich haben die USA und andere Staaten in Genf wichtige Konzessionen auf diesem Gebiet gemacht. Diese Konzessionen wurden allerdings dadurch geschmälert, daß Präsident Truman erklärte, jede Zollermäßigung könne wieder rückgängig gemacht werden, sobald eine amerikanische Industrie durch ausländische Konkurrenz ernstlich bedroht würde.

nissen in vielen dieser Länder eine starke Nachfragesteigerung nach amerikanischen Waren auslösen und die Zahlungsbilanz aus dem Gleichgewicht bringen, da diese Länder vorläufig nicht in der Lage sind, entsprechende Warenmengen nach den USA (oder anderen Hartwährungs-ländern) zu exportieren. Wenn keine ausreichenden Aulandskredite bzw. Devisenreserven verfügbar sind, müssen entweder die Exportpreise durch Deflation gesenkt — dadurch würden jedoch Arbeitslosigkeit und Produktionsausfälle entstehen — oder die Währungen abgewertet werden — eine Maßnahme, die jedoch zu unmittelbaren Preiserhöhungen bei dringend benötigten Importwaren führt und die sich bei dem ohnehin geringen Vertrauen, das viele Währungen genießen, nicht oft wiederholen läßt<sup>3)</sup>. Schließlich kann das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz auch dadurch wiederhergestellt werden, daß durch Zölle und andere restriktive, aber nicht diskriminierende Maßnahmen die Einfuhr aus allen Ländern gedrosselt wird. Dadurch würde jedoch der Welthandel weiter eingeschränkt werden, was gerade mit Hilfe des Prinzips der Nichtdiskriminierung verhindert werden soll<sup>4)</sup>.

Demgegenüber kann durch „diskriminierende“ Methoden, wie zum Beispiel die Präferenzzölle innerhalb des britischen Empires, oder durch bilaterale Handelsverträge, wie sie in großem Maßstab zwischen Großbritannien und Kanada und zwischen Schweden und der Sowjetunion abgeschlossen wurden, die Einfuhr aus Ländern gesichert werden, die auch bereit sind, entsprechende Exporte aufzunehmen. Der Warenverkehr kann auf diese Weise ausgedehnt werden, ohne daß die Zahlungsbilanz dauernd aus dem Gleichgewicht gebracht wird und ohne daß eine zu große Abhängigkeit von amerikanischen Krediten nötig wird. Bilaterale Verträge langfristigen Charakters werden auch wegen ihrer stabilisierenden Wirkung auf die Wirtschaft empfohlen, da mit der zunehmenden Kapitalsintensivität vieler Betriebe eine rasche Umstellung auf andere Exportmärkte äußerst schwierig ist. Insbesondere Länder wie England oder die skandinavischen Staaten, die im Gegensatz zu Amerika besonders

<sup>3)</sup> Ganz abgesehen von den Beschränkungen, die das Bretton-Woods-Abkommen für Abwertungen vorsieht.

<sup>4)</sup> Tatsächlich hat zum Beispiel die Verpflichtung Englands, gewisse diskriminierende Handlungen zu unterlassen, die es mit der amerikanischen Anleihe auf sich nahm, dazu geführt, daß die Beschränkung der Filmeinfuhr, die zur Einsparung von Dollarbeträgen nötig wurde, auch auf französische und andere Filme angewandt werden mußte, obwohl hiefür keinerlei wirtschaftliche Argumente sprechen.

exportintensiv sind<sup>1)</sup>, legen auf diesen Punkt starken Wert.

Allerdings herrscht im bilateralen Lager noch keine Einstimmigkeit darüber, ob diskriminierende Handelsmethoden nur ein Hilfsmittel sind, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten besser zu überwinden, oder ob der Bilateralismus auch in einer normalen Friedenswirtschaft dauernd einem uneingeschränkten multilateralen Handel vorzuziehen ist.

Noch weiter in der Außenhandelsregulierung gehen die planwirtschaftlich orientierten Länder Osteuropas. Hier wird das Schwergewicht auf langfristige Handelsverträge gelegt, die nicht nur in groben Umrissen die auszutauschenden Waren festlegen, sondern außerdem auch Absprachen über gemeinsame Investitionspläne und die Koordinierung ganzer Industriezweige enthalten. Diese Art von Handelsverträgen ist zunächst eine Folge der planwirtschaftliche Regelung der Binnenwirtschaft, die eine einigermaßen vorausberechenbare und stabile Grundlage für die Ein- und Ausfuhr voraussetzt. Darüber hinaus spielt der Wunsch nach Vermeidung großer, exporthedingter Störungen des Arbeitsmarktes eine wichtige Rolle, sowie — bei den kleineren Staaten, die große Industrialisierungspläne verwirklichen wollen — das Bedürfnis, für große moderne Industrieanlagen ein rentables Absatzgebiet zu sichern, das der heimische Markt wegen seiner Kleinheit nicht bieten kann.

**Die bisherige Entwicklung des Außenhandels**

Trotz großer Schwierigkeiten erholte sich der Welthandel seit Kriegsende relativ rasch und war im Jahre 1946 wertmäßig bereits höher als im Jahre 1937, aber noch bedeutend geringer als im Rekordjahr 1929. Seither ist der Welthandel weiter gestiegen.

*Der Außenhandel von 33 Ländern<sup>1)</sup>*

Gebiet	1929	1937	Juli/Dez. 1945		1946
			Jahresrate <sup>2)</sup>		
			Milliarden Dollar		
Großbritannien	15.2	7.3	6.5	6.6	9.1
Vereinigte Staaten	16.1	6.3	5.0	11.6	14.3
31 andere Länder	36.3	16.9	14.6	18.2	24.5
<b>33 Länder</b>	<b>67.6</b>	<b>30.5</b>	<b>26.1</b>	<b>36.4</b>	<b>47.9</b>

<sup>1)</sup> Ohne Deutschland, Japan, Sowjetunion und andere Staaten, für die die Nachkriegsdaten zu unvollständig sind. Der Außenhandel der hier eingeschlossenen Nationen betrug 1937 ungefähr 57% des gesamten Welthandels.

<sup>2)</sup> Juli-Dezember-Umsatz mal 2.

<sup>3)</sup> Einfuhr und Ausfuhr pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1937:

	USA	Großbritannien	Schweden	Norwegen
		in RM		
Einfuhr . . . . .	57	248	215	273
Ausfuhr . . . . .	63	136	202	173

Allerdings sind die relativ hohen Außenhandelsumsätze vor allem auf Preiserhöhungen zurückzuführen. Mengennmäßig dürfte das Welthandelsvolumen noch bedeutend unter dem Vorkriegsniveau liegen. Auch hier war jedoch die Entwicklung in den einzelnen Staaten stark verschieden. An der Spitze stehen wieder die Vereinigten Staaten von Amerika, die ihr Ausfuhrvolumen im Mai 1947 auf 282% des Durchschnittes des Jahres 1937 steigern und damit einen Rekord erzielen konnten. Auch in einer Reihe anderer Staaten, die entweder nur geringe Kriegsschäden erlitten oder neutral waren, wurde das Außenhandelsvolumen des Jahres 1937 bereits überschritten. Selbst Großbritannien gelang

*Exportvolumen verschiedener Länder*

Länder	Ø 1945	Ø 1946	Ø 1947 <sup>1)</sup>
Finnland . . . . .	15	39	43
Frankreich . . . . .	10	43	79 <sup>3)</sup>
Großbritannien . . . . .	41	88	90
Norwegen . . . . .	18	58	79
Schweiz <sup>2)</sup> . . . . .	57	101	112
Türkei . . . . .	60	78	126 <sup>4)</sup>
Ungarn <sup>2)</sup> . . . . .		15	25
Argentinien . . . . .	48	55	49 <sup>4)</sup>
USA . . . . .	183	191	255
Australien . . . . .	93	104	98 <sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> 1. Halbjahr 1947. — <sup>2)</sup> 1938 = 100. — <sup>3)</sup> Jänner bis April 1947. — <sup>4)</sup> Jänner bis Mai 1947.

es, das Vorkriegsniveau fast wieder zu erreichen<sup>2)</sup>). In den kriegsverwüsteten Ländern Europas und Asiens — insbesondere in jenen asiatischen Ländern, die, wie Indochina, Indonesien und China, noch in Kriegshandlungen verwickelt sind, — bleibt das Ausfuhrvolumen jedoch noch weit hinter der Vorkriegszeit zurück. Besonders stark ist der Rückgang des Exportvolumens in Deutschland und Japan, deren Ausfuhr 1937 13.3% der Weltausfuhr betrug. In diesen Ländern wurde trotz der starken Preissteigerungen auch wertmäßig noch nicht die Ausfuhr der Vorkriegszeit erreicht<sup>3)</sup>). Während Deutschland im Jahre 1937 noch Waren im Werte von 2.38 Mrd.

<sup>2)</sup> Verglichen mit dem Jahre 1937. Das niedere Niveau des Jahres 1938 wurde bereits überschritten. Das Jahr 1937 eignet sich jedoch im allgemeinen besser für Vergleiche mit der Nachkriegszeit, da die beginnende Wirtschaftskrise des Jahres 1938 und die damit verbundene Arbeitslosigkeit zu einem starken Rückgang des Außenhandels führte.

<sup>3)</sup> Auch Österreich gehört zu den wenigen Ländern, bei denen nicht nur das Exportvolumen, sondern auch der Exportwert unter das Vorkriegsniveau gesunken ist. Erst im Oktober 1947 überstieg die wertmäßige Ausfuhr erstmalig den Monatsdurchschnitt des Jahres 1937.



## Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse verschiedener Länder

Land	1929			1937			1946			Jänner bis Juni 1947		
	Einfuhr	Ausfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Ausfuhr
	in Millionen der Landeswährung	in Millionen der Landeswährung	in % der Einfuhr	in Millionen der Landeswährung	in Millionen der Landeswährung	in % der Einfuhr	in Millionen der Landeswährung	in Millionen der Landeswährung	in % der Einfuhr	in Millionen der Landeswährung	in Millionen der Landeswährung	in % der Einfuhr
Belgien <sup>1)</sup>	35.531	31.784	89,5	27.893	25.516	91,5	52.562	29.654	56,4	36.337	28.345	78,0
Bulgarien	8.321	6.389	69,4	4.929	5.019	101,8	17.514	14.942	85,3	6.570 <sup>2)</sup>	6.091 <sup>2)</sup>	92,6
Frankreich	58.221	50.139	86,0	42.391	23.939	56,5	234.042	101.406	43,3	166.832	106.837	64,0
Großbritannien	1.111	729	65,6	1.027	597	58,1	1.247	912	73,1	818	515	63,0
Holland	2.752	1.989	72,3	1.550	1.143	73,7	2.145	785	36,6	1.941	751	38,7
Italien <sup>7)</sup>	21.665	15.236	70,3	13.942	10.434	74,8	812 <sup>3)</sup>	376 <sup>3)</sup>	46,3	679 <sup>3)</sup>	335 <sup>3)</sup>	49,3
Norwegen	1.063	743	70,0	1.293	823	63,5	2.195	1.201	54,7	1.908	867	45,4
Österreich	3.263	2.189	67,2	1.454	1.217	83,7	251	219	87,3	436	282	65,5
Polen	3.111	2.813	90,4	1.254	1.196	95,4	139 <sup>3)</sup>	133 <sup>3)</sup>	95,7	108 <sup>3)</sup>	97 <sup>3)</sup>	89,8
Portugal	2.529	1.073	42,5	2.523	1.201	47,6	6.534	4.357	66,7	3.079	1.700	55,1
Schweden	1.783	1.812	101,7	2.124	2.000	94,2	3.370	2.528	75,0	2.266	1.246	55,0
Schweiz	2.673	2.076	77,8	1.897	1.266	71,2	3.423	2.676	78,2	2.224	1.593	71,6
Tschechoslowakei	19.942	20.485	102,7	10.980	11.972	109,0	10.239	14.345	140,1	12.814	12.971	101,2
Ungarn	1.064	1.039	97,6	484	588	121,5	65 <sup>4)</sup>	77 <sup>4)</sup>	118,5	598	492	82,3
Argentinien	1.959	2.168	110,6	1.558	2.311	148,3	2.328	3.972	170,6	888 <sup>5)</sup>	1.110 <sup>5)</sup>	125,0
Brasilien	87 <sup>6)</sup>	95 <sup>6)</sup>	109,2	5.310	5.088	95,8	13.032	18.252	140,1	9.501 <sup>2)</sup>	8.498 <sup>2)</sup>	89,5
Canada	1.299	1.208	92,9	809	1.110	137,2	1.864	2.312	124,0	1.408	1.011	71,8
Mexiko	376	497	132,2	614	892	145,3	2.640	1.992	75,5	842 <sup>5)</sup>	547 <sup>5)</sup>	65,0
USA	4.339	5.157	118,9	3.084	3.349	108,6	4.935	9.742	197,4	2.867	7.518	262,2

<sup>1)</sup> 1946 und 1947: Belgien-Luxemburg. — <sup>2)</sup> Jänner bis Mai. — <sup>3)</sup> In Millionen U. S. Dollar. — <sup>4)</sup> In Millionen 1938-Pengö. — <sup>5)</sup> Jänner bis März. — <sup>6)</sup> Jänner bis April. — <sup>7)</sup> Einschließlich UNRRA-Lieferungen. Die anderen Empfänger von UNRRA-Lieferungen weisen diese nicht in ihren Einfuhrziffern aus. Sie sind aber in den Ausfuhrziffern der UNRRA-Lieferanten enthalten. — <sup>8)</sup> In Millionen Pfund Sterling.

Dollar exportierte, sank der Ausfuhrwert im Jahre 1946 (für die britische, amerikanische und französische Zone) auf nur 230 Mill. Dollar. Japans Exporte belebten sich zwar mit Beginn des Jahres 1947, insbesondere im Zusammenhang mit Lohnarbeiten für den amerikanischen Markt, liegen aber immer noch weit unter dem Vorkriegsniveau.

Der außerordentlich große Einfuhrbedarf der zerstörten Volkswirtschaften Europas hat, zusammen mit ihrer verringerten Exportfähigkeit, ihre Zahlungsbilanzen fast durchweg verschlechtert. Das kommt in den *Handelsbilanzen* — die für die meisten Länder allein zur Verfügung stehen — nicht immer voll zum Ausdruck, da sich auch die für viele Staaten äußerst wichtigen unsichtbaren Posten der Zahlungsbilanz zuungunsten der europäischen Länder verschoben haben. Außerdem fehlen in den offiziellen Statistiken vielfach die UNRRA-Lieferungen sowie die Reparationsleistungen.

So reicht die „Besserung“ der Handelsbilanzen Englands und Norwegens, die im ersten Halbjahr 1947 63% bzw. 45% ihrer Einfuhren durch Ausfuhr decken konnten, gegenüber nur 58% und 37% im Jahre 1937<sup>1)</sup> nicht aus, die Verminderung der Einnahmen, die sich aus dem Verlust ausländischer Kapitalanlagen und eines wichtigen Teiles der Handelsflotte ergeben, zu kompensieren. Besonders schwierig ist die Zahlungsbilanzposition jener Länder, bei denen nicht nur die unsichtbaren Posten der Zahlungsbilanz, wie Einnahmen aus Auslandsinvestitionen, aus dem Transit- und Fremdenverkehr

<sup>1)</sup> Infolge der starken Preisveränderungen ist es zweckmäßig, die Einfuhrüberschüsse in Prozentform, anstatt in der üblichen Saldoform zu vergleichen.

zurückgegangen sind, sondern sich auch der Einfuhrüberschuß vergrößert hat. Hierher gehören vor allem die Niederlande (Ausfuhr in Prozenten der Einfuhr 1937: 74%, erstes Halbjahr 1947: 39%), Österreich (1937: 84%, 1947: 66%)<sup>2)</sup> und Italien (75½ und 49%).

Im allgemeinen sind die Handelsbilanzen Westeuropas weniger ausgeglichen als die der kriegsbedingten osteuropäischen Länder. Obwohl auch diese Länder gegenwärtig meist größere Einfuhrüberschüsse aufweisen als in der Vorkriegszeit, so konnten sie doch im ersten Halbjahr 1947 mehr als 80% ihrer Einfuhr durch eigene Ausfuhr decken. Die Tschechoslowakei erzielte sogar einen Ausfuhrüberschuß<sup>3)</sup>. Die Ursachen für diese unterschiedliche Entwicklung dürften in der Lenkung des Außenhandels, in der geringeren Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten und in dem Ausschluß dieser Länder von amerikanischen Krediten liegen.

Gegenüber den passiven Handelsbilanzen der meisten europäischen Ländern ist die Handelsbilanz der USA stark aktiv. Während die Ausfuhr im Jahre 1937 109% der Einfuhr betrug, stieg sie im ersten Halbjahr 1947 auf 262%<sup>4)</sup>. Auch die südamerikanischen Länder vergrößerten im allgemeinen

<sup>2)</sup> Die Einfuhrdeckung bezieht sich nur auf den statistisch erfaßten Außenhandel. Der tatsächliche Einfuhrüberschuß ist noch weit größer.

<sup>3)</sup> Seit Mitte 1947 ist allerdings auch die tschechoslowakische Handelsbilanz „passiv“ geworden.

<sup>4)</sup> Außerdem sind auch die unsichtbaren Posten der amerikanischen *Zahlungsbilanz*, die vor dem Krieg in der Regel passiv waren, seit Kriegsende aktiv geworden, vor allem infolge der vergrößerten Handelsflotte und dem verringerten passiven Fremdenverkehr.

ihren Ausfuhrüberschuß gegenüber Europa, kauften aber mehr in den USA ein, als sie dort absetzten, so daß sich ihr Gesamtausfuhrüberschuß vielfach verkleinerte (Argentinien) oder in einen Einfuhrüberschuß verwandelte (Kanada, Mexiko, Brasilien). Die Tendenz zu einer passiven Handelsbilanz wurde in diesen Ländern durch eine inflationistische Einkommensbildung, durch Industrialisierungsbestrebungen und die Anhäufung von Gold- und Devisenvorräten in den Kriegsjahren gefördert.

Als jedoch die Gold- und Devisenvorräte stark abnahmen, mußten auch die südamerikanischen Staaten zu Einfuhrbeschränkungen greifen.

Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich in Schweden. Die große Nachfrage nach ausländischen Waren führte nach Kriegsende zu einem starken Ansteigen der Einfuhren. Die Ausfuhr sank von 93% der Einfuhr im Jahre 1937 auf 53% im ersten Halbjahr 1947, bis schließlich die rasche Erschöpfung der Devisenvorräte strenge Einfuhrbeschränkungen notwendig machte.

Dagegen konnte Portugal seine Einfuhrdeckung gegenüber der Vorkriegszeit verbessern. Auch die Schweiz, die nach einer höheren Einfuhrdeckung in den Kriegsjahren im ersten Halbjahr 1947 wie vor dem Krieg rund 71% der Einfuhren durch Ausfuhr deckte, blieb bei weiterhin hohen Einnahmen aus ausländischen Kapitalanlagen und aus dem Fremdenverkehr<sup>1)</sup> von den Zahlungsbilanzsorgen der meisten anderen Länder verschont.

#### Die geographische Verteilung des Außenhandels

Auch die geographische Verteilung des Außenhandels hat sich in vielen Ländern stark verändert. Die regionalen Verschiebungen sind zunächst eine Folge des verminderten Außenhandelsvolumens und der durch die Kriegs- und Nachkriegszeit bedingten Änderungen der Nachfragestruktur. Die Beschränkung der Einfuhren auf unbedingt lebenswichtige Güter, insbesondere auf Nahrungsmittel und unentbehrliche industrielle Wiederaufbaugüter, hat vielfach die Austauschmöglichkeiten der europäischen Staaten untereinander, selbst dort, wo Waren (wie Obst, Geschmacksartikel, Luxuswaren usw.) für den Export vorhanden sind, unterbunden und zu einer starken (relativen und vielfach auch absoluten) Steigerung der Einfuhr aus Übersee und insbesondere aus den Vereinigten Staaten geführt.

<sup>1)</sup> Die Zahl der ausländischen Hotelgäste erhöhte sich von einem Tiefstand von 75.000 im Jahre 1944 auf 1.225.000 im Jahre 1946 und stieg auch im Jahre 1947 weiter an.

#### Einfuhr aus den Vereinigten Staaten

(in % der Gesamteinfuhr)					
1937	1947 <sup>1)</sup>	1937	1947 <sup>1)</sup>		
Großbritannien	11·1	18·5	Tschechoslowakei	8·7	14·1
Schweiz	7·0	21·4	Ungarn	4·7	25·7

<sup>1)</sup> In dieser und den folgenden Zusammenstellungen des laufenden Abschnittes ist unter 1947 das erste Halbjahr 1947 zu verstehen, mit folgenden Ausnahmen: Polen: 1946, Schweiz: Jänner-Juli 1947, Vereinigte Staaten: Jänner-April 1947.

Weiter ergab sich für viele Staaten wegen des weitgehenden Ausfalls von Deutschland und Japan die Notwendigkeit einer Neuorientierung ihres Außenhandels.

#### Außenhandel verschiedener Länder mit Deutschland

Gebiet	1937		1947 <sup>1)</sup>	
	Einfuhr (in % der Gesamteinfuhr)	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Österreich	16·1	14·8	21·3 <sup>2)</sup>	1·0
Polen	14·5	14·5	5·3	5·8
Schweiz	22·3	15·5	2·3	0·5
Tschechoslowakei	15·5	13·7	0·5	1·6
Ungarn	18·0	16·8	3·5	6·7

<sup>1)</sup> Siehe Anmerkung zur Übersicht am Kopfende dieser Spalte.

<sup>2)</sup> Diese Steigerung ist fast ausschließlich auf Ruhrkohlenimporte zurückzuführen, die in der Gesamteinfuhr einen bedeutenden Platz einnehmen.

An die Stelle Deutschlands traten neben den überseeischen Staaten und der Schweiz vor allem die skandinavischen Länder (Dänemark, Norwegen, Schweden), die zur Zeit eine wichtige Rolle in der Handelsbilanz der europäischen Staaten spielen. So stieg die Einfuhr aus den skandinavischen Staaten von 1937 bis 1947 in der Schweiz von 2·8% auf 5·0%, in Österreich von 1·8% auf 9·5%, in der CSR von 5·5% auf 11·6%, in Polen von 5·8% auf 17·7% und in Ungarn von 1·2% auf 5·6%.

Nicht zuletzt wirkt sich auch die enge Verknüpfung der Handels- und Kreditpolitik mit der allgemeinen Außenpolitik auf die regionale Verteilung des Außenhandels der einzelnen Länder aus. Die Kreditpolitik der Vereinigten Staaten, die außer an Griechenland und die Türkei bisher nahezu ausschließlich an West- und Mitteleuropa Anleihen gewährten, die sich anbahnende engere wirtschaftliche Zusammenarbeit der planwirtschaftlich orientierten osteuropäischen Länder unter russischer Führung und vor allem die Ablehnung des Marshall-Planes durch Osteuropa begünstigten eine wirtschaftliche Blockbildung und eine Neuorientierung des Außenhandels. So läßt sich bereits aus den bisherigen Außenhandelsergebnissen eine stärkere Verflechtung der osteuropäischen Länder und insbesondere ein größerer Anteil Rußlands am Außenhandel der Oststaaten feststellen, während andererseits

Österreichs Außenhandel stärker als vor dem Krieg nach dem Westen tendiert.

*Außenhandel der Tschechoslowakei, Ungarns und Polens mit der Sowjetunion*

Gebiet	1937		1947 <sup>1)</sup>	
	Einfuhr in %	Ausfuhr der Gesamteinfuhr bzw. Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Polen . . . . .	1.2	0.4	70.4	49.4
Tschechoslowakei . . . . .	1.1	0.8	3.3	4.6
Ungarn <sup>2)</sup> . . . . .	0.1	0.4	9.4	13.2

<sup>1)</sup> Siehe Anmerkung zur Übersicht am Kopfe der rechten Spalte von Seite 34.  
<sup>2)</sup> Ohne Reparationsleistungen.

*Außenhandel Österreichs und Polens mit West- und Osteuropa*

	1937		1945		1946		1947 <sup>1)</sup>	
	Ein- fuhr	Aus- fuhr	Ein- fuhr	Aus- fuhr	Ein- fuhr	Aus- fuhr	Ein- fuhr	Aus- fuhr
<i>Westeuropa<sup>2)</sup> und Großbritannien</i>								
Österreich	14.4	17.9	—	—	36.3	44.1	36.3	41.7
Polen . . . . .	25.9	35.3	0.0	0.0	1.5	9.6	—	—
<i>Osteuropa<sup>3)</sup> und Sowjetunion</i>								
Österreich	38.9	32.4	—	—	24.0	25.2	18.5	24.1
Polen . . . . .	6.5	6.9	100.0	99.1	88.1	75.6	—	—

<sup>1)</sup> Siehe Anmerkung zur Übersicht am Kopfe der rechten Spalte von Seite 34.  
<sup>2)</sup> Belgien, Frankreich, Holland, Schweiz.  
<sup>3)</sup> Jugoslawien, Polen, Rumänien, ČSR, Ungarn.

Allerdings sind die bisher feststellbaren regionalen Verschiebungen des Außenhandels dieser Staaten nur zum Teil auf politische Beweggründe zurückzuführen. So beruht die bisherige stärkere Westorientierung Österreichs einfach darauf, daß der Nahrungsmittelimportbedarf zum überwiegenden Teil durch amerikanische Hilfslieferungen gedeckt wurde (die kommerzielle Einfuhr von Nahrungsmitteln, die früher hauptsächlich aus dem Südosten bezogen wurden, ist zur Zeit unbedeutend) und außerdem der Südosten noch nicht in der Lage ist, die von Österreich dringend benötigten Nahrungsmittel zu liefern. Aber die bestehenden wirtschaftspolitischen Tendenzen — der Marshall-Plan auf der einen Seite und die rege handelspolitische Tätigkeit der Oststaaten im Jahre 1947 auf der anderen Seite — lassen zweifellos eine dauernde wirtschaftliche Entflechtung befürchten, wenn auch aller Voraussicht nach eine vollkommene Isolierung zwischen dem Osten und dem Westen nicht eintreten wird. So zeigen insbesondere der englisch-russische und der englisch-ungarische Handelsvertrag, daß auf beiden Seiten ein Interesse an der Aufrechterhaltung von Wirtschaftsbeziehungen besteht<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Siehe hierzu: „Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der osteuropäischen Länder“ in Monatsbericht Nr. 12, Jahrgang 1947, S. 314 ff.

Auch in den überseeischen Ländern hat sich die regionale Zusammensetzung des Außenhandels z. T. wesentlich verändert. In Asien ist durch den Rückgang der japanischen Produktion und die fortgesetzten Unruhen in China, Indochina und Java Indien das weitaus wichtigste Außenhandelsland geworden, wobei an die Stelle der asiatischen und europäischen Handelspartner vielfach die Vereinigten Staaten getreten sind. Auf dem amerikanischen Kontinent wurde, bedingt durch die wirtschaftliche Schwäche der übrigen Welt, der innerkontinentale Gütertausch bedeutend erweitert. So stieg die Einfuhr der Vereinigten Staaten aus Lateinamerika zwischen 1937 und dem ersten Trimester 1947 von 20.4% auf 38.7% und die Ausfuhr wuchs in dem gleichen Zeitraum von 15.6% auf 26.2%. Europas Anteil an Amerikas Ausfuhr blieb zwar infolge von Anleihen und der Vorausgabung von Gold- und Dollarreserven ziemlich unverändert (1937: 40.6%, 1946: 43.2%, 1947: 37.9%), jedoch hat seine Bedeutung als Einfuhrpartner stark abgenommen (1937: 27.3%, 1946: 16.5%, 1947: 13.1%).

**Die finanziellen Probleme der Weltwirtschaft**

Die großen Veränderungen auf dem Gebiet des internationalen Handels und vor allem die Zahlungsbilanzschwierigkeiten vieler europäischer Länder haben die finanzielle Lage einer Reihe von Staaten nachhaltig beeinflusst. Die Finanzierung des außerordentlich hohen Einfuhrbedarfes, der nur ungenügend durch eigene Ausfuhren gedeckt werden kann, ist eines der wichtigsten Probleme der gegenwärtigen Übergangsperiode, das bisher zum Teil durch Vorausgabung von Gold- und Devisenvorräten und zum Teil durch ausländische, überwiegend amerikanische Anleihen nur unvollkommen gelöst werden konnte.

**Gold- und Devisenbestände**

Nachdem sich schon während des Krieges die Goldreserven in den USA um 5.5 Mrd. Dollar erhöht hatten, setzte nach Kriegsende ein neuerlicher Goldzustrom nach den USA ein. Im Oktober 1947 hatten die Goldreserven der USA bereits wieder den Höhepunkt der ersten Kriegsjahre erreicht.

Dieser Goldzustrom stammt zum Teil aus den Reserven, die Südamerika während des Krieges gesammelt hatte und die infolge des großen Importbedarfes und der hohen Preise in den USA rasch abnahmen<sup>2)</sup>, und zum Teil aus europäischen Län-

<sup>2)</sup> Dennoch sind die Goldbestände der südamerikanischen Staaten im allgemeinen noch größer als vor dem Kriege. Weitere Goldverluste werden seit Mitte 1947 in zunehmendem Maße durch Importbeschränkungen verhindert.

Länder	Goldproduktion <sup>1)</sup>			
	Ø 1938	Ø 1945 in 1000 Dollar <sup>2)</sup>	Ø 1946	Ø 1947 <sup>2)</sup>
Australien . . . . .	4.522	1.371	1.800	1.890
Canada . . . . .	13.782	7.865	8.250	8.820
Südafrika . . . . .	35.471	35.655	34.804	30.628
USA . . . . .	14.845	2.709	4.741	6.363

<sup>1)</sup> Diese Tabelle enthält die wichtigsten Goldproduzenten der Erde mit Ausnahme der Sowjetunion, deren Erzeugung vom amerikanischen Amt für Metallstatistik auf 16.917 Mill. Dollar per Monat im Jahre 1938 und auf 11.667 Mill. Dollar im Jahre 1945 geschätzt wurde. — <sup>2)</sup> 1. Halbjahr 1947. — <sup>3)</sup> 1 Unze Feingold = 35 Dollar.

dern, die ihre ohnehin geringen Goldbestände weiter verringerten.

Alllein Frankreich und Großbritannien veräußerten im Jahre 1947 mehr als 700 Mill. Dollar Gold. Auch Belgien, Holland und Schweden haben ihre Goldbestände angegriffen. Nur die Staaten, deren Goldreserve bereits so gering ist, daß sie als „eiserne Reserve“ zurückbehalten werden muß, erlitten keine Goldverluste. Eine Ausnahme bildet lediglich die Schweiz, deren Währung heute als einzige europäische dem Dollar an internationaler Geltung gleichkommt und deren gegenüber der Vorkriegszeit verdoppelte Goldvorräte nahezu stabil bleiben. Auch die Türkei konnte ihre Goldreserven auf mehr als das Sechsfache der Vorkriegszeit erhöhen — die absolute Höhe ist allerdings nicht sehr bedeutend —, doch macht sich bereits eine abnehmende Tendenz bemerkbar.

Die Goldbestände der meisten Länder sind durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse so weit erschöpft, daß gegenwärtig nur noch wenige Länder in der Lage sind, ihre Zahlungsbilanzschwierigkeiten durch Goldexporte zu verringern. Internationale Goldübertragungen können daher, im ganzen gesehen, nur wenig zur Lösung der Diskrepanzen im internationalen Zahlungsverkehr beitragen — um so weniger, als auch die Goldproduktion, die immer nur einen kleinen Teil des Goldbestandes ausmacht, das Vorkriegsniveau noch nicht erreicht hat.

Selbst die den Goldreserven normalerweise zukommende Funktion — vorübergehende Passiva in der Zahlungsbilanz auszugleichen — können sie infolge der ungleichmäßigen Goldverteilung nicht mehr erfüllen. Jeder Versuch, zu einem eingeschränkten multilateralen Handel zurückzukehren, müßte unter diesen Umständen scheitern oder zu ernstesten Schwierigkeiten führen, falls nicht andere Maßnahmen zum Ausgleich der Zahlungsspitzen ergriffen werden. Dem Internationalen Währungsfonds wurde zwar die Aufgabe übertragen, vorübergehende Zahlungsbilanzschwierigkeiten einzelner Länder

durch kurzfristige Kredite zu überbrücken. Es ist jedoch unwahrscheinlich, daß der Fonds in Anbetracht der noch auf lange Sicht nicht konsolidierten weltwirtschaftlichen Lage mit seinen gegenwärtigen Mitteln bereits im Jahre 1950 — das freie Funktionieren des Währungsfonds ist für das Jahr 1950 vorgesehen — diese Aufgabe erfüllen können, wenn er nicht durch andere Maßnahmen zur Stabilisierung des Welthandels ergänzt wird.

Gleich den Goldvorräten haben auch die Devisenvorräte — soweit sie nicht an sich durch private Hortung<sup>1)</sup> oder als gesetzliche Reserve immobilisiert sind — nur unwesentlich die Güterbeschaffung in den Staaten „harter“ Währung erleichtern können, obwohl einzelne Länder bedeutende Devisenverluste erlitten haben.

Die Devisen- bzw. die Dollarbewegung verlief ähnlich wie die Goldtransaktion. Die devisa-kraftigeren Länder Westeuropas haben seit Kriegsende laufend beträchtliche Verluste erlitten<sup>2)</sup>, während die devisaarmen Staaten, hauptsächlich in Osteuropa, ihre unbedeutenden Dollarreserven erhalten oder sogar vergrößern konnten. Eine Ausnahme bildet hier wieder die Schweiz, die zwischen Dezember 1945 und April 1947 ihre schon beträchtlichen Guthaben bei amerikanischen Banken um fast ein Drittel vermehrte und damit nach Kanada, Großbritannien und den Philippinen an vierter Stelle unter den Einlegern figuriert.

Die Guthaben der südamerikanischen Staaten nahmen bis Mitte des Jahres 1946 ständig zu, zeigten aber seither, in erster Linie in Brasilien, Venezuela, Chile und Columbien, eine fallende Tendenz.

In der übrigen Welt ist vor allem die starke Zunahme der Dollarguthaben Südafrikas auffallend. In Asien verlaufen die Bewegungen in verschiedenen Richtungen; während sich die Dollarguthaben Chinas und der Philippinen stark verminderten, ergaben sich bei den meisten anderen Ländern leichte Zunahmen.

<sup>1)</sup> Während die Gesamteinlagen ausländischen Ursprungs bei amerikanischen Banken zwischen Dezember 1945 und April 1947 von 6.883,1 Mill. Dollar auf 5.519,6 Mill. Dollar fielen, stiegen die ausländischen Privatkonten in derselben Periode von 2.703,8 Mill. Dollar auf 3.120,5 Mill. Dollar. Der Rückgang war ausschließlich die Folge der starken Verausgabung offizieller Dollarbestände, die von 4.179,3 Mill. Dollar auf 2.399,1 Mill. Dollar fielen.

<sup>2)</sup> Dabei ist zu berücksichtigen, daß in einigen Ländern — wie in Frankreich, Holland und in Schweden — die Dollarreserven durch Zwangsverkäufe amerikanischer Wertpapiere vergrößert wurden.

### Internationale Kredite

Die Unzulänglichkeit, die unvollkommene Erfassung und die ungleiche Verteilung der Gold- und Devisenreserven hat angesichts des ungeheuren Einfuhrbedarfs und der geringen Exportkapazität der meisten Länder einen starken Kreditbedarf, hauptsächlich — jedoch nicht ausschließlich — an Dollarkrediten ausgelöst.

Da private internationale Kredite infolge der politischen und wirtschaftlichen Unsicherheit sowie der ungeordneten Währungsverhältnisse vieler Länder nur in wenigen Fällen gewährt werden, liegt das Schwergewicht auf staatlichen oder staatlich garantierten Krediten<sup>1)</sup>. Diese haben — ganz abgesehen von reinen Hilfskrediten und Geschenken — vor allem den Vorteil, daß die Zinsfüße in der Regel niedriger und die Rückzahlungsbedingungen leichter und anpassungsfähiger sind<sup>2)</sup> als bei privaten Anleihen.

Unter den Kreditgebern stehen die Vereinigten Staaten von Amerika weitaus an der Spitze. Einschließlich des Beitrags der USA zur UNRRA und der Kredite zum Ankauf überschüssigen Heeresmaterials gewährten die USA von Kriegsende bis Juni 1947 Kredite in Höhe von 14,8 Mrd. Dollar. Davon waren bis zu diesem Zeitpunkt bereits 8,7 Mrd. Dollar ausgenützt.

#### Amerikanische Kredite von Kriegsende bis Juni 1947

Art	Eingeräumte Kredite Millionen Dollar	Davon ausgenützt
<b>Regierungskredite</b>		
Export-Import-Bank-Kredite	3.500	1.770
Kredite zum Abverkauf des Heeresmaterials	1.150	900
Kredite für Schiffsverkäufe	210	110
Kredite für Großbritannien	3.750	2.050
Kredite zur Währungsstabilisierung	287	9
<b>Hilfskredite</b>		
UNRRA	2.700	2.700
Nach-UNRRA-Hilfe	350	—
Hilfsaktionen für die besetzten Gebiete	1.645	1.000
Griechenland-Türkei-Lieferungen	400	—
Philippinen-Hilfe	695	170
Int. Flüchtlingsorganisation	74	—
<b>Summe</b>	<b>14.761</b>	<b>8.709</b>

<sup>1)</sup> Wie zum Beispiel ein Großteil der von der amerikanischen Export-Importbank vermittelten Kredite.

<sup>2)</sup> Besonders hervorzuheben sind die schwedischen Kredite an die skandinavischen Staaten, bei denen die genauen Rückzahlungsbedingungen und der Zeitpunkt der Rückzahlung späteren Besprechungen vorbehalten wurden.

Dazu kommen in der zweiten Hälfte des Jahres 1947 noch folgende Kredite: Die Auslandshilfe (Juli) und die Interimshilfe des Amerikanischen Kongresses an Frankreich, Italien, Österreich im Dezember (zusammen 522 Mill. Dollar) und China (18 Mill. Dollar) sowie Kredite der Export-Import-Bank an Kanada (300 Mill. Dollar), Italien (100 Mill. Dollar), Belgien (50 Mill. Dollar), Österreich (13 Mill. Dollar) und Finnland (5 Mill. Dollar).

Trotz dieses beträchtlichen Kreditvolumens wird der außerordentlich hohe Ausfuhrüberschuß der USA — der im ersten Halbjahr 1947 4,7 Mrd. Dollar betrug — nur bei einer weiteren Ausdehnung amerikanischer Anleihen aufrechterhalten werden können, da die Gold- und Devisenreserven wichtiger Abnehmer bereits soweit erschöpft sind, daß sie zu einer Einschränkung der Importe aus den USA gezwungen wurden<sup>3)</sup>. Mangels ausreichender Kredite würden jene Länder, deren Wirtschaften sich in den letzten zwei Jahren vorwiegend auf Zuschüsse aus den Gebieten „harter“ Währung eingestellt haben, vor plötzlichen und schwierigen Umstellungsproblemen stehen, mit allen damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Folgen. Gleichzeitig würde sich der Rückgang der Exporte auch auf die amerikanische Wirtschaft ungünstig auswirken und könnte sehr wohl den Anstoß zu einem raschen Ende der Nachkriegsprosperität geben.

In dieser schwierigen Lage konzentrieren sich die Hoffnungen der westeuropäischen Länder auf den Marshall-Plan, der im April 1948 in Kraft treten soll. Die Durchführung des Marshall-Planes würde, selbst wenn die veranschlagten Kredite gekürzt werden sollten, eine Reihe von Staaten der dringenden Zahlungsbilanzsorgen entheben und eine wertvolle Hilfe für den Wiederaufbau ihrer Produktionskapazität leisten. Es darf aber nicht übersehen werden, daß gerade durch den Marshall-Plan — selbst wenn, wie vorgesehen, ein mehr oder weniger großer Teil der Hilfsmittel nicht rückzahlbar ist — das Problem der Schuldenrückzahlung noch weiter verschärft wird. Die bereits jetzt vor Beginn des Marshall-Planes bestehenden Schulden verpflichten die Schuldnerländer anfangs der Fünfzigerjahre zu jährlichen Zahlungen von fast 400 Mill. Dollar an die Vereinigten Staaten. Die

<sup>3)</sup> Die Importbeschränkungen der wichtigsten Abnehmerstaaten kamen bereits im Jahre 1947 in der amerikanischen Handelsbilanz zum Ausdruck. Die Ausfuhr aus den USA ging von 1.423 Mill. Dollar im Mai 1947 auf 1.242 Mill. Dollar im Juni und 1.151 Mill. Dollar im Juli zurück.

europäischen Schuldnerländer stehen daher vor der Aufgabe, in relativ kurzer Zeit ihren Produktionsapparat soweit wieder aufzubauen und weiter zu entwickeln, daß sie nicht nur von amerikanischen Krediten unabhängig werden, sondern darüber hinaus auch noch bedeutende Exportüberschüsse nach Hartwährungsländern erzielen können. Selbst wenn dieser Umstellungsprozeß gelingen sollte, bleibt immer noch die Frage offen, ob die USA bereit sein werden, sich von einem Ausfuhrüberschuß auf einen Einfuhrüberschuß umzustellen. Der Mangel an Beachtung dieser Fragen ist zwar angesichts der gegenwärtigen Notlage vieler Staaten verständlich, birgt aber die Gefahr, daß, ähnlich wie nach dem ersten Weltkrieg, strukturelle Unausgeglichheiten aus der Übergangszeit in die „normale“ Friedenswirtschaft herübergetragen werden.

Gegenüber den umfangreichen amerikanischen Krediten sind die übrigen internationalen Kredite, die seit Kriegsende gewährt wurden, nur von geringerer Bedeutung, wenn sie auch für eine Reihe von Ländern einen wichtigen Beitrag zum Wiederaufbau leisten. Unter den anderen Gläubigerländern ist vor allem Kanada zu nennen, mit Krediten von rund 1.850 Mill. Dollar (von denen zwei Drittel an Großbritannien und der Rest an Frankreich, Holland und andere Staaten gewährt wurden), ferner Schweden mit 715 Mill. Dollar (davon 280 Mill. an die Sowjetunion, 140 Mill. an Großbritannien und 155 Mill. an die skandinavischen Staaten), Großbritannien<sup>1)</sup> mit rund 700 Mill. Dollar (davon 400 Mill. an Frankreich) und Argentinien, das verschiedenen südamerikanischen und europäischen Staaten Warenkredite einräumte, die sich auf ungefähr 700 Mill. Dollar belaufen dürften. Dazu kommt noch eine Reihe kleinerer Anleihen, wie der 320-Mill.-Dollar-Kredit Südafrikas an Großbritannien, Kredite der Schweiz in Höhe von 160 Mill. Dollar (an Großbritannien, Frankreich, Holland und Belgien) und der 29-Mill.-Dollar-Goldkredit der Sowjetunion an Polen.

Unter den Schuldnerstaaten steht Großbritannien mit mehr als 6 Mrd. Dollar Nachkriegsanleihen an erster Stelle; ihm folgt Frankreich mit rund 3 Mrd. Dollar und die große Mehrzahl europäischer Staaten und China<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Obwohl Großbritannien bei weitem der größte Nachkriegsschuldner ist, hat es doch gleichzeitig seine Anleihetätigkeit fortgesetzt. Die aufgenommenen Anleihen überwiegen jedoch bei weitem die eigenen Kreditgewährungen.

<sup>2)</sup> Die ziffernmäßigen Angaben über die internationalen Kreditgewährungen sind notwendigerweise etwas unbestimmt gehalten, da genaue Ziffern nur in wenigen

Neben diesen staatlichen Anleihen, die, wie bereits erwähnt, den Hauptteil der internationalen Kapitaltransaktionen einnehmen, muß als weitere Kapitalquelle vor allem die Internationale Wiederaufbaubank genannt werden, die eigens zu dem Zweck geschaffen wurde, Wiederaufbaukredite zu gewähren, wo die private Kreditgewährung vor den Risiken zurückscheut. Abgesehen von den unzureichenden Mitteln dieser Institution, die zu einer Zeit festgesetzt wurden, als weder das Ausmaß der Nachkriegsschwierigkeiten noch die Höhe der Preissteigerungen vorausgesehen werden konnten, war jedoch die Weltbank bisher in ihrer Kreditpolitik fast ebenso vorsichtig und zurückhaltend wie ein privates Finanzinstitut. Die Erledigung der bisherigen Kreditansuchen erfolgte ziemlich schleppend und die Zugeständnisse waren knapp.

*Kreditgesuche und Kreditbewilligungen bei der Internationalen Wiederaufbaubank bis Dezember 1947*

ange-suchte willigte Kredite Millionen \$		ange-suchte willigte Kredite Millionen \$	
Mexiko . . . . .	209 —	Luxemburg . . . . .	20 12
Chile . . . . .	40 —	Niederlande . . . . .	500 195
Dänemark . . . . .	50 40	Polen . . . . .	600 —
Frankreich . . . . .	500 250	Tschecho-	
Iran . . . . .	250 —	slowakei . . . . .	350 —
		Summe 2.519 497	

Nach den bisherigen Erfahrungen dürfte die Weltbank zwar für beschränkte Wiederaufbauprojekte eine wichtige Rolle spielen; es ist aber zweifelhaft, ob sie zur Überwindung der allgemeinen Dollarknappheit wesentlich beitragen wird und die ursprünglich in sie gesetzten Erwartungen — die Industrialisierung rückständiger Gebiete zu beschleunigen — erfüllen kann. Die bisherigen Kredite weisen eher darauf hin, daß vorläufig die Geldmittel vor allem den industriell fortgeschrittenen Nationen zur Verfügung gestellt werden sollen<sup>3)</sup>. Dazu

Fällen verfügbar waren. Die Ziffern im Text stützen sich hauptsächlich auf den 17. Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, unter Berücksichtigung der seit Erscheinen dieses Berichtes eingetretenen Veränderungen.

<sup>3)</sup> Diese Tendenz, die auch im Marshall-Plan deutlich zutage tritt, hat zu einem scharfen Protest der südamerikanischen Mitglieder der Internationalen Wiederaufbaubank geführt, die — bei aller Anerkennung der Wiederaufbaubedürfnisse Europas — eine stärkere Berücksichtigung ihrer Industrialisierungsbestrebungen verlangen. In ihrem zweiten Jahresbericht verspricht die Weltbank allerdings, daß in Zukunft den Kreditbedürfnissen Südamerikas, Asiens und Afrikas größeres Augenmerk zugewendet werden soll.

kommt, daß die Verzinsung der Weltbankanleihen mit  $4\frac{1}{4}\%$  für viele Länder eine erhebliche Belastung bedeutet und wesentlich ungünstiger ist als die Zinssätze der verschiedenen Staatskredite, die sich zwischen  $\frac{1}{2}\%$  und  $3\frac{1}{2}\%$  bewegen.

Seit März 1947 hat auch der Internationale Währungsfonds seine Tätigkeit aufgenommen und innerhalb eines halben Jahres Valuten an Frankreich (125 Mill. Dollar), Großbritannien (240 Mill. Dollar), an die Niederlande (6 Mill. und  $1\frac{1}{2}$  Mill. Dollar), an Dänemark (3·4 Mill. Dollar) und an Mexiko verkauft. Gemäß den Grundgedanken dieser Institution kann es sich hier aber nur um die Deckung kurzfristiger Zahlungsbilanzdefizite handeln. Großzügigere, längerfristige Entwicklungskredite würden nicht nur die Liquidität des Fonds untergraben, sondern auch seiner Funktion zuwiderlaufen.

Eine wichtige Rolle in der Finanzierung des wieder auflebenden Welthandels spielen schließlich auch die zahlreichen Kreditlimiten im Rahmen von zweiseitigen Handels- und Zahlungsabkommen einzelner Staaten. Allein für Europa<sup>1)</sup> wurde das Ausmaß dieser Kredite bis Ende 1946 auf 500 Mill. Dollar geschätzt<sup>2)</sup>. Großbritannien, Schweden und die Schweiz stellen 75% dieser Guthaben zur Verfügung.

Durch diese Maßnahmen wurde seit Beendigung des Krieges ein neues kompliziertes Netz von internationalen Schuldverpflichtungen geschaffen, das mit der geplanten oder wahrscheinlichen Entwicklung der zukünftigen Handelsbeziehungen nur schwer vereinbar ist. Da außerdem aus der Kriegs- und Vorkriegszeit umfangreiche Schuldverpflichtungen bestehen, muß befürchtet werden, daß die Unvereinbarkeit der finanziellen Verpflichtungen mit den möglichen Exportströmen in einzelnen Ländern große Anpassungsschwierigkeiten auslösen werde, die einen reibungslosen Verlauf des internationalen Handels bedeutend erschweren werden. Es wäre daher letzten Endes auch für die Gläubigerstaaten von Vorteil, wenn sie den Schuldnerländern in der Frage des Schuldendienstes besonders entgegenkommen und von ihnen nur diejenigen Lasten verlangen würden, die auf Grund der allgemeinen Wirtschaftslage, der Besonderheiten

<sup>1)</sup> Von den außereuropäischen Ländern hat vor allem Argentinien im Rahmen solcher Abkommen Kredite gewährt.

<sup>2)</sup> Siehe den 17. Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, S. 140. Es handelt sich hier natürlich um eine Höchstgrenze. Die tatsächliche Ausnützung der eingeräumten Kredite ist bedeutend geringer.

des Schuldnerlandes, der Einfuhrpolitik des Gläubigerlandes, der Preisentwicklung und anderer berücksichtigungswerter Umstände auch tatsächlich ohne schwere Gleichgewichtsstörungen geleistet werden können<sup>3)</sup>.

### Reparationen

Außer den umfangreichen Krediten der Nachkriegszeit werden die internationalen Schuldverpflichtungen auch nach diesem Krieg durch Reparationsverpflichtungen vergrößert, die den besiegten Staaten auferlegt wurden. Gerade dem Reparationsproblem wurde nach dem Krieg besondere Aufmerksamkeit zugewandt, da die störenden Auswirkungen der Reparationen und vor allem des Transferproblems auf das internationale Handels- und Zahlungssystem nach dem ersten Weltkrieg noch deutlich in Erinnerung sind. Man hat daher diesmal das „Transferproblem“<sup>4)</sup> dadurch vermieden, daß die Reparationen in Form von Demonstrationen, Sachleistungen und Übertragung von ausländischen Guthaben beansprucht wurden. Die Festlegung der Reparationen in realen Werten hat außerdem den Vorteil, daß die Leistungsfähigkeit des Schuldners realistischer beurteilt werden kann als bei monetären Reparationen<sup>5)</sup>.

Dennoch sind auch die Reparationsverpflichtungen nach diesem Weltkrieg in einigen Fällen außerordentlich hoch und stellen eine bedeutende

<sup>3)</sup> Ansätze zu einer entgegenkommenden Kreditpolitik der Gläubigerländer sind bereits vorhanden. Abgesehen von den bereits erwähnten schwedischen Krediten an die skandinavischen Staaten, die die Rückzahlungsbedingungen überhaupt offen lassen, ist vor allem die Bestimmung im Anleihevertrag zwischen den USA und England zu erwähnen, wonach der Zinsendienst automatisch unterbrochen wird, wenn sich die britische Zahlungsbilanz stark verschlechtert. Auch die englischen Bestrebungen, ihre Kriegsschulden an Südamerika, Afrika und Asien zu blockieren und teilweise zu streichen, werden damit begründet, daß diese Schulden mit der Realität nicht vereinbar sind. Allerdings spielt hierbei auch der Wunsch eine Rolle, das Pfund wieder in eine konvertierbare Währung zu verwandeln (nachdem ein Versuch in dieser Richtung im Juli 1947 binnen weniger Wochen zusammenbrach) und ihm seine einstige Weltgeltung zurückzuerobern.

<sup>4)</sup> Ein Transferproblem besteht immer dann, wenn die Reparationsleistungen wertmäßig in den Zahlungsmitteln des Gläubigerlandes festgelegt werden und es dem Schuldnerland überlassen ist, durch Steigerung seiner kommerziellen Exporte die erforderlichen ausländischen Zahlungsmittel aufzubringen.

<sup>5)</sup> Die Lieferung von Kapitalgütern aus dem Kapitalbestand eines Landes kann allerdings seine Leistungsfähigkeit dauernd herabsetzen.

Belastung des Schuldnerlandes dar<sup>1)</sup>). Das weitgehende Entgegenkommen vieler Gläubigerländer<sup>2)</sup>, die Vermeidung des Transferproblems sowie der Umstand, daß sich ein Großteil der Reparationen auf die unmittelbare Nachkriegszeit erstreckt, lassen jedoch erwarten, daß die Reparationen diesmal, im Gegensatz zur Zeit nach dem ersten Weltkrieg, die künftigen internationalen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen kaum besonders stören werden, wenn sie auch den wirtschaftlichen Erholungsprozeß der reparationspflichtigen Länder verzögern.

### Verschiebungen im internationalen Kräfteverhältnis

Der Krieg hat wirtschaftlich und politisch bedeutende Verschiebungen der internationalen Kräfteverhältnisse ausgelöst, die der Weltwirtschaft heute ein wesentlich anderes Gepräge geben als vor dem Kriege. Charakteristisch für die neue internationale Kräfteverteilung ist auf der einen Seite die Stärkung der wirtschaftlichen Vormachtstellung der *Vereinigten Staaten von Amerika*, die durch eine gigantische Produktionssteigerung ihren Anteil an der Weltproduktion bedeutend erhöhten und durch umfangreiche Kredite ihre bereits vor dem Krieg überragende Gläubigerstellung weiter ausbauen konnten. Auch einer Reihe anderer überseeischer Länder gelang es, ihre wirtschaftliche Position weiter zu stärken und sich von Europa unabhängig zu machen. Auf der anderen Seite ist die erhöhte wirtschaftliche und politische Bedeutung *Rußlands* und die Bildung eines sich bereits in den Konturen abzeichnenden einheitlichen *osteuropäischen Großwirtschaftsraumes* ein wichtiger Faktor im gegenwärtigen wirtschaftlichen Gefüge. Dieser eurasische Raum besitzt allein durch seine riesige Ausdehnung und dank seiner großen Bevölkerungszahl eine entscheidende wirtschaftliche Macht-

<sup>1)</sup> Die Belastung der ungarischen Wirtschaft durch Reparationen ist zum Beispiel daraus zu ersehen, daß die Reparationsleistungen vom August 1946 bis Juli 1947 mit 944 Mill. Forint (davon 686 Mill. Forint an die Sowjetunion, 198,2 Mill. Forint an Jugoslawien und 60 Mill. Forint an die ČSR) um 13% größer waren als die kommerzielle Ausfuhr im gleichen Zeitraum.

<sup>2)</sup> So wurden Italien von England und den USA, Finnland von Rußland, und Ungarn von der ČSR, Jugoslawien und der Sowjetunion zum Teil bedeutende Erleichterungen gewährt. (Jugoslawien verzichtete auf 24 Mill. Forint und die ČSR auf 14. Mill. Forint ihrer Reparationsansprüche an Ungarn, während die Sowjetunion angesichts der schlechten ungarischen Ernte einer Verschiebung der Reparationsleistung von 60.000 t Weizen auf das Jahr 1948 zustimmte und die ungarischen Reparationen um 17 Mill. Dollar reduzierte.)

stellung. Allerdings hat gerade der osteuropäische Raum unter dem Krieg besonders stark gelitten; aber die ungeheuren Anstrengungen, die im Rahmen einer straffen Planwirtschaft zur Hebung des Wirtschaftspotentials unternommen werden, sowie die einheitliche politische Ausrichtung verleihen diesem Wirtschaftsgebilde bereits heute eine außerordentliche Stärke, die in dem Maß, als es gelingt, die Kriegsschäden zu beheben, noch weiter zunehmen wird. Demgegenüber hat sich die wirtschaftliche Stellung der kriegführenden Staaten in *Mittel- und Westeuropa* zum Teil bedeutend verschlechtert. Nicht nur die besiegten Staaten — vor allem Deutschland, dieses Trümmerfeld in der Mitte Europas, dessen weitgehender Ausfall als Wirtschaftspartner die Gesundung der europäischen Wirtschaft schwer behindert —, sondern auch die Siegerstaaten haben durch den Krieg schwere Einbußen erlitten, die weit über die unmittelbaren Kriegsschäden und den vorübergehenden Produktionsrückgang hinausgehen und die bereits seit dem ersten Weltkrieg schwindende Vormachtstellung West- und Mitteleuropas weiter beeinträchtigten.

In Westeuropa ist vor allem die veränderte wirtschaftliche Stellung *Großbritanniens* auffallend, das durch den Krieg von einem führenden Gläubigerland zu einer der tiefst verschuldeten Nationen wurde. Die Notwendigkeit, die Importe während des Krieges so weit wie möglich aufrechtzuerhalten und die Exporte auf ein Minimum einzuschränken, zwang Großbritannien, einen bedeutenden Teil seiner ausländischen Kapitalanlagen zu veräußern und umfangreiche neue Schuldverpflichtungen gegenüber Nord- und Südamerika, den Dominions, dem Nahen Osten und Indien einzugehen. Die Schulden wurden nach Kriegsende durch Anleihen aus der USA und Kanada noch vermehrt. Insgesamt hat sich der Saldo von Großbritanniens Vermögensbilanz gegenüber der Vorkriegszeit um mehr als 6 Mrd. Pfund verschlechtert.

Die Veränderungen in der Leistungs- und Kapitalbilanz zwingen Großbritannien im Interesse eines Gleichgewichts seiner Zahlungsbilanz zu tiefgreifenden Änderungen seiner Handelspolitik, da ein Großteil der früher aus dem Einkommen aus ausländischen Investitionen beglichenen Importe nun durch zusätzliche Exporte bezahlt werden muß. Erhöhte Exporte setzen jedoch eine Steigerung der Produktion und eine stärkere Anpassung der Produktionsstruktur an die ausländische Nachfrage voraus. Die Schwierigkeiten dieser Umstellung werden noch dadurch erhöht, daß sie gerade zu einer Zeit notwendig ist, in der bereits die Beseitigung der



Kriegsschäden und die Umstellung auf die Friedenswirtschaft komplizierte Probleme aufwerfen. Es ist daher verständlich, daß die englische Wirtschaft eine krisenhafte Periode durchläuft, die unter Umständen — besonders wenn die erforderlichen Strukturänderungen nicht rasch durchgeführt werden — längere Zeit dauern kann.

In ähnlichen finanziellen Schwierigkeiten befinden sich — wenn auch in geringerem Maße — die meisten anderen westeuropäischen Staaten; auch sie sind gezwungen, ihre ausländischen Guthaben und Goldreserven einzusetzen und langfristige Anleihen aufzunehmen, um dringende Wiederaufbauarbeiten durchzuführen und ein weiteres Absinken des Lebensstandards zu vermeiden.

Die weltwirtschaftliche Stellung der westeuropäischen Staaten wird außerdem durch eine verstärkte nationale Freiheitsbewegung unter den *Kolonialvölkern* beeinflusst, die eine weitgehende oder vollständige politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Mutterland anstreben. Englands Rückzug aus Indien, die französischen Kämpfe in Indochina und Madagaskar sowie die holländischen Schwierigkeiten in Indonesien zeugen von der Reichweite und der Schlagkraft dieser neuen Ideen. Die wachsende Unabhängigkeit dieser Länder bedeutet zwar für die früheren Mutterländer nicht unbedingt einen wirtschaftlichen Nachteil. Wenn sich auch die realen Austauschverhältnisse mit dem Wegfall gewisser Kolonialmethoden etwas verschlechtern werden, so bleibt doch die Möglichkeit, die Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen eines freien zwischenstaatlichen Warenverkehrs weiter aufrecht zu erhalten und zu intensivieren. Allerdings spielt auch hier die große wirtschaftliche Überlegenheit der Vereinigten Staaten von Amerika eine entscheidende Rolle. Durch die umfangreichen Kapitalexporte der USA wird die Wirtschaft vieler politisch halb oder ganz unabhängiger Staaten Asiens mehr und mehr den amerikanischen Bedürfnissen angepaßt, während die westeuropäischen Staaten, die wirtschaftlich zu schwach sind, an die Stelle der politischen Herrschaft eine finanzielle Vorherrschaft zu setzen oder durch großzügige Hilfe die *wirtschaftliche* Unabhängigkeit der neuen Staaten zu sichern, ihre bisherige wirtschaftliche Vormachtstellung immer mehr einbüßen.

Demgegenüber hat die *Sowjetunion* nebst der politischen Machtstellung, die sie in Osteuropa gewonnen hat, auch ihre wirtschaftliche Position gestärkt, obwohl sie verhältnismäßig größere Kriegsschäden als Westeuropa erlitten hat. Die Hauptaufgabe der Sowjetunion liegt in den

nächsten Jahren in der Beseitigung der Kriegsschäden und einer Produktionssteigerung über das Vorkriegsniveau. Der vierte Fünfjahresplan, der 1946 anlief, sieht zwar eine Steigerung des russischen Volkseinkommens auf 177 Mrd. Rubel bis zum Jahre 1950 vor, gegenüber 128 Mrd. Rubel im Jahre 1940 (beides gemessen in Rubel des Jahres 1926/27); ein Großteil dieser Produktionssteigerung wird aber für die Beseitigung der Kriegsschäden aufgewendet werden müssen. Die industrielle Erfahrung der neuen baltischen Sowjetrepubliken und die Reparationen von Deutschland, Finnland, Rumänien und Ungarn erleichtern zwar den Wiederaufbau, doch wird das Hauptopfer zweifellos die russische Bevölkerung zu tragen haben, die für eine weitere Fünfjahrplanperiode ihren Konsum zugunsten einer hohen Investitionsquote einschränken muß.

#### Produktionsziele des Vierten Fünfjahresplanes der Sowjetunion

	Produktion 1940	Zielziffern für 1950
Kohle (Mill. t) . . . . .	164·6	250·0
Eisen " " . . . . .	15·0	19·5
Stahl " " . . . . .	19·1	25·5
Erdöl " " . . . . .	39·3	35·5
Weizen " " . . . . .	119·0	127·0
Zuckerrüben (Mill. t) . . . . .	21·0	26·0
Baumwolle " " . . . . .	2·5	3·1

Während für Westeuropa das Hauptproblem eine strukturelle Anpassung an eine völlig veränderte Stellung in der Weltwirtschaft und für die Sowjetunion der Wiederaufbau der stark zerstörten Gebiete ist, müssen *Deutschland* und *Japan* und zum Teil auch *Italien* beide Aufgaben zu gleicher Zeit lösen. Territoriale Veränderungen, Reparationsverpflichtungen, Begrenzungen der industriellen Kapazität sowie hohe Kriegsschäden stellen diese Länder vor schwierige Aufgaben, die im Falle Deutschlands durch die Besetzung des Landes und die Teilung in vier Zonen noch bedeutend erschwert werden.

Von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der europäischen Länder blieben die *neutralen Länder*, ferner *Norwegen* und *Belgien* weitgehend verschont, so daß sie heute als Inseln des Wohlstandes aus der europäischen Not herausragen. Ihre Wirtschaft ist jedoch so eng mit der des restlichen Europa verknüpft, daß der Konjunktur dieser Staaten etwas Künstliches, Treibhausartiges anhaftet. Die Beständigkeit dieser Prosperität wird sich erst nach einer Normalisierung der Austauschmöglichkeiten mit der übrigen Welt erweisen.

Die vom Kriege unberührten Länder Südamerikas, gewisse Teile des Nahen Ostens und Indiens sowie die britischen Dominions haben im Laufe der Kriegskonjunktur nicht nur ihre internationale finanzielle Position verbessert, sondern auch ihre Produktionskapazität durch Errichtung neuer Industrien erhöht, die sie nun vielfach zu erhalten und fortzuentwickeln bestrebt sind. Einige dieser Industrien dürften zwar weder kosten- noch qualitätsmäßig eine Daseinsberechtigung haben und der Versuch, sie zu halten, würde in Zukunft, mit dem Wiedererstehen der europäischen Produktionskapazität und mit dem Hineinwachsen in eine friedensmäßige Nachfragestruktur zu einer Unterbindung des Außenhandels und zu einer Verarmung aller betroffenen Staaten führen. Die Gefahr einer derartigen Entwicklung ist nicht von der Hand zu weisen, da die lange Lebensdauer und die geringe Anpassungsfähigkeit moderner Kapitalanlagen, die geringe Mobilität spezialisierter Arbeitskräfte und der Druck der Interessentengruppen viele Staaten veranlassen wird, die neuen Industrien um jeden Preis zu halten. Die Industrieschutzpolitik der überseeischen Länder würde insbesondere dann einen starken Auftrieb erhalten, wenn ihnen eine Rückkehr zu ihren traditionellen Exportgütern durch die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion in den alten Industrieländern unmöglich gemacht würde. Im Interesse einer reibungslosen Zusammenarbeit der Weltwirtschaft erschiene es daher wünschenswert, rechtzeitig internationale Abkommen über die gegenseitige Abstimmung und Spezialisierung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion in den einzelnen Ländern zu treffen<sup>1)</sup>.

Derartige Abkommen wären selbst in jenen Fällen von Vorteil, wo sich die neuen Industrien bereits als lebens- und entwicklungsfähig erwiesen haben. Ihr weiterer Ausbau könnte dann nicht nur diesen industriell unterentwickelten Ländern, sondern auch anderen Staaten zugute kommen, da die mit der Industrialisierung verbundene

<sup>1)</sup> Solche internationale Investitionsabkommen wurden von Monnet, dem Schöpfer des französischen Vierjahresplanes, vorgeschlagen. Auch in den Wirtschaftsabkommen Osteuropas und in den Zollunionplänen der Benelux-(Belgien-Holland-Luxemburg)-Gruppe sind derartige Abkommen vorgesehen.

Ferner hat das internationale Ernährungsamt Vorschläge für eine internationale Arbeitsteilung gemacht, wonach die dichtbesiedelten Länder Europas vor allem die Produktion von Milch, Käse, Fleisch u. a. proteinhaltigen Nahrungsmitteln fördern sollten, während die überseeischen Länder weiterhin eine wichtige Rolle im Getreideexport spielen würden.

Steigerung der Produktivität eine breitere Basis für den internationalen Warenaustausch bietet. Allerdings läßt sich zur Zeit noch nicht absehen, wie weit die bestehenden Industrialisierungspläne auch tatsächlich verwirklicht werden können. In jenen Staaten, die schon vor dem Krieg größere Industrien besaßen oder eine bewußte Industrialisierungspolitik verfolgten, wie vor allem in den britischen Dominions, in Argentinien und in Mexiko, dürfte der Aufschwung, den der Krieg für die industrielle Entwicklung gebracht hat, von dauernder Bedeutung sein. Insbesondere Kanada scheint sich endgültig in ein mächtiges Industrieland verwandelt zu haben. Bei den anderen Staaten jedoch dürfte eine Industrialisierung ohne ausländisches Kapital und ohne fremde technische Hilfe derzeit noch geringe Aussichten haben. Da die USA mit ihren Exportsorgen derzeit an einer Entwicklung neuer industrieller Konkurrenten kaum besonders interessiert sind, dürfte das in die kleineren südamerikanischen Staaten und in den Mittleren Osten einfließende amerikanische Kapital vorwiegend der Ausbeutung von Rohstoffen und weniger einer allseitigen Industrialisierung dienen.

Besondere Aufmerksamkeit beanspruchen die gegenwärtig in den Balkanländern unternommenen Industrialisierungsbestrebungen, nachdem ähnliche Bemühungen in der Zwischenkriegszeit nur geringe Erfolge gebracht hatten. In der Weltwirtschaftskrise hatten die neu entstandenen nationalen Industrien der Südostländer selbst unter dem Schutze hoher Zölle bei geringen Absatzmöglichkeiten zum Teil sehr unrentabel gearbeitet und daher nicht immer zur Hebung des allgemeinen Wohlstandes ihrer Völker beigetragen. Für die gegenwärtigen Industrialisierungspläne im Südosten ist dagegen gerade die Überwindung der nationalen Schranken und die Schaffung größerer Absatzgebiete charakteristisch. Der Südosten versucht heute neue Wege zu gehen, indem im Rahmen langfristiger Handels- und Wirtschaftsverträge die Investitionsprogramme der einzelnen Länder planmäßig aufeinander abgestimmt, mit der Schaffung größerer Absatzgebiete eine rentablere Ausnützung der industriellen Kapazitäten in den einzelnen Ländern angestrebt und versucht wird, durch verschiedene Maßnahmen (Bodenreform, Mechanisierung der Landwirtschaft, Beseitigung der agrarischen Überbevölkerung) die Kaufkraft des Binnenmarktes zu heben.

Zusammenfassend kann man sagen, daß der Krieg den industriellen Vorrang der Vereinigten Staaten stark vergrößert und wohl für längere Zeit

gesichert hat. Für die übrigen industriellen Großmächte ergeben sich große Anpassungs- und Aufbauprobleme, die entweder — wie bei den Westmächten — hauptsächlich einer Verschlechterung der Handels- und Zahlungsbilanzposition entspringen oder — wie bei der Sowjetunion — vor allem durch umfangreiche Zerstörungen bedingt sind. Am schwierigsten ist die Lage der besiegten Großmächte Deutschland und Japan, die nicht nur ihre wirtschaftliche und politische Machtstellung eingebüßt haben, sondern zur Zeit um die nackte Existenz ihrer Bevölkerung kämpfen. Demgegenüber haben sich im Krieg und in der Nachkriegszeit vor allem die vom Krieg wenig berührten, bisher rückständigen Staaten weiter entwickelt, so daß in Zukunft die Überlegenheit der alten Industrieländer bei weitem nicht mehr so groß sein wird wie bisher.

Allerdings darf aus den gegenwärtigen Verschiebungen in den internationalen wirtschaftlichen Kräfteverhältnissen nur mit großer Vorsicht auf die zukünftige Entwicklung geschlossen werden. Auch nach dem ersten Weltkrieg hatten die Vereinigten Staaten von Amerika einen unverhältnismäßig hohen Anteil an der Weltproduktion — erzeugten sie doch mehr als die Hälfte aller Kohle, des Roheisens und des Rohstahles<sup>1)</sup> —, der sich aber bald wieder ver-

*Anteil führender Staaten an der Weltproduktion von Steinkohle, Roheisen und Rohstahl und an der Weltausfuhr in drei Hochkonjunkturjahren der Zwischenkriegszeit*

Zeit	in Prozenten					
	Deutschland	Frankreich	Großbritannien	Japan	Sowjetunion	Vereinigte Staaten
<i>Steinkohle</i>						
1920	9,2	2,8	20,0	2,5	0,7	51,2
1929	12,3	4,5	19,7	2,6	3,1	41,6
1937	14,4	3,5	19,1	3,5	8,1	35,1
<i>Roheisen</i>						
1920	9,6	5,3	12,8	1,1	0,2	59,8
1929	13,6	10,6	7,8	1,5	4,4	43,9
1937	15,4	7,6	8,3	1,9 <sup>1)</sup>	13,9	36,2
<i>Rohstahl</i>						
1920	15,5 <sup>2)</sup>	3,7	12,7	1,2	0,3	59,2
1929	13,1	8,0	8,1	1,9	4,1	47,1
1937	14,3	5,8	9,8	3,9 <sup>1)</sup>	13,1	37,9
<i>Ausfuhr</i>						
1929	9,9	6,1	10,9	3,7	1,5	15,9
1937	9,4	3,8	10,2	4,7	1,3	13,0

<sup>1)</sup> Produktionsziffer für 1936.

<sup>2)</sup> Produktionsziffer für 1923.

<sup>1)</sup> Amerikanische Schätzungen nehmen an, daß die Vereinigten Staaten gegenwärtig zirka 60% aller Industriewaren der Welt erzeugen.

minderte, da mit der Wiederherstellung normaler Verhältnisse die Produktion in den vom Krieg betroffenen Staaten stärker stieg als in den USA. Gleichzeitig zeigte das Vorrücken der Sowjetunion in die erste Reihe der industriellen Großstaaten, wie rasch unter günstigen natürlichen Verhältnissen mit Hilfe der modernen Technik und einer hohen Sparquote die Industrialisierung eines Staates fortschreiten kann. Auch in den nächsten Jahren können Wirtschaftskrisen, Planung, Strukturänderungen im Welthandel und politische Spannungen die Produktionsverhältnisse verschieben und die heute gegebene wirtschaftliche Kräfteverteilung bedeutend verändern.

### Verschiedenheit und Problematik der internationalen wirtschaftspolitischen Methoden

Die Methoden, mit denen die Lösung der gegenwärtigen Wirtschaftsprobleme versucht wird, weichen in den einzelnen Staaten stark voneinander ab. Politische und weltanschauliche Gesichtspunkte haben neben tatsächlichen oder vorgegebenen ökonomischen Gründen die konkreten Formen der Wirtschaftsorganisation sowie die wirtschaftspolitischen Methoden maßgeblich beeinflußt. Selbst Staaten, die grundsätzlich vor den gleichen wirtschaftlichen Problemen stehen — wie Wiederaufbau, Industrialisierung, Modernisierung des Produktionsapparates —, gehen sehr verschiedene Wege. Zum Teil lassen sich die Verschiedenheiten der Methoden allerdings auch unmittelbar aus der spezifischen Wirtschaftslage der einzelnen Staaten erklären. So ist es kein Zufall, daß sich der marktwirtschaftliche Gedanke in den USA relativ rasch nach Kriegsende wieder durchsetzte, während in Europa zunächst alle Regierungen, unabhängig von ihrer politischen Prägung, die Notwendigkeit einer mehr oder minder gelenkten Wirtschaft anerkannten. Das tiefe Niveau der Produktion und die absolute Knappheit an wichtigen Versorgungsgütern in den vom Kriege unmittelbar betroffenen Ländern Europas erlaubten schon aus sozialen Gründen — abgesehen von wirtschaftlichen Erwägungen — keine Verteilung nach dem Marktprinzip, wie es in den USA auf Grund ihrer hohen Produktion möglich war.

Trotz des den europäischen Staaten gemeinsamen Merkmales der *Wirtschaftslenkung* sind die Methoden und die Ziele der Wirtschaftslenkung in den einzelnen Ländern selbst sehr verschieden. Auch dort, wo die äußeren Formen, wie der Entwurf eines Mehrjahresplanes oder die Verstaatlichung von Industrien, die gleichen zu sein scheinen, kommt ihnen

je nach dem Gesamtrahmen, in den sie gestellt sind, verschiedene Bedeutung zu.

Der wesentlichste Unterschied besteht zwischen den Staaten Osteuropas, die eine weitgehende Verstaatlichung der Wirtschaft anstreben, und den westeuropäischen Ländern, die zwar die Verstaatlichung von bestimmten Schlüsselindustrien vorsehen oder bereits durchgeführt haben, das Hauptgewicht aber weiterhin auf die Privatinitiative legen.

In den *osteuropäischen* Staaten stehen die von Zentralbehörden aufgestellten Mehrjahrespläne im Mittelpunkt des gesamten Wirtschaftsgeschehens. Die Nationalisierung der Großindustrie erfüllt hier nicht nur unmittelbar politische Zwecke (wie die Enteignung faschistischer Kollaborateure), sondern dient darüber hinaus dem weitgesteckten Ziel, durch die Kontrolle eines Großteils der Wirtschaft<sup>1)</sup> das wirtschaftliche Leben der Nation entscheidend zu beeinflussen und den Übergang zur sozialistischen Gesellschaftsform zu finden. Die Wirtschaftspläne sind hier tatsächlich Generalstabspläne, die im Einzelfalle vielleicht nicht immer ganz genau durchgeführt werden können, die aber doch den künftigen Lauf der Wirtschaft für zwei bis drei Jahre ziemlich genau festlegen<sup>2)</sup>, sofern nicht große Naturkatastrophen (wie Mißernten oder Erdbeben) und bedeutende Verschiebungen in den Außenhandelsbedingungen ernste Störungen hervorrufen.

In den *westeuropäischen* Staaten<sup>3)</sup> dagegen haben die Verstaatlichung und die Wirtschaftspläne, soweit solche überhaupt bestehen, einen wesentlich anderen Charakter. Die Verstaatlichung erfaßt zunächst nur einen kleinen Teil der Gesamt-

<sup>1)</sup> Das Ausmaß dieser Kontrolle ist allerdings auch innerhalb der Oststaaten verschieden. Während die Landwirtschaft und das Handwerk in allen Ländern zumindest teilweise in privaten Händen verbleiben, sind die Kleinindustrie und der Handel entweder vollkommen verstaatlicht oder vergenossenschaftet (Sowjetunion) oder noch zum größten Teil in Privateigentum (Tschechoslowakei, Ungarn).

<sup>2)</sup> Die Mehrjahrespläne sind nicht absolut festgelegte Fahrpläne, welche die sich dauernd verändernden Bedingungen außer acht lassen. So gibt es z. B. in der Sowjetunion nicht nur den Fünfjahresplan, sondern auch einen Jahresplan, Vierteljahres- und Monatspläne und für Teilgebiete sogar Wochenpläne, welche die Zielziffern des Fünfjahresplanes dauernd im Lichte neuer Erfahrungen modifizieren. Aber diese Abänderungen sind meistens nicht so tiefgreifend, daß sie die großen Linien des Fünfjahresplanes ändern würden.

<sup>3)</sup> Der Einfachheit halber wird hier von west- und osteuropäischen Staaten gesprochen. Zu der ersten Gruppe zählen ihrer Wirtschaftspolitik gemäß auch die skandinavischen und südeuropäischen sowie einige mitteleuropäische Staaten.

wirtschaft und beschränkt sich gewöhnlich auf einige Schlüsselindustrien — wie Kohle, Elektrizität, Eisen und Stahl, Banken —, deren Produkte und Dienstleistungen für die restliche Industrie von besonderer Wichtigkeit sind und von deren billiger und ausreichender Bereitstellung die rasche Erholung der Wirtschaft abhängt. Die Kontrolle über diesen verhältnismäßig kleinen verstaatlichten Sektor ermöglicht es den Regierungen, bis zu einem bestimmten Grad direkt in das Wirtschaftsgeschehen lenkend und regulierend einzugreifen. Da jedoch der weitaus größere Teil der Wirtschaft nach wie vor von privatwirtschaftlichen Unternehmern gestaltet und beherrscht wird, ist auch die Wirtschaftslenkung in diesen Staaten, wenn von Übergangerscheinungen abgesehen wird, hauptsächlich auf indirekte Maßnahmen, wie Steuern, Subventionen u. a., abgestellt, durch welche die Resultate der freien Marktwirtschaft modifiziert werden sollen. Dementsprechend sind auch die bestehenden Wirtschaftspläne, von denen der französische Monnet-Plan wahrscheinlich der bestausgearbeitete ist, nicht direkte Operationspläne — für deren Durchführung die Handhaben fehlen —, sondern nur eine Mischung von wahrscheinlichen und wünschenswerten Entwicklungsrichtlinien. Diese Pläne sind daher kaum mehr als unverbindliche wirtschaftspolitische Programme. Die Entwicklung der französischen Wirtschaft z. B. hat sich binnen kurzer Zeit sehr stark von den Vorhersagen des Monnet-Planes entfernt, so daß heute bereits seine weitere Relevanz in Frage gestellt ist. Auch in England mußten die Zielziffern, die im Feber 1947 in einem Weißbuch („Economic Survey“) veröffentlicht wurden, bereits wenige Monate später wieder wesentlich revidiert werden<sup>4)</sup>.

Die Entscheidung eines Landes für ein *laissez-faire*-System, eine gelenkte kapitalistische Wirtschaft oder eine halb- oder ganzsozialistische Planwirtschaft ist nicht eine rein wirtschaftliche, sondern hängt von einer Reihe politischer, sozialer und ethischer Wertungen ab. Es zeigt sich jedoch immer deutlicher, daß bestimmte wirtschaftliche Ziele nur durch bestimmte wirtschaftspolitische Systeme erreicht werden können. So können die anspruchsvollen Wiederaufbau- und Industrialisierungsaufgaben, die sich die osteuropäischen Staaten und die Sowjetunion gestellt haben, aller Voraussicht nach nur mit Hilfe einer gut durchorganisierten zentralistischen Planwirtschaft verwirklicht werden. Denn

<sup>4)</sup> Die Nichterfüllung dieser Pläne war allerdings zum Teil auf die bedeutenden Preissteigerungen in den USA zurückzuführen, die nicht vorausgesehen werden konnten.

diese Programme erfordern, insbesondere in Anbetracht des jetzigen niedrigen Volkseinkommens pro Kopf der Bevölkerung, eine außerordentlich hohe Sparquote, die durch freiwillige Spartätigkeit kaum erreicht werden kann. Nur durch direkte Kontrolle wichtiger Produktionszweige und die Festlegung erstrangiger Prioritäten für bestimmte Kapitalinvestitionen ist die Verwirklichung der aufgestellten Industrialisierungsprogramme in ihrem jetzigen Ausmaß möglich.

Die umfassende Planung sowie die Größe der gestellten Aufgaben wird für Osteuropa — wenn nicht grobe Fehler in der Planung unterlaufen — ein Arbeitslosenproblem kaum entstehen lassen<sup>1)</sup>. Für diese Erwartung sprechen auch die Erfahrungen der Sowjetunion in der Krise der Dreißigerjahre. Ob es dagegen der Wirtschaftslenkung in Westeuropa, die eines ihrer Hauptziele ebenfalls in der Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung sieht, gelingen wird, dieses Ziel zu erreichen, wird erst die Zukunft erweisen. Wohl wird die Wirtschaftspolitik die theoretischen Erkenntnisse des letzten Jahrzehnts über die Möglichkeiten einer positiven Beschäftigungspolitik verwerten können. Trotzdem läßt sich in der gegenwärtigen Nachkriegskonjunktur schwer voraussagen, wie weit die verschiedenen Pläne zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung nach der Rückkehr zu „normalen“ Wirtschaftsverhältnissen Erfolg haben werden.

Dagegen ist die Möglichkeit einer Wirtschaftskrise in den USA nicht ausgeschlossen<sup>2)</sup>. Mit der Aufhebung der wichtigsten Wirtschaftskontrollen im Jahre 1946 hat die amerikanische Regierung zwar der Privatindustrie einen Anreiz zu einer starken Produktionsausdehnung gegeben; gleichzeitig hat sie sich damit aber weitgehend jeder Möglichkeit von Eingriffen in den Wirtschaftsprozess beraubt, wie die vergeblichen Bemühungen Trumans, die Aufwärtsbewegung der Preise zu stoppen oder gar umzukehren, deutlich zeigen. Die starke Abhängigkeit der amerikanischen Wirtschaft von einem auf die Dauer unhaltbaren Exportüberschuß, die Überentwicklung typischer Nachkriegsindustrien, das Anwachsen von Warenlagern, die Vorwegnahme zukünftiger Nachfrage durch Ausdehnung des Ratengeschäftes, die spekulativen Schwankungen, wie sie

<sup>1)</sup> Auch die „unsichtbare“ Arbeitslosigkeit in der Form landwirtschaftlicher Übervölkerung, wie sie in Polen und den Balkanstaaten üblich war, wird durch die fortschreitende Industrialisierung stark vermindert werden.

<sup>2)</sup> Das gleiche gilt, wenn auch nicht im selben Ausmaß, für Kanada und mit gewissen Einschränkungen für eine Reihe von Staaten in Südamerika und für die Südafrikanische Union.

besonders im Frühjahr 1947 deutlich an der Börse zutage traten — all das sind Anzeichen einer potentiellen krisenhaften Entwicklung, die zu verhindern die Regierung weder die nötigen Pläne noch die nötigen Machtmittel besitzen dürfte. Zunächst hat es allerdings den Anschein, als ob die expansiven Wirkungen, die in erster Linie durch die Ausgaben für die Auslandshilfe und die Rüstungsausgaben ausgelöst werden, weiter überwiegen und das Hauptproblem vorläufig eher in einer Bekämpfung der neuerlich auftretenden inflationistischen Strömungen als in krisenverhütenden Maßnahmen liegen würde.

Im ganzen kann die Wirtschaft Europas gegen Überproduktionskrisen wohl als besser gewappnet angesehen werden als die Wirtschaft der USA. Dies gilt nicht nur für die Planwirtschaften Osteuropas, sondern bis zu einem gewissen Grade auch für die staatlich mehr oder minder straff gelenkten Staaten Westeuropas. Die bisherigen Erfahrungen haben allerdings gezeigt, daß mit der grundsätzlichen Anerkennung planwirtschaftlicher Organisationsprinzipien deren Vorteile noch nicht gesichert erscheinen. Letzten Endes kommt es, wenn Wirtschaftsplanung und Wirtschaftslenkung funktionieren sollen, auf die Persönlichkeitswerte der mit Planungs- und Lenkungsarbeiten betrauten Menschen an. Die Wirtschaftsplanung und Wirtschaftslenkung verlangt von ihren Trägern ganz andere Eigenschaften und Fähigkeiten, als sie bisher von Staatsbeamten gefordert wurden. Während in der Vergangenheit konservative Geisteshaltung und bürokratische Umständlichkeit fast als Tugenden angesehen werden konnten, braucht der moderne Wirtschaftsstaat zur Erfüllung seiner Aufgaben einen Stab fachkundiger, anpassungsfähiger, initiativer, verantwortungsfreudiger und entschlußkräftiger Mitarbeiter. Da es bisher aus vielfachen Gründen noch nicht möglich war, solch spezifische Begabungen in genügender Zahl herauszuheben, für ihre Aufgaben zu erziehen und an die verantwortlichen Stellen zu bringen, leidet die Wirtschaft heute in den meisten Ländern, in denen sich planwirtschaftliche Prinzipien durchzusetzen bemühen, noch unter der Schwerfälligkeit der bürokratischen Apparate, deren Größe und Kostspieligkeit meist in keinem Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht.

### Die Lehren der Vergangenheit

Die wirtschaftlichen Probleme der Gegenwart gleichen in vielen Fällen — man denke an das Problem der Inflationsbekämpfung, der Produktionssteigerung, der Änderung der Produktionsstruktur

und der internationalen Kapitaltransaktionen — denen der dem ersten Weltkrieg unmittelbar folgenden Jahre. Die Gemeinsamkeit der Probleme sowie die kurze Zeit, die zwischen den beiden Kriegen verstrichen ist, drängen unwillkürlich Vergleiche zwischen diesen beiden Nachkriegsperioden auf und legen den Gedanken nahe, die Erfahrungen nach dem ersten Weltkrieg zur Bewältigung der gegenwärtigen Probleme heranzuziehen. Die Inflationen der Zeit nach dem ersten Weltkrieg, die Wirtschaftskrise der Dreißigerjahre, der New Deal in Amerika und die Planwirtschaft der Sowjetunion sowie die reichhaltige Literatur, die diese Ereignisse analysierte, — all das hat nicht nur indirekt das Denken unserer Generationen beeinflusst, sondern wird heute auch vielfach bewußt bei den zutreffenden Entscheidungen verwertet.

Freilich darf dabei nicht übersehen werden, daß trotz der Gemeinsamkeit vieler Probleme zwischen den beiden Perioden große Unterschiede bestehen, so daß historische Vergleiche nicht immer zutreffen oder erst nach entsprechender Modifikation zur Lösung der Gegenwartsprobleme herangezogen werden können.

Die Verwertung der Erfahrungen aus der Zeit nach dem ersten Weltkrieg zeigt sich deutlich auf dem Gebiete der Währung. Die schädlichen Wirkungen einer Inflation auf die Wirtschaftsstruktur und die Eigentums- und Einkommensverteilung werden heute klarer erkannt als im Jahre 1918; auch die Völker selbst erinnern sich der großen Inflationen von damals und sind bereit, große Opfer auf sich zu nehmen, um eine Wiederholung zu verhindern. Tatsächlich gelang es den meisten Ländern, Inflationen von der Art, wie sie für Mittel- und Osteuropa zu Beginn der Zwanzigerjahre charakteristisch waren, zu vermeiden oder rasch zu beenden, obwohl die objektiven Voraussetzungen für eine Inflation — Geldüberfluß und Güterknappheit — in vielen Fällen in höherem Maße gegeben waren als nach dem ersten Weltkrieg. Allerdings gibt es auch heute fast überall inflationistische Tendenzen. Aber die bessere Kenntnis des Mechanismus des Geldumlaufes und der Lohn-Preis-Mechanik sowie die Verfeinerung der Technik der staatlichen Eingriffe ermöglichten es den meisten Ländern, die Inflationstendenzen einzudämmen.

Freilich wurde dadurch an die Stelle der „galoppierenden“ die „zurückgestaute“ Inflation gesetzt. Es ist zwar vielfach gelungen, eine übermäßige Dynamik der Preise und Löhne hintanzuhalten und in manchen Ländern sogar den Schleichhandel auf

ein geringes Maß zu beschränken; dafür entstand jedoch ein Kaufkraftüberhang in Form unverbrauchter und — wegen der Güterknappheit — unverbrauchbarer Geld- und Bankguthaben. Diese überschüssige Kaufkraft setzte die Steuerung des Wirtschaftsablaufes durch den Preis- und Einkommensmechanismus weitgehend außer Kraft, ohne das bisher in den meisten Fällen brauchbare neue Lenkungsinstrumente geschaffen wurden. Die Folge davon ist, daß Kapital und Arbeitskräfte fehlgeleitet werden oder sich überhaupt einer produktiven Verwendung entziehen, ohne daß wirtschaftliche Sanktionen dies verhindern. Die geringe Produktivität sowie die Fehlleitungen der Produktionsfaktoren verschärfen den Mangel an Schlüsselprodukten und verzögern die Wiederbelebung der Produktion.

Diese Mißstände könnten zwar am ehesten dadurch beseitigt werden, daß man eine ihrer Ursachen, nämlich den Geldüberhang radikal beseitigt. Wenn man sich aber dennoch nur sehr zögernd zu solchen Maßnahmen entschließt, so ist dies vor allem darauf zurückzuführen, daß die Deflationskrisen der Jahre 1921 und 1930 sowie die theoretischen Erklärungen, die man hierfür gefunden hat, eindringlich vor einer Deflationspolitik warnen.

Die Wirtschaftspolitik vieler Staaten zielt daher gegenwärtig darauf ab, die zerrütteten Wirtschaften zwischen der Gefahr der Inflation und der Deflation hindurchzusteuern. Die Mittel, um sowohl eine inflationistische Entwicklung mit Kapitalfehlleitungen und Einkommensverzerrungen als auch die Schrumpfungerscheinungen eines Deflationsdruckes zu vermeiden, glaubt man in direkten Lenkungsmethoden gefunden zu haben, die die Lenkungsinstrumente einer freien Marktwirtschaft ergänzen, ersetzen oder modifizieren. Auch auf diesem Gebiet stehen bereits Erfahrungen zur Verfügung, die die Wahl der Mittel erleichtern. Außer den Erfahrungen, die nahezu alle Staaten in der Kriegszeit mit Bewirtschaftungs- und Lenkungsmethoden gewonnen haben, geben vor allem der New Deal im Amerika Roosevelts und die russischen Fünfjahrespläne — je nach der politischen Konstellation der einzelnen Staaten — wertvolle Aufschlüsse über die Zweckmäßigkeit einzelner wirtschaftspolitischer Methoden und der mit ihrer Hilfe erreichbaren Ziele<sup>1)</sup>. Dennoch ist hier noch viel Neuland zu

<sup>1)</sup> Es ist bezeichnend, daß die Sowjetunion zehn Jahre seit der Beendigung der Revolution und sechs Jahre seit der Beendigung des Bürgerkrieges verstreichen lassen mußte, bis genügend Erfahrungen und Material für den ersten Fünfjahresplan aufgespeichert waren, während die

erobert und es ist noch keineswegs sicher, ob die zur Zeit angewandten Methoden die von ihnen erwarteten Erfolge zeitigen werden.

Ähnlich wie in Währungsfragen hat man auch auf dem Gebiet der Konjunkturpolitik seit dem letzten Weltkrieg gute Fortschritte erzielt. Die Erfahrungen aus der großen Weltwirtschaftskrise und die darauf aufbauenden theoretischen Auseinandersetzungen haben die Kenntnis des Mechanismus des Konjunkturablaufes wesentlich verbessert. An die Stelle des Glaubens an die Unvermeidbarkeit oder sogar die „Heilsamkeit“ von Wirtschaftskrisen ist heute eine vielleicht etwas zu optimistische Einstellung getreten, die eine dauernde Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung mit Hilfe bestimmter wirtschaftspolitischer Methoden für erreichbar hält. Freilich treten auch hier neue Probleme auf — die Probleme einer dauernd vollbeschäftigten Wirtschaft —, deren Lösungen auf Grund der Erfahrungen aus der Vergangenheit allein nicht gefunden werden können.

Zunächst besteht jedoch zumindest in Europa kaum die Gefahr einer generellen Überproduktions- und Absatzkrise von der Art, wie sie im Jahre 1929 ausbrach. Das europäische Problem ist vielmehr das der Unterproduktion. Die zahlreichen Engpässe, die sich aus der geringen Eigenproduktion sowie den Schwierigkeiten bei der Einfuhr ergeben, erlauben vielfach nur eine beschränkte Ausnützung der vorhandenen Produktionskapazitäten und der Arbeitskräfte. Hier ergeben sich schwierige Aufgaben für eine umsichtige Bewirtschaftung der vorhandenen Hilfsquellen und den Ausbau internationaler Zusammenarbeit. Die Grundgedanken für eine solche Notwirtschaft sind zwar relativ einfach und denen der Kriegswirtschaft nicht unähnlich, wenn auch die Festlegung von Rangordnungen schwieriger ist. Die Verwirklichung dieser Ideen wird jedoch dadurch erschwert, daß mit dem Wegfall der Kriegsmoralität und des strengeren Kriegsregimes verschiedene Einzel- und Gruppeninteressen sich wieder stärker in den Vordergrund drängen. Außerdem stellen die politischen und wirtschaftlichen Aufgaben, die sich bei der Durchführung eines solchen Programms ergeben, große Anforderungen an die Qualifikation der verantwortlichen Organe, über die diese nicht immer verfügen. Je nach dem Gewicht, das diesen Faktoren in den verschiedenen Ländern zukommt, gelingt es den Staaten Europas mit mehr oder

weniger Erfolg, die Probleme der Unterproduktion zu lösen<sup>1)</sup>.

Mit der Erholung der europäischen Wirtschaft wird aber auch für sie das Problem der Vermeidung „klassischer“ Überproduktionskrisen wieder aktuell werden. Allerdings sind fast alle europäischen Staaten gegen ein derartiges Ereignis besser gewappnet als die USA, da sich die Regierungen breite Lenkungs- und Planungsmöglichkeiten gesichert haben, die ihnen ein rasches und wirksames Eingreifen bei Auftreten von Depressionserscheinungen ermöglichen.

Mit der Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung entstehen jedoch neue Probleme. Schon die jetzige Periode der Vollbeschäftigung zeigt, daß die konjunkturtheoretischen und die praktischen Erkenntnisse der letzten Dekade mehr die Frage des Überganges von einer stagnierenden zu einer prosperierenden Wirtschaft als die Erhaltung einer vollbeschäftigten Wirtschaft erhellt haben. In einer unterbeschäftigten Wirtschaft genügt es vielfach, der Wirtschaft allgemeine belebende Injektionen — durch Zinsfußsenkungen, öffentliche Arbeiten, Hebung der Kaufkraft — zu erteilen, die dann durch ihre kumulativen Wirkungen alle Wirtschaftszweige in den entsprechenden Proportionen mit sich ziehen. Demgegenüber müssen in einer vollbeschäftigten Wirtschaft *relative* Verschiebungen im Wirtschaftsgefüge vorgenommen werden, damit sie sich Veränderungen der Produktionstechnik, der Nachfrage und anderer dynamischer Faktoren anpasse, ohne daß allgemeine expansive Methoden angewendet werden, die im Stadium der Vollbeschäftigung nur zur Inflation führen würden.

Für die Aufgabe, strukturelle Verschiebungen herbeizuführen, fehlen den Staaten vielfach Erfahrungen aus den Zwischenkriegsjahren, da diese durch eine chronische Unterbeschäftigung gekennzeichnet waren. Eher wird der gegenwärtige Zustand der Unterproduktion wichtige Anhaltspunkte ergeben. Aber in vieler Hinsicht wird man mit neuen Ideen und neuen Methoden experimentieren müssen. Hier ergibt sich allerdings ein wichtiger Unterschied zwischen den osteuropäischen Planwirtschaften und den gelenkten Wirtschaften Westeuropas. Den Planwirtschaften wird der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit dadurch erleichtert, daß ihnen einer-

<sup>1)</sup> Das Fehlen von Arbeitslosen ist kein Zeichen für eine erfolgreiche Lösung. Die inflationistische Geldpolitik tendiert dazu, alle arbeitslosen Kräfte aufzusaugen, ohne daß sie immer produktiven Beschäftigungen (im weitesten Sinne des Wortes) oder gar aufbauwichtigen Arbeiten zugeführt werden.

neuen Planwirtschaften Osteuropas, welche die russischen Erfahrungen bereits ausnutzen konnten, innerhalb von ein bis zwei Jahren ihre Pläne (die allerdings vielfach viel weniger detailliert sind als die russischen) fertigstellten.

seits die sowjetrussische Erfahrung einer vollbeschäftigten Planwirtschaft zur Verfügung steht<sup>1)</sup> und sie andererseits durch die weitgehende Verstaatlichung in der Lage sind, den Wirtschaftsablauf *direkt* zu beeinflussen. In den weniger straff gelenkten Wirtschaften Westeuropas, wo die Mehrzahl der wirtschaftlichen Entscheidungen von privaten Unternehmern nach Gesichtspunkten gefällt werden, die nicht notwendigerweise zu einer Vollbeschäftigung führen, wird die Konjunkturpolitik vor viel schwierigeren Problemen stehen und weitaus anpassungsfähiger sein müssen, wenn sie die ihr gestellten Aufgaben erfüllen soll. Ob es einer gelenkten Wirtschaft, die ein Kompromiß zwischen der Planwirtschaft und der freien Verkehrswirtschaft darstellt, gelingen wird, diese Probleme zu meistern, muß allerdings erst die Zukunft zeigen.

Schwieriger als auf binnenwirtschaftlichem Gebiet dürfte es in den außenwirtschaftlichen Beziehungen sein, die Nutzanwendung aus den Ereignissen der Vergangenheit zu ziehen. Zwar wird hier heute auch viel klarer gesehen als nach dem ersten Weltkrieg. Aber das Aufeinanderstoßen verschiedener nationaler Interessen, Prestigefragen und innerpolitische Erwägungen erschweren die Durchführung einer zielbewußten Politik. Insbesondere scheint hier ein Fehler der Vergangenheit in verschärfter Form wieder zu entstehen; nämlich, daß die amerikanische Wirtschaftspolitik — getrieben von den Forderungen verschiedener „pressure groups“ — den Versuch macht, *dauernd* (und nicht nur vorübergehend) Großgläubiger mit einem Exportüberschuß zu sein. Gegenwärtig ist zwar der gleichzeitige Kapital- und Güterexport Amerikas für beide Teile von Vorteil, da gleichzeitig die Überproduktionssorgen des neuen und die Unterproduktionssorgen des alten Kontinents gelindert werden. Aber die Rückzahlungsverpflichtung und die anderen Bedingungen, die den amerikanischen Anleihen beigefügt sind, werden von den Schuldnern nicht eingehalten werden können, wenn Amerika weiterhin auf hohen Zöllen und einer kompromißlosen Auslegung der Meistbegünstigungsklausel beharrt, die die amerikanische Ausfuhr

<sup>1)</sup> Die schon deshalb für diese Länder besonders relevant ist, da auch sie — wie die Sowjetunion — eine Wirtschaft mit besonders starker Kapitalbildung planen.

stärker fördern sollen als die Einfuhr. Dadurch besteht die Gefahr, daß ähnlich wie im Jahre 1931 eine internationale Finanzkrise entstehen wird, die schließlich zu einer weitgehenden Einstellung der internationalen Zahlungen führen würde.

Allerdings lassen sich auch auf dem Gebiet der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit Fortschritte feststellen. Der Internationale Währungsfonds, der sich zwar nur mit der zahlungstechnischen Seite des internationalen Warenaustausches beschäftigt und ohne entsprechende Maßnahmen handelspolitischer Natur kaum funktionieren kann, ist ein ernster Versuch, den multilateralen Handel, wie ihn die Goldwährung ermöglichte, wiederherzustellen, ohne die Starrheit jenes Systems zu übernehmen. Die monätelangen Verhandlungen in Genf haben trotz mancher Enttäuschungen gezeigt, daß es dank gegenseitigem Entgegenkommen möglich ist, die Zölle weitgehend zu ermäßigen; für wie lange, wird allerdings erst bei Auftreten von Absatzschwierigkeiten erprobt werden. Vollends neue Schritte gehen die Zollunionsbesprechungen in der Beneluxgruppe und die langfristigen Wirtschaftsverträge zwischen den osteuropäischen Planwirtschaften, die die gegenseitige Abstimmung der Wirtschaftsstrukturen vorsehen, um Umstellungskrisen zu vermeiden oder abzuschwächen.

Alle Fortschritte auf dem Gebiet der Wirtschaftstheorie und der Wirtschaftspolitik werden jedoch nur dann Früchte tragen, wenn es gelingt, die politischen Gegensätze, die heute die Welt in verschiedene Lager spalten, zu überbrücken. Wenn eine politische Befriedigung ausbleibt, wird die Welt immer mehr in Wirtschaftsblöcke geteilt werden, Unsicherheit und wirtschaftliche Isolierung werden an die Stelle wirtschaftlicher Zusammenarbeit treten und den Wiederaufbau aller Staaten verzögern. Eine derartige Entwicklung würde mehr und mehr strategische und machtpolitische Erwägungen in den Vordergrund treten lassen und sich besonders auf jene Staaten unheilvoll auswirken, die, wie Schweden, Österreich und die ČSR an der Trennungslinie verschiedener Machtbereiche liegen. Die Frage, ob die wirtschaftlichen Fehler der Vergangenheit vermieden werden können, hängt damit letzten Endes davon ab, ob die Kriegsgefahr, die in der Periode 1918 bis 1938 so viel Unheil stiftete, aus der Welt gebannt werden kann.